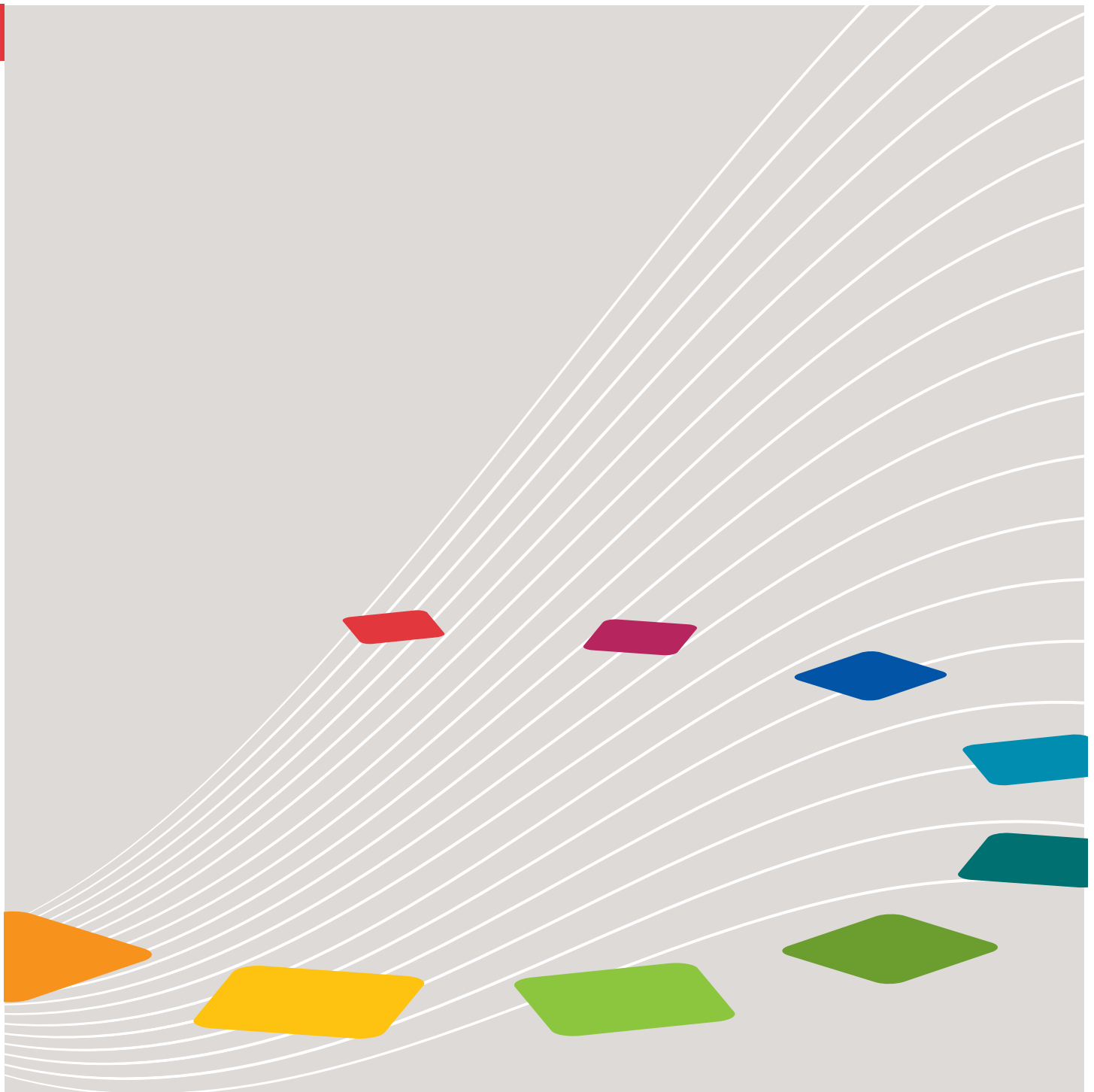




Integration nach Maß –

Der Hessische Integrationsmonitor 2010



Vorwort

von Herrn Staatsminister Jörg-Uwe Hahn



Hessen ist seit jeher ein Land der Vielfalt. Das zeichnet Hessen aus. Und in dieser Vielfalt steckt – das dürfen wir nicht vergessen – auch ein großes Potenzial!

Viele der integrationspolitischen Maßnahmen beruhen bisher auf den aus Problemlagen gewonnenen Erkenntnissen über die Bedürfnisse der Menschen in unserem Land. Das ist gut, aber es reicht nicht mehr aus, um sich erfolgreich den Herausforderungen zu stellen, die die gesellschaftlichen Entwicklungen mit sich bringen.

Für die Herausforderungen, die unsere vielfältige Gesellschaft an uns stellt, haben wir uns große Ziele gesetzt. Um eine langfristig erfolgreiche und nachhaltige Integrationspolitik zu schaffen, brauchen wir eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage. Es liegt in unserem Interesse, Integration sichtbar zu machen, den Verlauf der tatsächlichen Integration zu beobachten, zu messen und einschätzen zu können. Und: Wir wollen die hessische Integrationspolitik auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage stellen.

Daher haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, erstmals ein flächendeckendes Integrationsmonitoringsystem für Hessen aufzubauen. Bei der Entwicklung der kommunalen Integrationsmonitore nehmen die „Modellregionen Integration“ eine Vorreiterrolle ein. Wir laden zudem alle hessischen Kommunen ein, sich dem System anzuschließen. Auch arbeiten wir eng mit der Bundesebene und den anderen Bundesländern zusammen, um die Systeme abzustimmen und anschlussfähig zu machen.

Die Aufgabe ist nicht einfach: Über die Notwendigkeit der Messung von Fort- (oder Rück-)schritten bezogen auf das Ziel gleicher Chancen in unserem Land herrscht zwar weitgehende Übereinstimmung. Gleichzeitig fehlen viele Voraussetzungen, vor allem mangelt es an der Verfügbarkeit valider und belastbarer Daten. Auch bei der Erarbeitung des Hessischen Monitors sind diese Grenzen deutlich zutage getreten. Hier sind noch einige Anstrengungen nötig. Hinter uns liegen Jahrzehnte der wichtigen Sensibilisierung für Datenschutzbelange. Wir möchten keine „Vermessung“ der Bevölkerung vornehmen. Wir möchten – und dazu sehe ich mich verpflichtet – umsichtige Integrationspolitik gestalten, die auf Fakten basiert und sich an ihnen auch messen lässt. Bei unseren Bemühungen, die Datengrundlage zu verbessern, haben wir das alles im Blick.

Der landesweite Integrationsmonitor, den Sie in Händen halten, ist das Herzstück des Integrationsmonitorings in Hessen. Wir legen hiermit die Basis für erfolgreiche Maßnahmen und stellen uns damit der Verantwortung, unsere Arbeit „messen zu lassen“.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jörg-Uwe Hahn', with a long horizontal flourish extending to the right.

Jörg-Uwe Hahn
Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa

Inhalt

1	Einführung.....	6
2	Grundlagen des hessischen Integrationsmonitorings.....	8
2.1	Aufgaben und Anforderungen.....	9
2.2	Das hessische Integrationsverständnis.....	10
2.3	Dimensionen und Themenfelder.....	10
2.4	Indikatorenbildung.....	11
2.5	Datenquellen.....	13
2.6	Der Pilotbericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“.....	16
2.7	Vorgehensweise des Hessischen Integrationsmonitors.....	17
3	Indikatoren.....	18
3.1	Vorbemerkungen.....	19
3.2	Grundlagenkennzahlen.....	24
3.3	Strukturelle Dimensionen.....	34
3.3.1	Bildung - Lebenslanges Lernen.....	34
3.3.2	Arbeit.....	57
3.3.3	Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit.....	68
3.3.4	Wohnen.....	77
3.3.5	Gesundheit.....	80
3.3.6	Politische Teilhabe.....	84
3.4	Soziale Dimension.....	86
3.4.1	Lebensformen.....	86
3.4.2	Private Kontakte.....	90
3.4.3	Bürgerschaftliches Engagement.....	93
3.4.4	Kriminalität.....	96
3.5	Kulturelle Dimension – Akkulturation.....	100
3.5.1	Sprachkompetenz.....	100
3.5.2	Religion.....	103
3.5.3	Einstellungen und Meinungen.....	106

3.6	Identifikatorische Dimension.....	114
3.6.1	Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland.....	114
3.6.2	Benachteiligung.....	117
3.7	Integration aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive am Beispiel der Rhein-Main-Region.....	119
4	Der Hessische Integrationsmonitor im europäischen und bundesdeutschen Kontext.....	122
4.1	Europa.....	123
4.2	Deutschland.....	124
5	Ausblick.....	126
5.1	Ziel: Aufbau eines flächendeckenden Monitorings in Hessen.....	128
5.2	Umsetzung: Aufbau des Integrationsmonitorings in den „Modellregionen Integration“.....	129
5.3	Ergänzung um ein Zuwanderungsmonitoring.....	131
5.4	Berücksichtigung der Interkulturellen Öffnung.....	132
6	Literatur.....	134
7	Abkürzungsverzeichnis.....	146
	Anhang 1: Tabellenteil.....	149
	Anhang 2: Die Indikatoren der länderoffenen Arbeitsgruppe.....	192
	Anhang 3: Die auf europäischer Ebene vorgeschlagenen Core Indicators.....	194
	Impressum.....	195

1 EINFÜHRUNG



Knapp 12% der hessischen Bevölkerung besitzen keinen deutschen Pass; Hessen ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009c). Die Gruppe der **Ausländerinnen und Ausländer**¹ ist sehr heterogen, zusammengesetzt aus Personen mit über 160 verschiedenen Staatsangehörigkeiten.

1,49 Mio. Personen in Hessen haben einen **Migrationshintergrund**². Diese Personengruppe setzt sich zusammen aus knapp 684.000 Ausländern und 807.000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Damit liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hessen bei 24,6% - also fast einem Viertel - und damit deutlich über dem bundesweiten Anteil von 19%. Mit Verjüngung der Kohorten steigt dieser Anteil bis auf 45% bei den Kindern unter 6 Jahren (eigene Berechnungen nach Mikrozensus 2008).

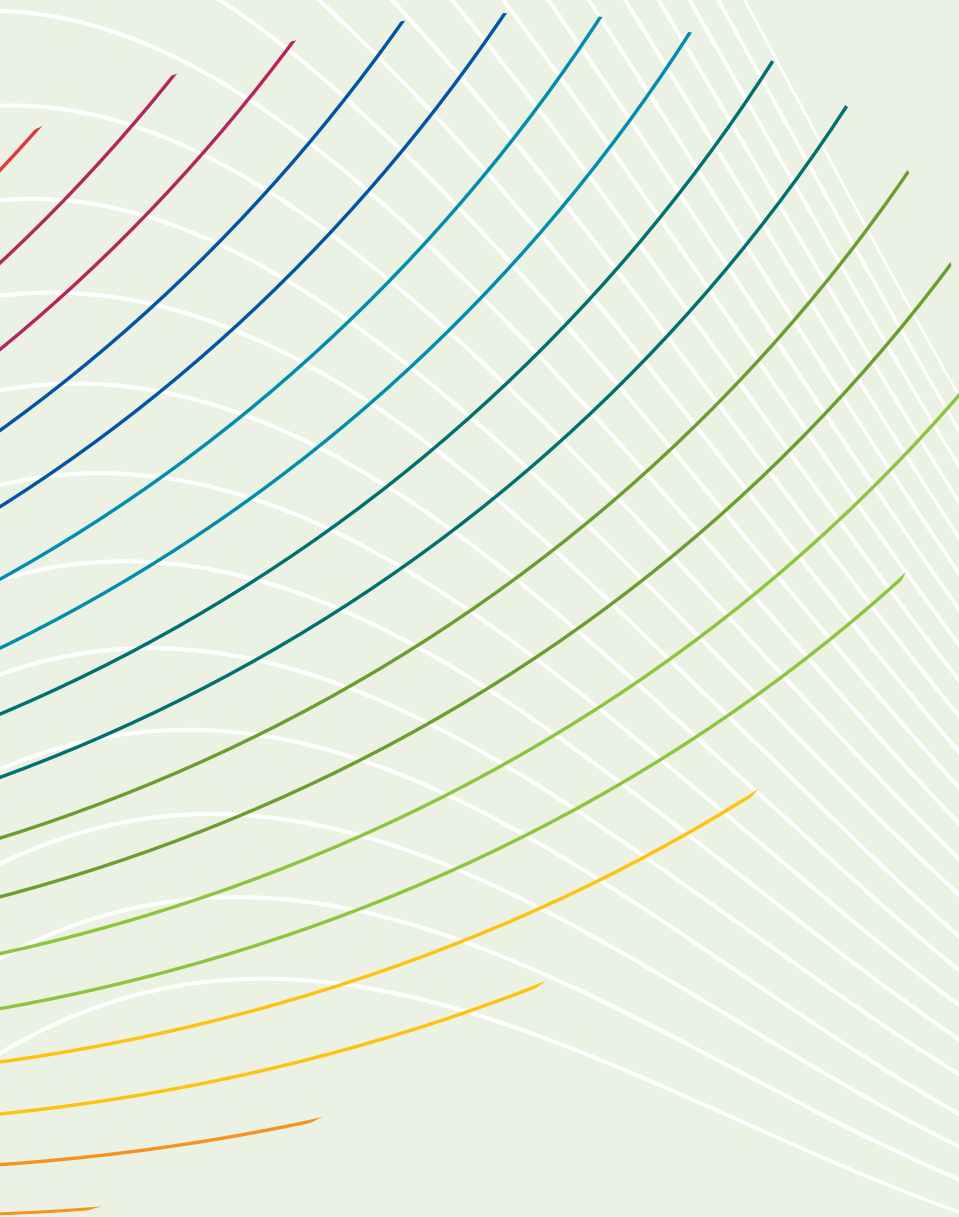
Hessen ist ein vielfältiges, tolerantes und weltoffenes Land. Eine Leitlinie hessischer Politik ist, Leistung zu honorieren, gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen und Ausgrenzung zu vermeiden. Dies gilt gerade auch für Zugewanderte. Erfolgreiche Integrationspolitik trägt ganz wesentlich dazu bei, diesem Anspruch an unser Land gerecht zu werden. Deshalb hat die Hessische Landesregierung der Integrationspolitik besondere Priorität eingeräumt und verfolgt ein Bündel an Maßnahmen zur Förderung der Integration.

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen und nachhaltigen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Daher legt das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa für Hessen im Herbst 2010 erstmals einen landesweiten Integrationsmonitor vor, der in regelmäßigen, kurzen Zeitspannen fortgeschrieben werden soll.

¹ Im Dienste der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden ausschließlich die männliche Form verwendet. Diese steht selbstverständlich für beide Geschlechter.

² Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (s. dazu auch Abschnitt 2.5; Statistisches Bundesamt 2008: 6).

2 GRUNDLAGEN DES HESSISCHEN INTEGRA- TIONSMONITORINGS



2.1 Aufgaben und Anforderungen

Monitoring bedeutet „Beobachtung“ von Entwicklungen. Es erlaubt, gesellschaftliche Trends kontinuierlich zu verfolgen und eventuelle Fehlentwicklungen zu erkennen (Worbs/Friedrichs 2008: 265; Stadt Frankfurt a.M. 2009b: 6). Damit bildet es eine empirisch gestützte „Planungs- und Entscheidungsgrundlage“ (Beauftragte der Bundesregierung 2009b: 2) für den politischen Steuerungsprozess, ersetzt aber nicht die sorgfältige Interpretation der Daten und ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse.

Monitoring kann auch Grundlage einer systematischen Berichterstattung oder der Evaluation politischer Maßnahmen sein. Es ist jedoch nicht mit Evaluation gleichzusetzen (ausführlich dazu Filsinger 2008: 41ff.; Stadt Frankfurt a.M. 2009b: 6), denn eine Evaluation dient der Erfolgskontrolle durchgeführter Aktivitäten oder eingesetzter Instrumente.

Voraussetzung für Integrationsmonitoring ist zunächst die Konkretisierung des zugrundeliegenden Integrationsverständnisses und sodann die Identifizierung der maßgeblichen Handlungs- oder Themenfelder einschließlich der Festlegung der Merkmale des „Integrationsfortschritts“. Darauf baut dann die Ableitung von Indikatorensets auf, die durch die Kombination geeigneter Einzelindikatoren die Integration im jeweiligen Feld (z. B. Arbeitsmarkt) beschreiben können (s. dazu auch o.V. 2007).

Folgende Grundsätze und Empfehlungen sollten beim Aufbau eines Monitoringsystems beachtet werden:

- > Die Indikatorenzahl sollte begrenzt werden, um die Kriterien „der Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu wahren“ (Stadt Frankfurt a.M. 2009b: 24).
- > Es ist sicherzustellen, dass die Indikatoren zweifelsfrei für Zugewanderte ausgewiesen werden können, was eine eindeutige Definition auch dieses Begriffes voraussetzt.
- > Integrationsmonitoring benötigt quantitative Daten hoher Aussagekraft. Diese müssen einfach zu erheben sein, um die Kosten eines regelmäßigen Monitorings gering zu halten.
- > Den Indikatorwerten sollten Referenzwerte – idealerweise für die Aufnahmegesellschaft – gegenübergestellt werden.
- > Da Integration ein prozesshaftes Geschehen ist, sind Zeitreihen abzubilden.
- > Monitoring gewinnt deutlich an Aussagekraft, wenn zusätzlich alters-, geschlechts-, herkunfts- und schicht- (bzw. lebenslagen- oder milieu-) spezifische Teilanalysen vorgenommen werden, denn der Integrationsprozess kann für verschiedene Gruppen abweichend verlaufen (Wilkens 2009a).
- > Trotz einer Ausrichtung an den Prinzipien von Kontinuität und Kohärenz sollte ein Monitoringsystem auch Flexibilität bieten, um neue Handlungsfelder oder Indikatoren aufnehmen zu können (Stadt Frankfurt a.M. 2009b: 27).

2.2 Das hessische Integrationsverständnis

Ziel der Hessischen Landesregierung ist es, Zugewanderten gleiche Bildungs- und Berufschancen zu gewähren und sie möglichst umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Schon in ihren im Jahr 2000 verabschiedeten Leitlinien zur Integrationspolitik formulierte die Landesregierung den **gleichberechtigten Zugang** aller dauerhaft³ und rechtmäßig in Hessen lebenden Menschen **zu den Bildungseinrichtungen, zum Arbeitsmarkt und zu gesellschaftlicher Teilhabe** als Voraussetzung erfolgreicher Integration. Grundlagen hessischer Integrationspolitik sind zugleich die **Anerkennung der Identität** des Einzelnen **sowie gegenseitige Achtung und Toleranz** (Koalitionsvereinbarung 2009-2014).

Sowohl die Zugewanderten als auch die Mitglieder der hessischen Aufnahmegesellschaft⁴ müssen Integrationsleistungen erbringen. Ohne gegenseitige Achtung und Toleranz und ohne die interkulturelle Öffnung der gesellschaftlichen Schlüsselinstitutionen laufen viele integrative Anstrengungen von Zugewanderten ins Leere.

Integration kann nur gelingen, wenn sie in **Vielfalt** gedacht wird („Integrierte Vielfalt“): Deshalb muss es in den nächsten Jahren gelingen, die verschiedenen Kulturen als Bereicherung für unsere Gesellschaft im Bewusstsein zu verankern.

2.3 Dimensionen und Themenfelder

Die Integration von Zuwanderern und Zugewanderten ist ein äußerst vielschichtiger Prozess. Beim Integrationsmonitoring geht es darum, diesen komplexen Prozess in verschiedene Komponenten – Esser und Heckmann sprechen von „Dimensionen“ der Integration (Heckmann/Friedrich 2007) – zu zerlegen, diese schrittweise auf beobachtbare Größen zurückzuführen und dann in Zeitreihen abzubilden.

Esser und Heckmann unterscheiden zwischen **struktureller Integration** (z. B. Zugang zu den Kernstrukturen der Aufnahmegesellschaft in Schlüsselbereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnraum und Gesundheitssystem), **sozialer Integration** (wie privates soziales Umfeld, binationale Partnerschaften, Einbindung ins Vereinsleben), **kultureller Integration** oder **Akkulturation** (u. a. Erwerb der Landessprache, Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der Aufnahmegesellschaft, Wertvorstellungen) und schließlich **Integration durch Identifikation** (lokales, regionales, nationales oder binationales Zugehörigkeitsgefühl; efms IntpolTeam 2006). Der Stand der Integration lässt sich in den einzelnen Dimensionen unterschiedlich gut abbilden. Die strukturelle Dimension

³ Integrationspolitische Maßnahmen richten sich damit nicht auf Saisonarbeitskräfte, Pendelmigranten (dazu Oswald 2007: 91) oder Asylbewerber.

⁴ Die Aufnahmegesellschaft bildet sich aus all den Personen, die keinen Migrationshintergrund besitzen. Dabei stellt sie jedoch keine starre, sondern eine dynamische Gruppe dar, die vielfältigen Einflüssen und Prägungen gerade auch durch Zuwanderung und Integration ausgesetzt ist. Gegenüber dem Begriff von der Mehrheitsgesellschaft bietet der der Aufnahmegesellschaft den Vorteil, auf eine quantitative Betrachtungsweise verzichten zu können.

kann aufgrund der vergleichsweise günstigen Datenlage im Bereich Bildung und Arbeit relativ gut ausgeleuchtet werden (siehe dazu Abschnitt 3.1). Außerdem ist sie als Grundlage für politische Steuerungsprozesse die zentrale Dimension.

Schon in den Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen wurde zwischen dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, dem Hessischen Landkreistag und der Hessischen Landesregierung im März 2007 verabredet, das Konzept der vier Dimensionen aufzugreifen. Die Mitglieder des hessischen Integrationsbeirates haben auf die besondere Bedeutung der Dimensionen der sozialen sowie der kulturellen Integration hingewiesen und wünschen sich eine entsprechende Berücksichtigung im Monitoring.⁵

2.4 Indikatorenbildung

Indikatoren setzen sich aus einer oder mehreren statistischen Kennziffern zusammen (detailliert zum Unterschied zwischen Indikatoren und Kennziffern: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 2007: 37ff.).⁶ Ausgehend von den definierten Dimensionen und den zugehörigen Themenfeldern können sinnvolle Indikatoren ausgewählt werden (Knepel 1999: 625f.; s. dazu auch Abbildung 1).

Dabei kommt Verhältniszahlen in Form von Quoten, also dem Anteil von Personen an einer Grundgesamtheit, eine besondere Rolle zu.

Bestimmte Indikatoren können als „**Kernindikatoren**“, die regelmäßig auszuweisen sind, definiert werden, andere als „**Ergänzungsindikatoren**“, die aktuelle Themen illustrieren und lediglich zeitweilig aufgeführt werden (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 2007: 41).

Ferner lassen sich im hier vorgestellten hessischen Indikatorensystem drei Kategorien unterscheiden: Zum einen werden „**Grundlagenkennzahlen**“ verwendet, die Aussagen über die Entwicklung der Demographie – z. B. Zusammensetzung der Bevölkerung, Zu- und Fortzüge – erlauben. Ein Teil der Indikatoren lässt sich als „**Vergleichsindikatoren**“ bezeichnen. Das sind all diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für Personen ohne Migrationshintergrund). Mit diesen soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in relevanten gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Sie lassen etwaigen Handlungsbedarf zur Beseitigung entsprechender Unverhältnismäßigkeiten erkennen. Daneben werden „**Optimierungsindikatoren**“ genutzt, für die sich keine Referenzgröße berechnen lässt, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung erkennen lassen (wie beispielsweise die Zahl der Einbürgerungen).

⁵ Protokoll der Integrationsbeiratssitzung auf dem Hessentag vom 1. Juni 2010.

⁶ Beispiel: Der Indikator „Schulabschlüsse“ umfasst mehrere Kennziffern wie Absolventen nach Abschlussarten (in % der gleichaltrigen Wohnbevölkerung), Abgänger nach Abschlussarten und Bildungsgängen, Anteil der erreichten Schulabschlüsse (in % einer Altersgruppe) etc. (ebda.).

Sozialer Prozess	Dimensionen	Themenfelder (Auswahl)	Indikatoren (Beispiele)
Integration	strukturell	Zugang zu Bildung	Schulbesuch nach Migrationshintergrund
		Zugang zu Erwerbsarbeit	Ausbildungsbeteiligungsquote nach Migrationshintergrund
		Partizipation an Erwerbsarbeit	Erwerbsquote nach Migrationshintergrund Arbeitslosenquote nach Migrationshintergrund
		Gesundheit	subjektives Gesundheitsempfinden nach Migrationshintergrund
		Zugang zu Wohnraum	Wohnfläche nach Migrationshintergrund
	kulturell	Sprache	eigene Sprachstandseinschätzung
	sozial	Lebensformen	Kinderzahl nach Migrationshintergrund
Bürgerschaftliches Engagement		Mitarbeit in Vereinen, Gremien etc.	
Kriminalität		Anteil der Verurteilten nach Migrationshintergrund	
identifikatorisch	Zugehörigkeitsgefühl	Gefühl, Deutsche(r) zu sein	

Abbildung 1: Exemplarische Ableitung von Indikatoren in verschiedenen Themenfeldern;

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Knepel (1999: 625)

2.5 Datenquellen

Hauptdatenbasis für das landesweite Integrationsmonitoring ist der **Mikrozensus**, der vom Statistischen Bundesamt bereitgestellt wird. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Mehrzweckstichprobe von 1% der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (etwa 600.000 Personen), die seit 1957 durchgeführt wird. „Zweck des Mikrozensus ist es, statistische Angaben in tiefer fachlicher Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und der Haushalte, den Arbeitsmarkt, die berufliche Gliederung und die Ausbildung der Erwerbsbevölkerung sowie die Wohnverhältnisse bereitzustellen“ (§ 1 II Mikrozensusgesetz 2005). Seit 2005 können die Daten nach Migrationshintergrund differenziert werden. Da die Teilnahme an der Befragung verpflichtend ist und daher mit einer hohen Rücklaufquote zu rechnen ist, kann man hier von einer sehr guten Datenbasis ausgehen.

Daneben werden weitere Datenquellen für das Monitoring herangezogen:

Die **Arbeitslosenstatistik** der Bundesagentur für Arbeit erfasst alle arbeitslos gemeldeten Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres.

Die Angaben des **Ausländerzentralregisters** (AZR) basieren auf den Daten der Ausländerbehörden. Es erfasst Daten über Ausländer, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten. Durch zeitliche Verzögerungen der Meldungen über Zu- und Abgänge können am Auszählungstichtag nicht alle Veränderungen vollzählig abgebildet sein.

Die **Berufsbildungsstatistik** des Statistischen Bundesamtes ist eine Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Erfasst werden Jugendliche mit Ausbildungsvertrag, die sich zum Stichtag (31. Dezember) in einer Ausbildung im Dualen System (betriebliche und schulische Ausbildung) befinden. Die Statistik liefert auch Daten zu Verträgen und Prüfungen. 2007 wurde die Berufsbildungsstatistik auf eine Individualdatenerfassung umgestellt; gleichzeitig wurde der Merkmalskatalog erweitert. Dies macht künftig weiterreichende Analysen möglich.

Die **Beschäftigtenstatistik** der Bundesagentur für Arbeit basiert auf einer Vollerhebung. Grundlage sind die Meldungen über sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die die Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger abgeben müssen. Aus den gemeldeten Daten werden die amtlichen Stichtagsdateien erstellt. Die Statistik erfasst jedoch nicht alle Erwerbstätigen, da Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, das der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Somit wird davon ausgegangen, dass die Beschäftigtenstatistik etwa drei Viertel aller Erwerbstätigen berücksichtigt. Da die Daten nicht anonymisiert sind, werden sie in ihrer Gesamtheit nur den Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit zugänglich gemacht. Einige Daten werden regelmäßig in aggregierter Form veröffentlicht.

Die vom Statistischen Bundesamt erstellte **Einbürgerungsstatistik** liefert Zahlen zu den jährlichen Einbürgerungen vormals ausländischer Bürger, die auf Meldungen der Einbürgerungsbehörden basieren.

Die von der Bundesagentur für Arbeit erstellte **Grundsicherungsstatistik** gibt Auskunft über die Anzahl der hilfebedürftigen Personen und ihre Leistungen nach dem SGB II.

Die amtliche **Hochschulstatistik** des Statistischen Bundesamtes bietet grundlegende Informationen für die Planung und politische Gestaltung des Hochschulwesens. Die Datenlieferung erfolgt durch die Hochschulen. Zentral sind die Angaben zu den Studierenden (z. B. Alter und Geschlecht) sowie zu ihrer fachlichen Ausrichtung.

Die **Kinder- und Jugendhilfestatistik** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird seit 2006 jährlich erstellt. Neben den Angaben zu dem am Stichtag (1. März) in den Tageseinrichtungen tätigen Personal werden Individualdaten zu den dort betreuten Kindern erhoben. Seit 2006 wird auch gefragt, ob mindestens ein Elternteil des Kindes aus einem ausländischen Herkunftsland stammt („elterliche Migrationserfahrung“, Böttcher et al. 2010; Kolvenbach/Taubmann 2006). Zusätzlich wird bei jedem Kind erhoben, ob zu Hause überwiegend deutsch gesprochen wird.

In der **Polizeilichen Kriminalstatistik** des Bundeskriminalamtes bzw. der Landeskriminalämter werden die von den hessischen Polizeidienststellen bearbeiteten (Straf-)Taten einschließlich der strafbaren Versuche sowie die ermittelten Tatverdächtigen erfasst. Sie dient der Beobachtung der Kriminalität und einzelner Deliktsarten sowie des Umfangs und der Zusammensetzung des Kreises der Tatverdächtigen.

Die hessische **Schuleingangsuntersuchung** ist eine verpflichtende Untersuchung, die einige Monate vor der Einschulung durch Ärzte der Gesundheitsämter an der künftigen Schule eines Kindes durchgeführt wird. Durch die Untersuchung des Kindes, die Erfassung der Krankheitsvorgeschichte und die Anwendung verschiedener Tests wird eine Aussage zur Schuleignung aus medizinischer Sicht getroffen. Die Schuleingangsuntersuchung ist momentan die einzige umfassende und repräsentative Datenquelle zur Gesundheit jüngerer Kinder in Hessen.

Die **Schulstatistik**, die vom hessischen Statistischen Landesamt bereitgestellt wird, unterscheidet zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Sie weist Daten zu Schulen, Klassen, Schülern, Absolventen, Lehrkräften und Unterrichtsstunden aus. In Hessen werden Daten zur Schulbildung in der Lehrer-Schüler-Datenbank (LUSD) erfasst. Diese bietet eine Vollerhebung mit differenzierten Schülerdaten.⁷

Nach einer erfolgreich abgeschlossenen Pilotphase wird in Hessen seit 2007 die landesweite **Sprachstandserhebung** unter vierjährigen Kindern mit dem Kinder-Sprach-Screening (KISS) eingeführt. Dabei handelt es sich um ein systematisches Verfahren zur Überprüfung und Beobachtung des Sprachstands durch pädagogische Fachkräfte in hessischen Kindertagesstätten⁸. Weil die Teilnahme nicht verpflichtend ist und die Stichprobe damit nicht repräsentativ, wird hier auf die Nutzung dieser Datenquelle verzichtet.

⁷ www.lusdportal.hessen.de/irj/LUSD_Internet?cid=ea3f49676e19fcd494326bf2055f4250

⁸ www.hessen.de/irj/HSM_Internet?cid=70cc3aa8b7453bb0b71f6941a7c4b532

Die **Strafverfolgungsstatistik** liefert Angaben über die Anwendung der Strafbestimmungen durch deutsche Gerichte und über die Straffälligkeit verschiedener Personengruppen. Es werden alle nach strafrechtlichen Vorschriften der Bundes- oder Landesgesetze Verurteilte erfasst. Gleichzeitig wird der Grund der Verurteilung ausgewiesen. Die Statistik basiert auf den Verwaltungsdaten der Strafvollstreckungsbehörden.

Die **Wanderungsstatistik** beruht auf den An- und Abmeldungen, die bei einem Wohnungswechsel von den Meldebehörden registriert werden. Sie werden monatlich erhoben.

Für den Hessischen Integrationsmonitor werden zusätzlich Daten des **Sozioökonomischen Panels (SOEP)** verwendet. Hierbei handelt es sich um eine beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angesiedelte jährliche Wiederholungsbefragung von rund 11.000 privaten Haushalten mit ca. 20.000 Personen (Stand 2008), die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in den neuen Bundesländern durchgeführt wird. Neben einem Satz an Standardfragen zu Themenbereichen wie z. B. Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und beruflicher Mobilität, Einkommensverläufen, Gesundheit und Lebenszufriedenheit, enthalten die Fragebögen auch jährlich wechselnde Module zu bestimmten Schwerpunktthemen. Das SOEP kann – anders als alle zuvor vorgestellten Datenquellen – Aussagen zu Aspekten der kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integration sowie zur Vielfalt in der hessischen Gesellschaft liefern. Aufgrund der Panelgröße erlaubt die Auswertung des SOEP für Hessen jedoch lediglich **Trendaussagen**.

Der **Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration** hat im Mai 2010 ein Gutachten zur Einwanderungsgesellschaft mit einem sogenannten „Integrationsbarometer“ vorgestellt. Mit diesem Instrument wurden in drei Regionen der westlichen Bundesrepublik – darunter im Rhein-Main-Gebiet – Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu ihren Einstellungen in den Themenbereichen Integration und Integrationspolitik, Integrationsklima und Vertrauen sowie Misstrauen in der Einwanderungsgesellschaft befragt. Der Sachverständigenrat weist darauf hin, dass das SVR-Integrationsbarometer die „doppelseitige und interdependente Eigendynamik von Integrationsprozessen in der Einwanderungsgesellschaft“ erstmalig in den Blick nähme (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2010: 30). Da die Ergebnisse geeignet sind, die Befunde des Monitors zu ergänzen, wird in Kapitel 3.7 eine vom Sachverständigenrat zur Verfügung gestellte Teilauswertung für die Rhein-Main-Region, die einen Teil Südhessens umfasst (neben Frankfurt am Main den Wetteraukreis, den Hochtaunuskreis, Stadt und Landkreis Offenbach, den Main-Taunus-Kreis und Teile des Main-Kinzig-Kreises sowie des Kreises Groß-Gerau), in die Betrachtung einbezogen.

Obwohl also verschiedene Datenquellen vorliegen, wird die **Datenlage** im Hinblick auf Migration und Integration insgesamt als unbefriedigend eingeschätzt, da sie „*unübersichtlich und lückenhaft*“ sei (Haug 2005: 3).

Problematisch ist vor allem, dass die meisten amtlichen Datenquellen nur nach **Staatsangehörigkeit** differenzieren. Dieses Konzept verliert jedoch zunehmend an Trennschärfe, da Spätaussiedler als Deutsche erfasst werden, da infolge der Reformen des Staats-

bürgerschaftsrechts die Einbürgerungen zugenommen haben und da die Zahl der Kinder von Zugewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit gestiegen ist. Der Mikrozensus und einige andere Erhebungen verwenden daher seit einigen Jahren das Konzept des **Migrationshintergrundes** (Statistisches Bundesamt 2008b), wobei jedoch differierende Definitionen vorliegen.⁹ Das SOEP liefert Daten, die nach Migrationshintergrund oder Staatsangehörigkeit unterscheiden.¹⁰

Aufgrund der Datenlage basieren also im Integrationsmonitoring – augenblicklich noch – einige Indikatoren auf dem Ausländerkonzept, andere hingegen auf dem Konzept eines Migrationshintergrundes, was einer kohärenten Berichterstattung hinderlich ist. Längerfristig wird das Ziel verfolgt, sämtlichen für die Integration relevanten Statistiken das Konzept des Migrationshintergrundes zugrundezulegen (Beauftragte der Bundesregierung 2007: 33f.), wobei sicherzustellen ist, dass eine einheitliche Definition gewählt wird.

2.6 Der Pilotbericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“

Hessen zählt neben Berlin, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu den Pilotländern, die in einer **länderoffenen Arbeitsgruppe** bereits ein gemeinsames länderübergreifendes Konzept des Integrationsmonitorings entwickelt haben.

Auftrag dieser Arbeitsgruppe ist es, in Abstimmung mit dem Bund eine einheitliche Definition des Merkmals Migrationshintergrund zu erarbeiten, notwendige Statistikänderungen zu benennen sowie Integrationsindikatoren abzustimmen (Länderoffene Arbeitsgruppe 2009; die Liste der Indikatoren findet sich in Anhang 2).

Zur 5. Konferenz der Integrationsminister im März 2010 hat die Arbeitsgruppe einen Pilotbericht vorgelegt. Sie hat darin sechs zentrale integrationspolitische Themenfelder identifiziert – Bildung, Arbeitsmarkt, Lebensunterhalt, Gesundheit, Wohnen, Kriminalität – und diese mit Hilfe quantitativer Indikatoren operationalisiert. Vorab werden in einem grundlegenden Teil zentrale Merkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgeführt.

⁹ Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2008: 6).

Die Hessische Schuleingangsuntersuchung beispielsweise definiert dagegen wie folgt: „Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile oder der allein erziehende Elternteil einer anderen Ethnie angehört. Bei Mischehen ist ein Migrationshintergrund zu dokumentieren, wenn der nicht-deutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt“ (Hessisches Sozialministerium 2008: 11).

Gemäß einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz soll in den Schulstatistiken künftig eine länderübergreifend einheitliche Definition des Migrationshintergrundes verwendet werden, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern sollen nicht in die Ableitung des Merkmals eingehen.

¹⁰ Die Bundesagentur für Arbeit (2009: 60) stellt für die Arbeitslosenstatistik eine baldige Differenzierung nach dem Migrationshintergrund in Aussicht.

Die federführenden Länder haben Berechnungen der Länderindikatoren für die übrigen Bundesländer durchführen lassen. Die Indikatorenwerte für die einzelnen Bundesländer werden einander gegenübergestellt (dazu beispielhaft Abb. 2).

Die Länder haben die Möglichkeit, den Indikatorensetz für ihre regelmäßige eigene Berichterstattung über den Stand der Integration zu verwenden und dabei gegebenenfalls Schritt für Schritt zu erweitern. Insofern stellt der Pilotbericht eine wesentliche Grundlage des Hessischen Integrationsmonitors dar.

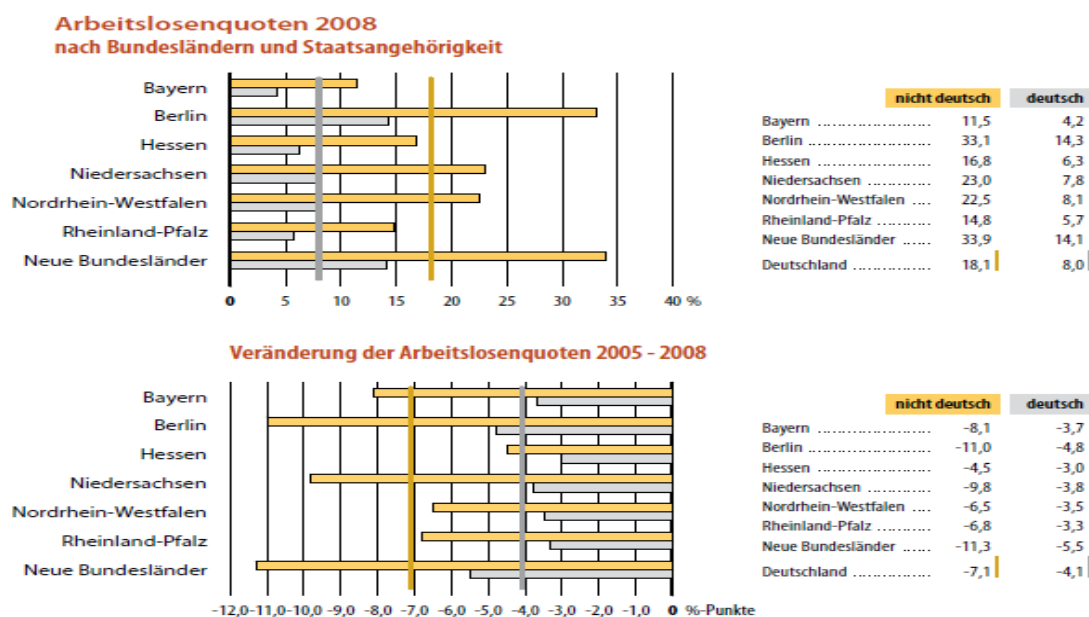


Abbildung 2: Aus der Pilotstudie der länderoffenen Arbeitsgruppe – Entwicklung des Indikators „Arbeitslosenquote“ 2008 mit der Veränderung seit 2005 in einer Gegenüberstellung für die Pilotländer

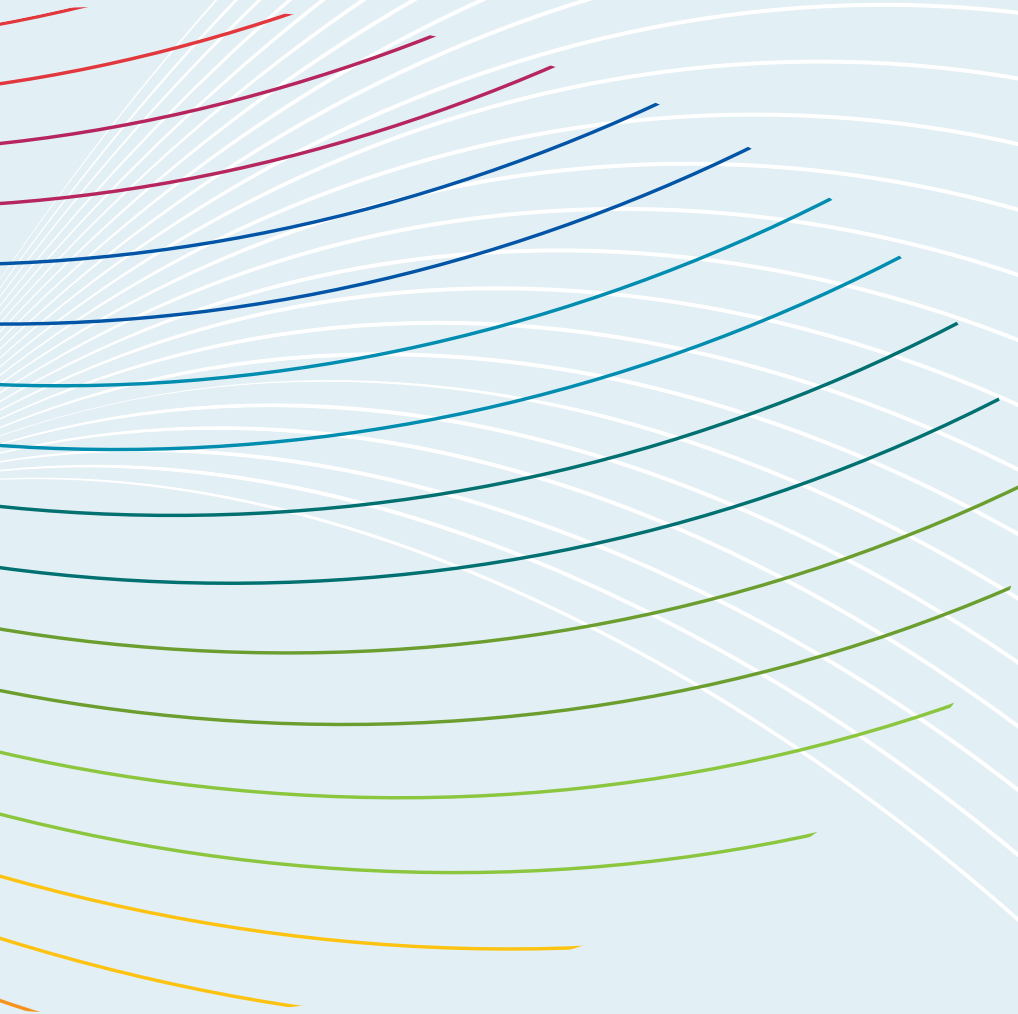
Quelle: Länderoffene Arbeitsgruppe (2010: 35)

2.7 Vorgehensweise des Hessischen Integrationsmonitors

Der Hessische Integrationsmonitor enthält eine Erweiterung des zwischen den Bundesländern vereinbarten Indikatorensets, das sehr stark auf die strukturelle Dimension der Integration fokussiert. Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (HMdJIE) versucht, auch die anderen Dimensionen der Integration mit weiteren Themenfeldern zu erschließen, soweit dies der Situation und dem Anliegen Hessens als vielfältiges, weltoffenes und attraktives Bundesland Rechnung trägt.

Im nächsten Kapitel werden geeignete Indikatoren abgeleitet und – soweit möglich – für die Jahre 2005 und 2008 berechnet. Da der Aufbau des Hessischen Integrationsmonitors ein offenes Vorgehen ist, ist seine Entwicklung nicht als abgeschlossen zu betrachten.

3 INDIKATOREN



3.1 Vorbemerkungen

In diesem Kapitel werden die Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors aufgeführt und erläutert. Soweit sie auch im Indikatorenset der Bundesländer genutzt werden, ist dieses hinter der Benennung des Indikators vermerkt und die dortige Kennzeichnung des Indikators angegeben (z. B. LAG B3). Die Indikatoren sind graphisch dargestellt und – soweit möglich – für die Jahre 2005 und 2008 ausgewiesen. Der Übersichtlichkeit halber sind einige Indikatoren in ihrem Informationsgehalt reduziert (z. B. indem auf die Differenzierung nach Geschlecht verzichtet wurde); ausführlichere Tabellen – auch mit absoluten Zahlen – finden sich in Anhang 1. Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die verwendeten Indikatoren. Soweit sie mit einem Kreuz gekennzeichnet sind, gehen sie über das Indikatorenset der länderoffenen Arbeitsgruppe hinaus.

Grundlagenkennzahlen

A1	Hessische Bevölkerung	
A2	Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hessen	
A3	Ausländer nach Aufenthaltsstatus in Hessen	
A4	Einbürgerung in Hessen – Einbürgerungsquote	
A5	Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund in Hessen a: Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an den volljährigen Personen mit Migrationshintergrund b: Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen volljährigen Deutschen	

Strukturelle Dimension

B6	Frühkindliche Bildung – Betreuungsquote	
B7	Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen	
B8	Schüler der 8. Klasse nach Schulformen	
B9	Schulentlassene	
B10	Lernende im Berufsausbildungssystem	x
B11	Ausbildungsbeteiligungsquote	
B12	Auszubildende nach Ausbildungsbereichen	
B13	Studierende	x
B14	Weiterbildungsbeteiligung	x
B15	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	
B16	Höchster beruflicher Abschluss	
B17	Erwerbstätigenquote	
B18	Beschäftigungsverhältnisse	
	a: Atypische Beschäftigung	x
	b: Geringfügige Beschäftigung	
B19	Stellung im Beruf	
B20	Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)	
B21	Arbeitslosenquote	
B22	Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts	
B23	Nettoeinkommen von Familien	x
B24	Bezieher von Leistungen nach SGB II	
B25	Armutsrisikoquote	

Strukturelle Dimension		
B26	Wohnfläche je Familienmitglied	
B27	Eigentümerquote	
B28	Subjektives Gesundheitsempfinden	x
B29	Gesundheitsförderndes Verhalten	x
B30	Politisches Engagement	x

Soziale Dimension		
C31	Haushaltsgröße	
C32	Zusammenleben in Privathaushalten	
C33	Kinderzahl je Frau	x
C34	Private Kontakte	x
C35	Bürgerschaftliches Engagement	x
C36	Tatverdächtige	
C37	Verurteilte	

Kulturelle Dimension		
D38	Kenntnis der deutschen Sprache	x
D39	Gebrauch der deutschen Sprache	x
D40	Religionszugehörigkeit	x
D41	Glaubenspraxis	x
D42	Einstellungen und Meinungen a) Einstellungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung b) Einstellungen zur eigenen wirtschaftlichen Situation c) Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit d) Sorgen um den Umweltschutz e) Sorgen um Zuwanderung f) Sorgen um Ausländerfeindlichkeit	x

Identifikatorische Dimension		
E43	Gefühl, Deutsche(r) zu sein	x
E44	Empfinden der Benachteiligung aufgrund der Herkunft	x

Abbildung 3: Übersicht über die Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors

Die Indikatoren weisen eine unterschiedliche Schärfe auf, was mit der Datenlage und den verschiedenen Erhebungsformen zusammenhängt. Als besonders positiv hinsichtlich der Schärfe können Indikatoren angesehen werden, die auf einer Vollerhebung basieren. Bei Stichprobenerhebungen ist die Schärfe eines Indikators vor allem abhängig von der Größe und Auswahl der Stichprobe.

Die Indikatoren der strukturellen Dimension werden überwiegend mit in Vollerhebungen (z. B. Schulstatistik) oder großen Stichproben (Mikrozensus) gewonnenen Daten berechnet.¹¹ Die Indikatoren in der kulturellen sowie der identifikatorischen Dimension werden ausschließlich mit dem SOEP ermittelt. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Daten des SOEP aufgrund der Stichprobengröße für Hessen lediglich Trendaussagen erlauben.¹² Somit weisen die Indikatoren der strukturellen Dimension tendenziell eine größere Schärfe auf als die der sozialen Dimension und vor allem die der kulturellen sowie der identifikatorischen Dimension, was mit Abbildung 4 angedeutet werden soll.

¹¹ Bei Stichprobenerhebungen stellt sich generell die Frage, inwieweit die aus der Stichprobe gewonnenen Erkenntnisse auf die Grundgesamtheit übertragen werden können. Mit Hilfe von Schätzverfahren wird versucht, Aussagen über einzelne Parameter der Grundgesamtheit zu treffen. Ausgehend von dem Stichprobenergebnis wird ein Konfidenzintervall bestimmt, in dem der zu schätzende Parameter der Grundgesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt (üblich ist eine Sicherheit von 95% oder 99%).

Die Nutzung solcher Methoden würde die Verlässlichkeit einiger in diesem Bericht aufgeführten Befunde deutlich erhöhen. Da jedoch ein Monitoring ohnehin durch tiefergehende Analysen des Integrationsgeschehens, die genauere Hinweise auf die Stärke sowie das Zusammenwirken von Einflussfaktoren geben können, flankiert werden sollte – was nur Aufgabe wissenschaftlicher Einrichtungen sein kann –, wurde hier auch auf den Einsatz von Schätz- und Testverfahren sowie weiteren statistischen Analysen verzichtet.

¹² Zur Kontrolle der Ergebnisse wurden alle Kennzahlen zusätzlich auch für die alten Bundesländer (ohne Hessen und Berlin) ausgewertet und mit den eigentlichen Indikatoren abgeglichen, was Hinweise auf die Kohärenz der hessischen Ergebnisse liefert.

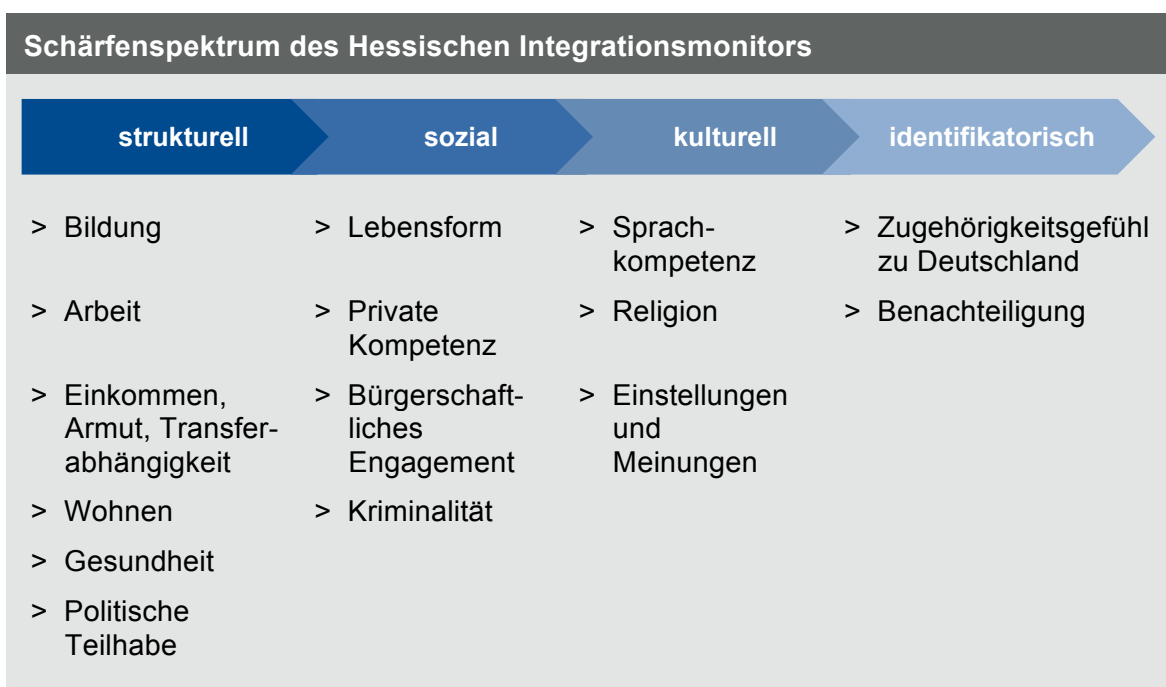


Abbildung 4: Das Schärfenspektrum des Hessischen Integrationsmonitors

Quelle: Eigene Darstellung

Soweit die Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors auf Daten des Mikrozensus beruhen, differenziert er zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Dort, wo es sinnvoll erscheint und möglich ist, werden die Indikatoren zusätzlich nach Geschlecht und geeigneten Altersgruppen getrennt ausgewiesen. Die übrigen verwendeten Statistiken differenzieren in der Regel nur nach Nationalität.

Wenn die Daten des SOEP für die Berechnung der Indikatoren herangezogen werden, lässt sich ebenfalls eine Differenzierung nach Migrationshintergrund vornehmen. Zu beachten ist jedoch, dass die Definition im SOEP von anderen Datenquellen – auch der des Mikrozensus – abweicht. Außerdem ist aufgrund der geringen Fallzahlen eine weitere Differenzierung nach Alter und Geschlecht nicht möglich.

3.2 Grundlagenkennzahlen

Die Grundlagenkennzahlen umfassen demographische Kennzahlen zur Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund, jährliche Zu- und Fortzüge, Ausländer nach Aufenthaltstiteln sowie die Einbürgerungsquote. Sie ermöglichen damit zum einen die Abbildung der Bevölkerungsstruktur sowie der Wanderungsbewegungen, zum anderen erlauben sie Aussagen über die unter Zugewanderten unterschiedlich stark ausgeprägte rechtliche Integration, die beispielsweise für den Zugang zum Arbeitsmarkt oder die politische Partizipation eine wichtige Rolle spielen kann.

Die Struktur der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländer – z. B. im Hinblick auf das Alter – ist bei der Interpretation einiger Indikatoren zu berücksichtigen, weil sie auf die Partizipation, beispielsweise an Bildung und Arbeit, Einfluss haben kann.

A1 Hessische Bevölkerung (LAG A1)

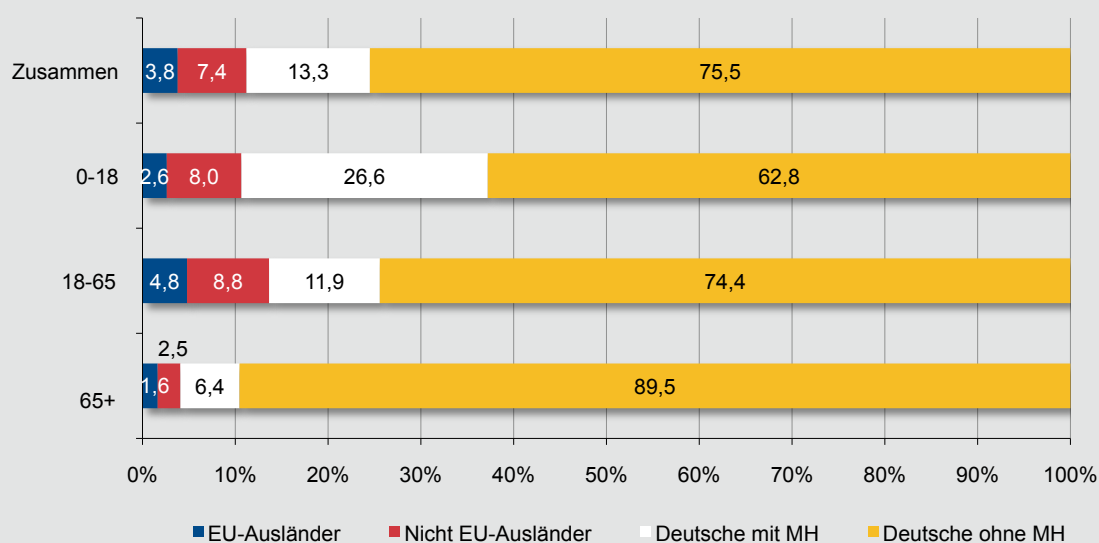
Definition

Zusammensetzung der hessischen Bevölkerung nach Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit

Datenquelle

Mikrozensus

Bevölkerung nach Migrationshintergrund (MH) und Altersgruppen 2008



Erläuterung

Das Bevölkerungswachstum in Hessen war zwischen 2005 und 2008 negativ. Während allerdings die Zahl der Personen ohne Migrationshintergrund in diesem Zeitraum abgenommen hat, ist die der Personen mit Migrationshintergrund gewachsen. Ihr Anteil an der hessischen Gesamtbevölkerung hat sich von 23,5% auf 24,6% erhöht. Die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund ist gestiegen, auch die der EU-Ausländer, während die der Nicht-EU-Ausländer gesunken ist.

Die größten Ausländergruppen in Hessen stellen die Türken (25,2%), Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Serbien, Montenegro, Kroatien, Bosnien und Herzegowina¹³; 12,1%), aus Italien (8,8%), Polen (6,0%) und Griechenland (3,9%) (Ausländerzentralregister 2008).

¹³ Sonstige sind nicht separat ausgewiesen.

Wie Tabelle A1 in Anhang 1 zeigt, ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchschnittlich jünger als die ohne Migrationshintergrund. Daher ist für die nächsten Jahre von einer Zunahme des Anteils dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung auszugehen.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b, 2010c); Hessisches Statistisches Landesamt (o.J.); Rühl (2009); Woellert et al. (2009)

→ ***Tabelle A1 im Anhang***

A2

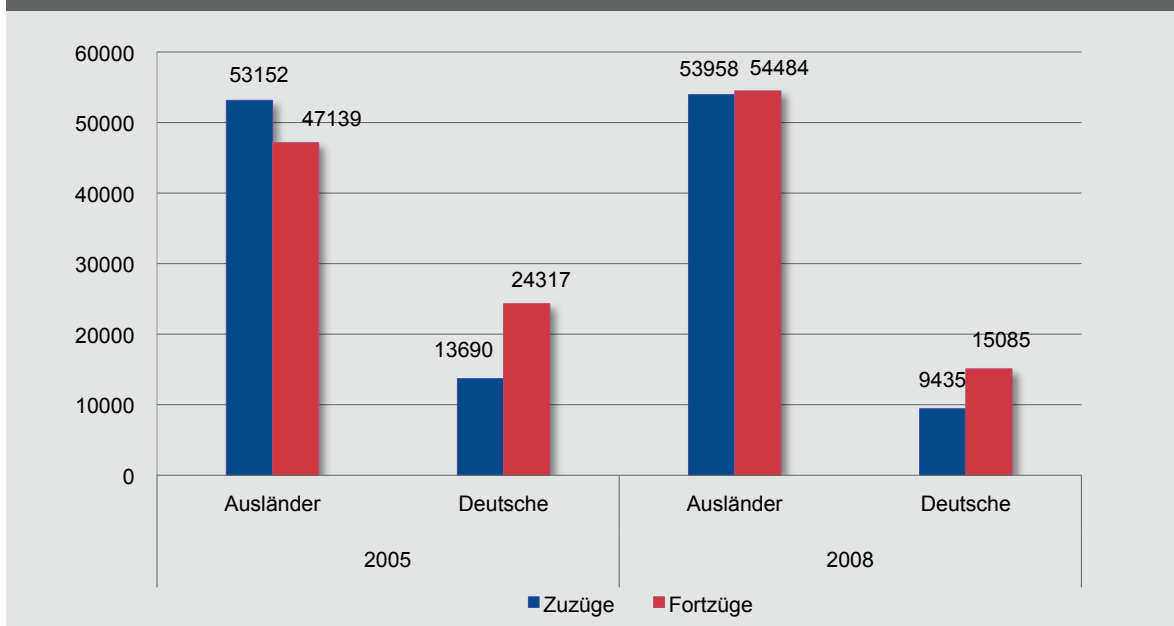
Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hessen (LAG A2)

Definition

Zahl der jährlichen Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hessen über die Bundesgrenzen hinweg nach Staatsbürgerschaft

Datenquelle

Wanderungsstatistik

Zu- und Fortzüge**Erläuterung**

Migration ist ein dynamisches Geschehen, das Zu- und Abwanderung umfasst. Für ein Integrationsmonitoring sind daher die über die Staatsgrenze hinweggehenden Wanderungsströme interessant. Dieser Indikator bildet die Zu- und Fortzüge zwischen Hessen und dem Ausland ab. Insgesamt war der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, in den Jahren 2005 und 2008 negativ. Während 2005 noch mehr Ausländer zu- als fortzogen, war es 2008 umgekehrt. Zuzüge aus den EU-Staaten bilden hierbei – zumindest bundesweit – den größten Anteil. Die Zahl der Deutschen, die Hessen verließen, um im Ausland zu leben, lag dagegen in beiden Jahren deutlich über der Anzahl der aus dem Ausland nach Hessen zurückziehenden Deutschen. Aufgrund zahlreicher Melderegisterbereinigungen haben Vergleiche der Daten zwischen 2008 und 2005 nur beschränkte Aussagekraft.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b); Diehl (2007); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

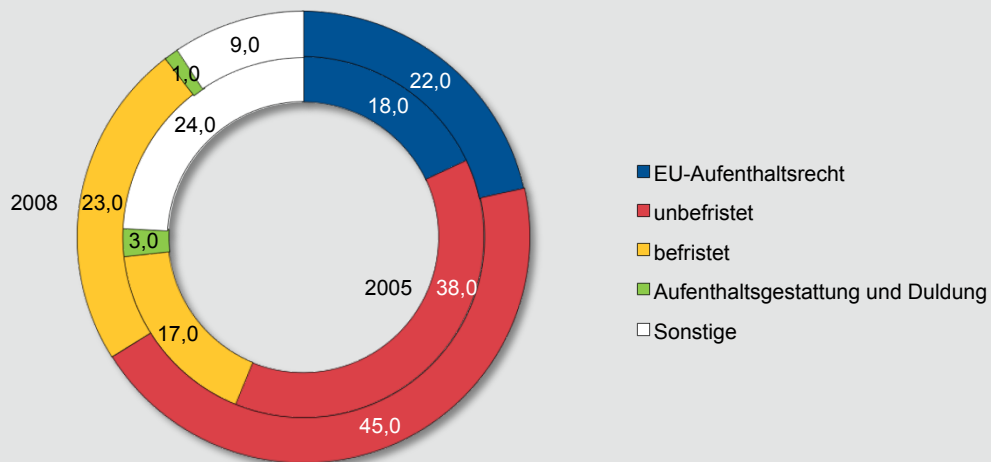
→ **Tabelle A2 im Anhang**

A3

Ausländer nach Aufenthaltsstatus in Hessen (LAG A3)

Definition

Zahl der Ausländer nach Aufenthaltsstatus

DatenquelleAusländer-
zentralregister**Ausländer nach Aufenthaltstiteln****Erläuterung**

Der Aufenthaltsstatus der Zuwanderer ist unterschiedlich ausgestaltet. Die jeweiligen Regelungen haben Einfluss auf die Lebenslage und damit integrationsrelevante Wirkung. So ist beispielsweise die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit abhängig von der Aufenthaltserlaubnis. Das Aufenthaltsgesetz sieht befristete und unbefristete Aufenthaltstitel vor. Ein langfristig gesichertes Aufenthaltsrecht kann dabei den individuellen Integrationsprozess erleichtern, es ist aber auch Ergebnis tatsächlicher Integration (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009a: 26).

Dieser Indikator unterscheidet nach den Kategorien (1) EU-Aufenthaltsrecht, die neben EU-Bürgern auch Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis-EG umfasst, (2) Ausländer mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis (bspw. Niederlassungserlaubnis) und (3) Ausländer mit befristeter Aufenthaltserlaubnis. Darüber hinaus werden aufgrund der geringen Fallzahlen in einer vierten Kategorie Personen mit Aufenthaltsgestattung nach § 55 Asylverfahrensgesetz und Personen mit Duldung, die ausreisepflichtig sind und deren Abschiebung ausgesetzt ist, zusammengefasst. Schließlich gibt es eine große Gruppe „Sonstiger“, deren Aufenthaltsstatus sich nicht eindeutig ausweisen lässt.

Personen, die etwa über eine Niederlassungserlaubnis verfügen, genießen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Bei Personen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis kann zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit notwendig sein. Aufenthaltsgestattung und Duldung erlauben die Arbeitsaufnahme nur in bestimmten Fällen (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 13).

Zwischen 2005 und 2008 ist in Hessen die ausgewiesene Anzahl der EU-Personen mit EU-Aufenthaltsrechten wie der Personen mit unbefristetem Aufenthaltsstatus deutlich gestiegen. Die Zahlen der Personen mit befristetem Aufenthaltsstatus bzw. mit Duldung sind dagegen erheblich zurückgegangen. Die absoluten Zahlen können dem Tabellenteil im Anhang entnommen werden. Nicht auszuschließen ist, dass die proportionalen Verschiebungen im Wesentlichen auch auf die Erhellung der Kategorie der „Sonstigen“ zurückzuführen sind. Immerhin machte diese 2005 noch etwa 180.000 Personen und damit knapp 25 Prozent aller im AZR erfassten Personen aus. 2008 waren dies nur 9 %.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b); Rühl (2009)

→ **Tabelle A3 im Anhang**

A4 Einbürgerung in Hessen – Einbürgerungsquote (LAG A4)

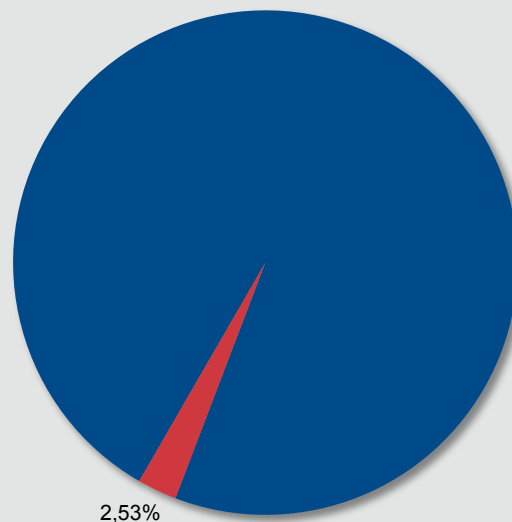
Definition

Zahl und Quote der jährlichen Einbürgerungen bezogen auf Ausländer mit einer Aufenthaltszeit ab acht Jahren

Datenquelle

Einbürgerungsstatistik / Ausländerzentralregister

Einbürgerungsquote 2008 unter Ausländern mit einer Aufenthaltsdauer ab 8 Jahren



Erläuterung

Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration (Lämmermann 2009: 296) oder sogar als Abschluss gelungener Integration gesehen werden. Indem die Einbürgerung von bestimmten Integrationsleistungen abhängt, kann sie zudem ein hohes Integrationspotenzial entwickeln (Lämmermann 2009: 289). Vor diesem Hintergrund werden die Einbürgerungszahlen der letzten Jahre in der politischen Diskussion als nicht zufriedenstellend angesehen.

Die Einbürgerung vermittelt die vollumfängliche staatsbürgerliche Rechts- und Pflichtenstellung, ermöglicht die umfassende rechtliche Integration und erlaubt alle politischen Partizipationsmöglichkeiten. Ihr kommt zudem Bedeutung als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland zu. Gleichwohl sind die persönlichen Einbürgerungsmotive vielgestaltig.

Die Einbürgerungsquote setzt die Einbürgerungen ins Verhältnis zur Zahl der Ausländer mit einer Aufenthaltszeit in Deutschland, die eine Einbürgerung erlaubt. Bei der Interpretation dieses Indikators ist zu beachten, „dass die ausländischen Staatsangehörigen mit einer Aufenthaltsdauer ab 8 Jahren einbezogen werden, unabhängig davon, ob sie alle rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen und damit Anspruch auf eine Einbürgerung haben“ (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 14). Gegenüber 2005 ist die hessische Einbürgerungsquote geringfügig gefallen (2005: 2,64). Die Einbürgerungsquoten von Frauen sind etwas höher als die von Männern (s. dazu Tabelle A4 im Anhang). Besondere Aussagekraft kommt dem Indikator aber gerade im Vergleich mit den Einbürgerungsquoten anderer Flächenländer zu (s. dazu Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 14f.).¹⁴

Die absoluten Zahlen geben Aufschluss über den tatsächlichen Zuwachs der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit aufgrund von Einbürgerung in Hessen und können dem Tabellenanhang entnommen werden.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c); European Commission (2010); Lämmermann (2009); Länderoffene Arbeitsgruppe „Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit attraktiv gestalten“ (2010); Seibert (2008); Tasci (2009); Thränhardt (2008); Worbs (2008); Wunderlich (2005)

→ **Tabelle A4 im Anhang**

¹⁴ Im Rhein-Main-Gebiet erfolgten 2009 über 10% aller Einbürgerungen im Bundesgebiet (i.e. 10.000 Einbürgerungen; o.V. 2010). 60% der Antragsteller kamen aus der Türkei, Serbien, Kosovo, Marokko, Afghanistan, Iran und Pakistan.

A5 Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund in Hessen (LAG A5+A6)

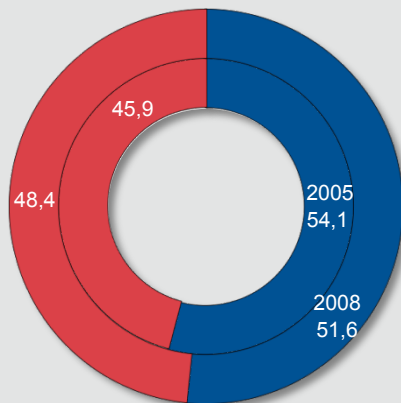
Definition

Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund
a: an den Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 18
und mehr Jahren
b: an allen Deutschen im Alter von 18 und mehr Jahren

Datenquelle

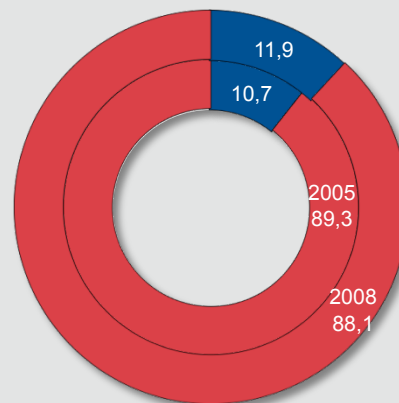
Mikrozensus

Anteil der Deutschen an allen
volljährigen Personen mit
Migrationshintergrund (in Prozent)



■ Ausländer ■ Deutsche

Anteil der Deutschen mit Migrations-
hintergrund (MH) an allen volljährigen
Deutschen (in Prozent)



■ mit MH ■ ohne MH

Erläuterung

Bei diesem Indikator, der zwei Ausprägungen hat, wird die Zahl der volljährigen Deutschen mit Migrationshintergrund zum einen auf alle Personen mit Migrationshintergrund bezogen (a), zum anderen auf alle volljährigen Deutschen (b). Mit dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft geht die volle rechtliche Integration einher. Die vorliegenden Zahlen erlauben daher u. a. Aussagen zum politischen Partizipationspotenzial der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund. Zwischen 2005 und 2008 ist der Anteil der Deutschen ab 18 Jahren an allen Personen mit Migrationshintergrund um 2,5 Prozentpunkte auf 48,4% gestiegen (Indikator a); d. h. fast jede zweite volljährige Person mit Migrationshintergrund war vollumfänglich wahlberechtigt.

Dagegen verfügen EU-Staatsangehörige ohne deutsche Staatsangehörigkeit allein über das kommunale Wahlrecht. Auch Indikator (b) „Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Personen mit Migrationshintergrund“ weist zwischen 2005 und 2008 einen geringfügigen Anstieg von 10,4% auf 11,6% aus.

Damit machen Personen mit Migrationshintergrund knapp 12% der Wahlbevölkerung aus. Ihr Anteil wird aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren zunehmen.

Weiterführende Literatur

Alda (2008); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c); o.V. (2009d); Statistisches Bundesamt (2007c)

→ ***Tabelle A5 im Anhang***

3.3 Strukturelle Dimension

Als besonders wichtig für die Integration von Zugewanderten wird allgemein der Zugang zu den zentralen Institutionen der Aufnahmegesellschaft – wie Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Wohnungsmarkt und politisches System – gesehen. Für die genannten Handlungsfelder können in der Regel jeweils mehrere Indikatoren berechnet werden. Von einem Fortschritt der Integration ist dann auszugehen, wenn sich die Partizipation der zugewanderten Bevölkerungsgruppe derjenigen der nicht zugewanderten angleicht.

3.3.1 Bildung - Lebenslanges Lernen

Diverse Studien belegen, dass Ausländer sowie Deutsche mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich tendenziell schlechtere Teilhabechancen als Deutsche ohne Migrationshintergrund haben (z. B. Britz 2006; Granato 2006 und 2008; Granato/Uhlig 2006; Hönekopp 2008; King/Koller 2006; Klös/Riesen 2008, Konsortium Bildungsberichterstattung 2006; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008; Ottersbach 2006). Dies zeigt sich bereits in der frühkindlichen Bildung sowie in der Schule (z. B. Auernheimer 2003; Diefenbach 2008a und b; PISA-Konsortium Deutschland 2001 und 2004; Kristen 2006) und setzt sich im Berufsbildungs- und Hochschulsystem fort (z. B. Beicht/Granato 2009; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008). Auch in der Weiterbildung sind Ausländer deutlich unterrepräsentiert (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009a; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005, 2006; Wilkens/Leber 2003; Wilkens 2005).

Da in Anbetracht der Tertiarisierung und Informatisierung der Arbeit die Anforderungen an die Erwerbstätigen laufend steigen und Bildung auch als wichtige Voraussetzung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gilt, wird die Bildungspartizipation der zugewanderten Bevölkerung auch weiterhin ein wichtiges Thema bleiben. Gleichzeitig geben die Bildungsdaten wesentliche Aufschlüsse über die Ressourcen, die dem hessischen Arbeitsmarkt (in Zukunft) zur Verfügung stehen.

Im Folgenden werden zunächst die Indikatoren aufgeführt, die Bildungsprozesse abbilden, und dann abschließend jene, die sich auf die erworbene Bildung (im Sinne von Humankapital) der erwachsenen Bevölkerung beziehen.

B6 Frühkindliche Bildung – Betreuungsquote (in Anlehnung an LAG B1 und B2)

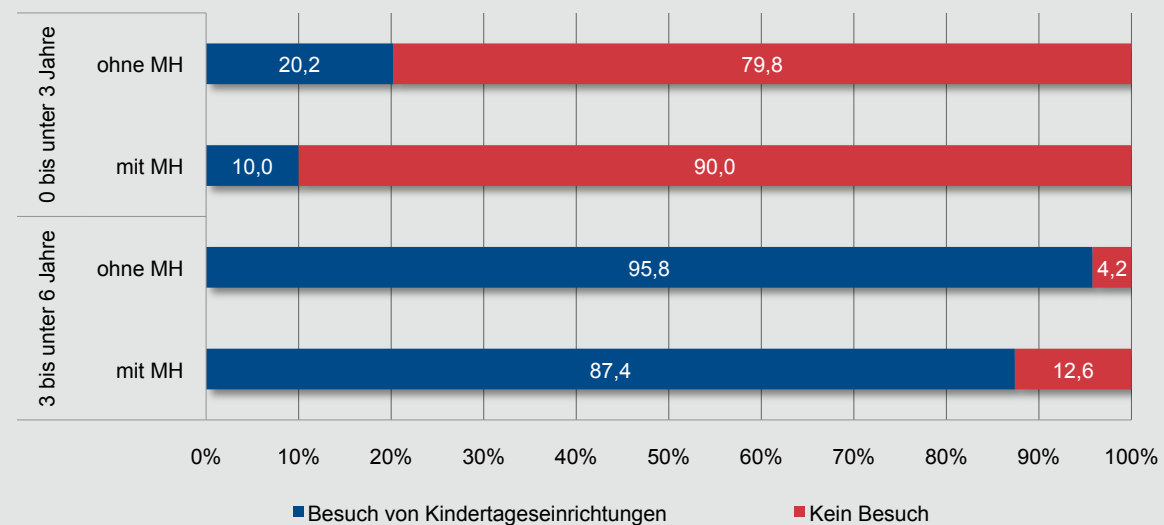
Definition

Anteil der Kinder verschiedener Altersgruppen in Kindertagesbetreuung nach Migrationshintergrund an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe

Datenquelle

Böttcher et al. (2010)

Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen 2009



Erläuterung

Einschlägige Studien zeigen, dass die frühkindliche Förderung entscheidend für den späteren Bildungserfolg ist. Die „institutionelle Bildungszeit“ wirke sich gerade bei Kindern aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen und/oder mit unzureichenden Sprachkenntnissen positiv aus. Insbesondere der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten wird eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da diese den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt beeinflussen. Bundesweit ist die Nutzung frühkindlicher Bildungseinrichtungen in den letzten Jahren gestiegen. In Hessen hat die Zahl der Tageseinrichtungen zwischen 2008 und 2009 von 3.799 auf 3.849 zugenommen (Bertelsmann-Stiftung 2010).

Die Daten für 2009 zeigen, dass in Hessen die Teilhabe an frühkindlicher Bildung durch Nutzung von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen bei Kindern mit Migrationshintergrund hinter der der Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund zurückbleibt. Auffällig sind die Differenzen gerade in der Altersgruppe der unter Dreijährigen: Nur etwa jedes zehnte Kind mit Migrationshintergrund besucht eine Kindertagesstätte, aber jedes fünfte Kind ohne Migrationshintergrund. Ein Trend kann mangels Daten nicht aufgezeigt werden.

Der Pilotbericht der länderoffenen Arbeitsgruppe (2010: 19f.) verwendet als Indikatoren für die frühkindliche Bildung die Anteile der Kinder mit bzw. ohne Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen an allen Kindern in Kindertageseinrichtungen (Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Bertelsmann-Stiftung (2010); Böttcher et al. (2010); Fritsch/Oesch (2008); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Klös/Riesen (2008); Nusche (2009)

→ **Tabellen B6 im Anhang**

B7 Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen (LAG B3)

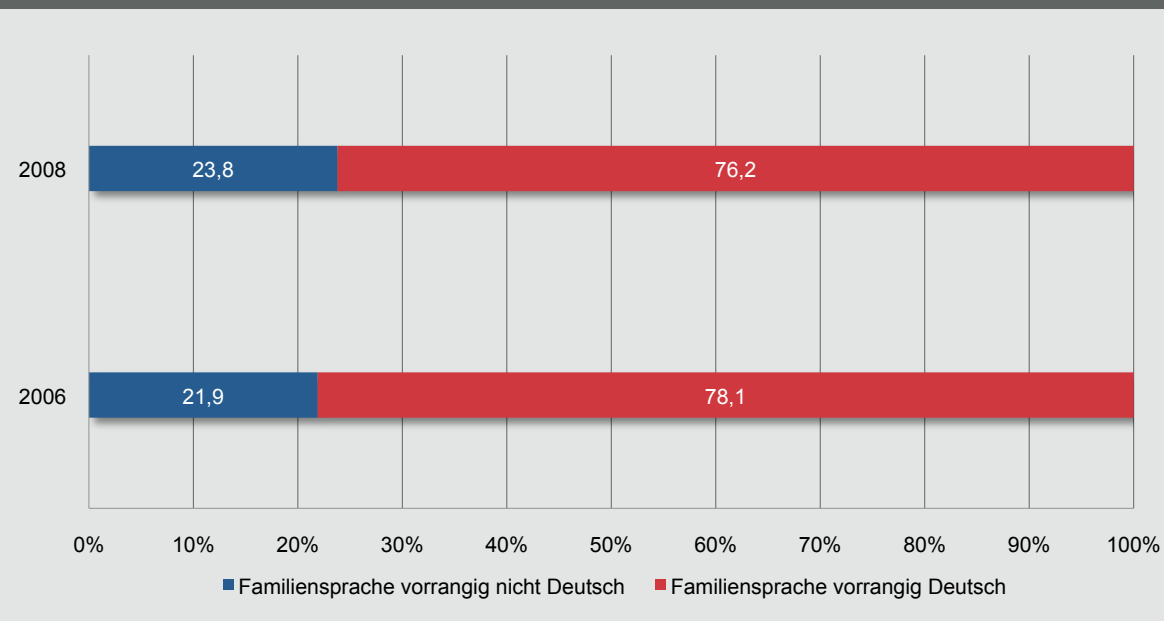
Definition

Anteil der Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Datenquelle

Kinder- und Jugendhilfestatistik

Kinder (3 bis unter 6 Jahre) mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen



Erläuterung

Insbesondere der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten wird eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da diese den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt beeinflussen. Die frühe Kindheit ist die wichtigste Phase für den Spracherwerb.

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik erhebt seit 2006 bei jedem Kind in Kindertageseinrichtungen unter anderem, ob bei ihm zu Hause überwiegend deutsch gesprochen wird. Der Anteil der 3- bis 6jährigen Kinder in Kindertagesstätten, deren Familiensprache nicht vorrangig Deutsch ist, hat in Hessen zwischen 2006 und 2008 leicht von 21,9% auf 23,8% zugenommen.¹⁵

Ergänzend weist der Nationale Bildungsbericht 2010 anhand eigener Berechnungen der Autoren auf Basis der Kinder- und Jugendhilfestatistik die Verteilung der gut 50.000 Kinder von unter 14 Jahren ohne deutsche Familiensprache auf die hessischen Kindertageseinrichtungen aus (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 239): Demnach besu-

¹⁵ Im Ersten Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung wird jedoch davon ausgegangen, dass die Kinder- und Jugendhilfestatistik aufgrund ihres Erfassungskonzeptes die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund zahlenmäßig unterschätzt (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009a: 15).

chen 26,4% eine Einrichtung, in denen bis zu einem Viertel der betreuten Kinder nicht Deutsch als Familiensprache haben, 36,2% eine Einrichtung, in der ein Viertel bis die Hälfte der Kinder nicht Deutsch als Familiensprache spricht, 24,4% eine Einrichtung, in der die Hälfte bis drei Viertel der Kinder nicht Deutsch als Familiensprache haben, und 13,0% eine Einrichtung, in der mindestens drei Viertel aller Kinder eine andere Familiensprache als Deutsch sprechen. Die Autoren sehen in dieser „unausgewogenen Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund zwischen den Kindertageseinrichtungen“ eine große Herausforderung, weil die „alltagsnahe Sprachförderung“ erschwert sei (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 52, 2010: 53).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010a); Esser (2004); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Nusche (2009)

→ **Tabelle B7 im Anhang**

B8 Schüler nach Schulformen in der 8. Klasse (LAG C6)

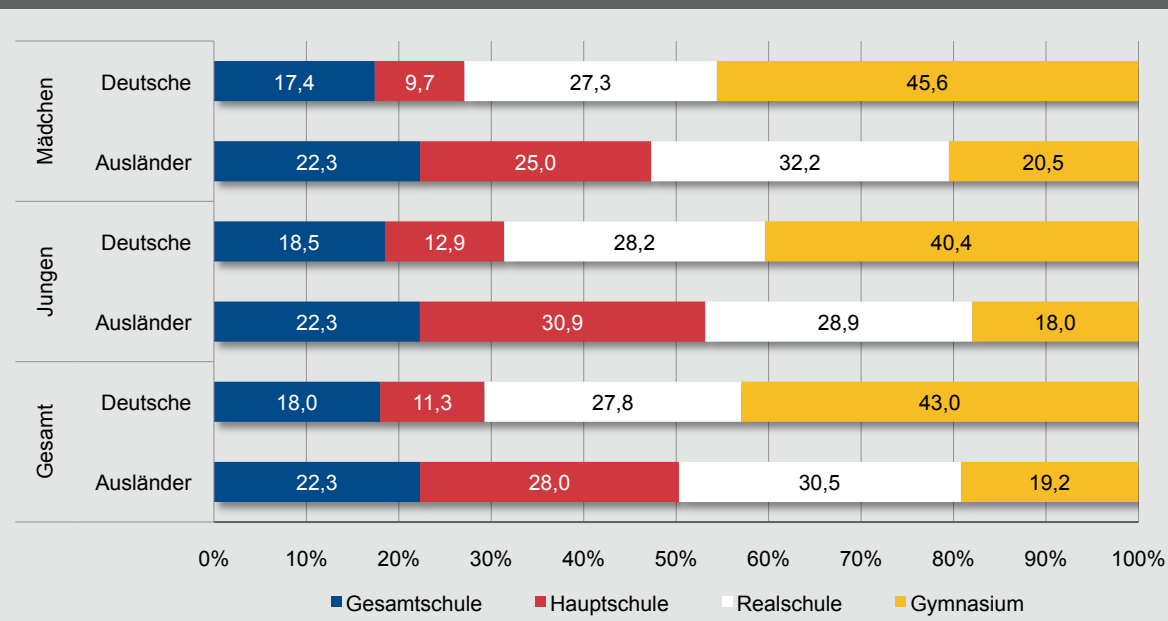
Definition

Anteil der Schüler nach Staatsangehörigkeit in der 8. Klasse nach Schulformen an allen Schülern der 8. Klassenstufe

Datenquelle

Schulstatistik

Schüler nach Schulformen in der 8. Klasse im Schuljahr 2008/2009



Erläuterung

Der Zugang von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu schulischer Bildung lässt wichtige Rückschlüsse auf ihren Stand der Integration und die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen zu. Der Schulbesuch in der 8. Klasse liefert einen Blick auf den Zwischenstand des Bildungsverlaufes von Jugendlichen in Hessen. Schuldaten können jedoch nur nach Staatsbürgerschaft differenziert ausgewiesen werden.¹⁶

¹⁶ Gemäß einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz (KMK) soll künftig eine länderübergreifend einheitliche Definition des Migrationshintergrundes verwendet werden, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Sprache und Geburtsland einbezieht. Migrationserfahrungen der Eltern sollen nicht in die Ableitung des Merkmals eingehen. Der so definierte Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich von der Definition des Statistischen Bundesamtes.

Der Indikator zeigt, dass ausländische Schüler in Hessen in den Realschulen leicht und auf den Gymnasien stark unterrepräsentiert sind, an den Hauptschulen¹⁷ dagegen überproportional vertreten. Zwischen den Schuljahren 2006/2007 und 2008/2009 lässt sich jedoch sowohl bei ausländischen als auch bei deutschen Schülern eine leichte Aufwärtsmobilität beobachten.

Damit spiegelt Hessen den bundesdeutschen Trend wieder. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass der Schulerfolg in Deutschland stark mit der sozialen Herkunft und dem Sprachvermögen korreliert. Schüler, deren Eltern einen geringen Bildungshintergrund haben bzw. nicht in Deutschland schulisch sozialisiert worden sind, gelten als tendenziell benachteiligt (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006). In der Literatur wird diskutiert, dass diese Benachteiligung möglicherweise auf mangelnde Sprachförderung, eine im internationalen Vergleich frühe Differenzierung der Schulformen nach Abschluss der Primarstufe und eine Mittelschichtorientierung der Schule (Unterrichtsinhalte, Sprache, Lehrkörper) zurückgeführt werden könne (z. B. OECD 2006; Auernheimer 2009). Der immer noch weit verbreitete Halbtagsunterricht begrenze die notwendige Förderung. So käme es in der Schule zu einer „sozialen Auslese mit Ethnisierungseffekten, in der sich die Kombination von Unterschichtzugehörigkeit und nichtdeutscher Familiensprache als besonders nachteilig auswirkt“ (Britz 2006: 26). Dies gelte vor allem für die „Quereinsteiger“, die ab dem 6. Lebensjahr zugezogen sind (Beicht et al. 2008). Auch der neueste Bildungsbericht erwähnt, dass Kinder mit Migrationshintergrund „selbst bei gleichem sozioökonomischen Status“ deutlich häufiger an Hauptschulen zu finden seien als Kinder ohne Migrationshintergrund (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 9).

Weiterführende Literatur

Auernheimer (2003); Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010); Baethge/Kupka (2005); Baumert et al. (2001); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Beicht et al. (2008); Diefenbach (2008a und b); Dollmann (2008); Fuchs/Sixt (2008); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Kristen (2006); OECD (2006); Prenzel et al. (2004, 2007); Siegert (2008); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ **Tabelle B8 im Anhang**

¹⁷ Die Bedeutung dieser Schulform ist in Hessen auf lange Sicht rückläufig: Die Zahl der Hauptschulen hat sich zwischen 1980 und 2009 mehr als halbiert (348 vs. 161), die Zahl der Schüler beträgt heute weniger als ein Drittel der damaligen Schülerzahl (etwa 17.700 vs. 62.570; Statistik-Hessen).

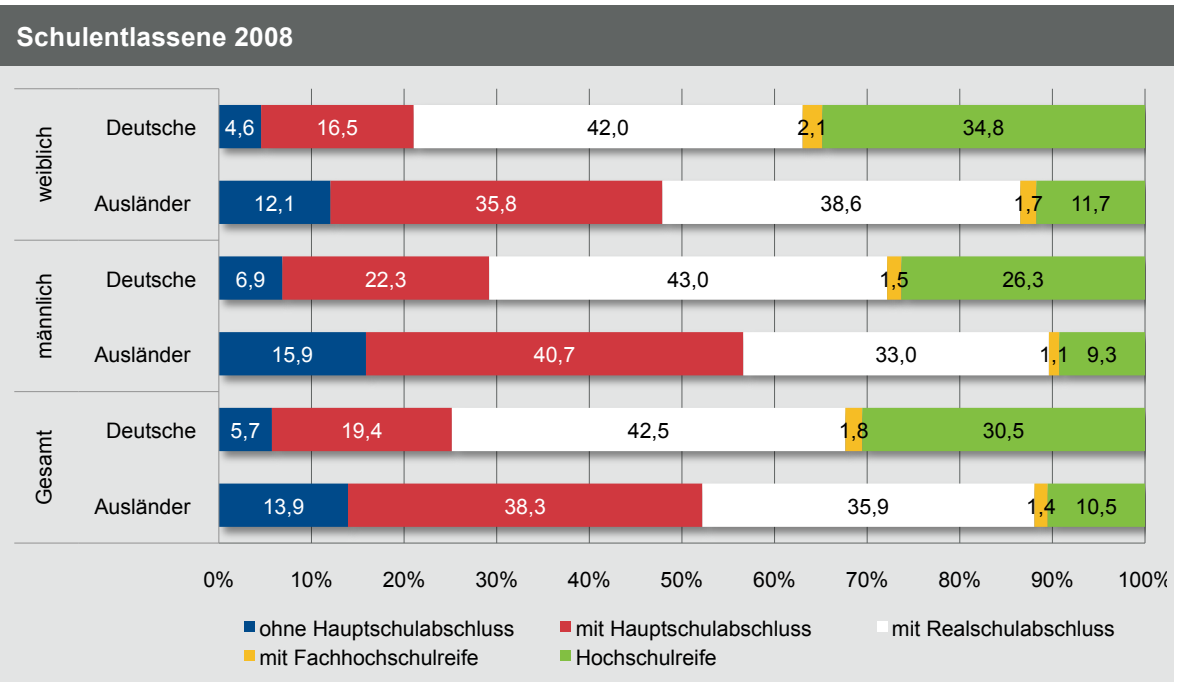
B9 Schulentlassene (LAG C7)

Definition

Anteil der Schulentlassenen¹⁸ eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit an allen ausländischen und deutschen Schulentlassenen

Datenquelle

Schulstatistik



Erläuterung

Der Zugang von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu schulischer Bildung lässt Rückschlüsse über ihren Stand der Integration und die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen zu. Dieser Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei den Schülern eines Jahrgangs zum Ende der Schullaufbahn. Der Schulabschluss hat einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Bildungsbiographie und auf den Zugang zum Arbeitsmarkt.

¹⁸ „Schulabgänger“ umfassen nach Definition der Kultusministerkonferenz die Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Schüler mit Abschluss werden dagegen als „Absolventen“ bezeichnet. Das Bundesinstitut für Berufsbildung umschreibt Schulabgänger und Absolventen als „Schulentlassene“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009b: 54).

Der Anteil der Schulentlassenen ohne Schulabschluss ist unter Ausländern mit 13,9% deutlich höher als unter Deutschen, wo er 5,7% beträgt (2008).¹⁹ Dies trifft vor allem junge Männer. Zwischen 2005 und 2008 ist jedoch in beiden Gruppen ein Rückgang des Anteils der Schulentlassenen ohne Abschluss zu verzeichnen.

Wie schon die Verteilung der Schüler nach Nationalitäten auf die unterschiedlichen Schultypen andeutete, differieren die Bildungsabschlüsse zwischen Deutschen und Ausländern stark. So zeigt der Indikator, dass Ausländer häufiger über einen Hauptschulabschluss nicht hinauskommen (38,3% vs. 19,4% bei den Deutschen; 2008). Dies gilt vor allem für die männlichen Zugewanderten. Weniger groß sind die Differenzen bei den Realschulabschlüssen (35,9% vs. 42,5%). Deutliche Unterschiede zeigen sich dann wieder bei der Hochschulreife (10,5% vs. 30,5%). Zwischen 2005 und 2008 lässt sich jedoch sowohl bei Ausländern als auch Deutschen eine Zunahme des Anteils der höheren Schulabschlüsse zu Lasten der niedrigeren beobachten.

Der Nationale Bildungsbericht weist darauf hin, dass die relative Chance von ausländischen Schülern gegenüber deutschen Jugendlichen, bis zum 21. Lebensjahr die Hochschulreife zu erwerben, auch bei Berücksichtigung des Geschlechtes und des sozioökonomischen Hintergrundes mit den verschiedenen Nationalitäten variiert (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 91).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Erdmann et al. (2010); Linten/Prüstel (2009); Seibert (2008); Siegert (2008); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ **Tabelle B9 im Anhang**

¹⁹ Im europäischen Vergleich ist der Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss in Deutschland noch vergleichsweise gering, allerdings entgegen dem Trend leicht steigend (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008).

B10 Lernende im Berufsausbildungssystem

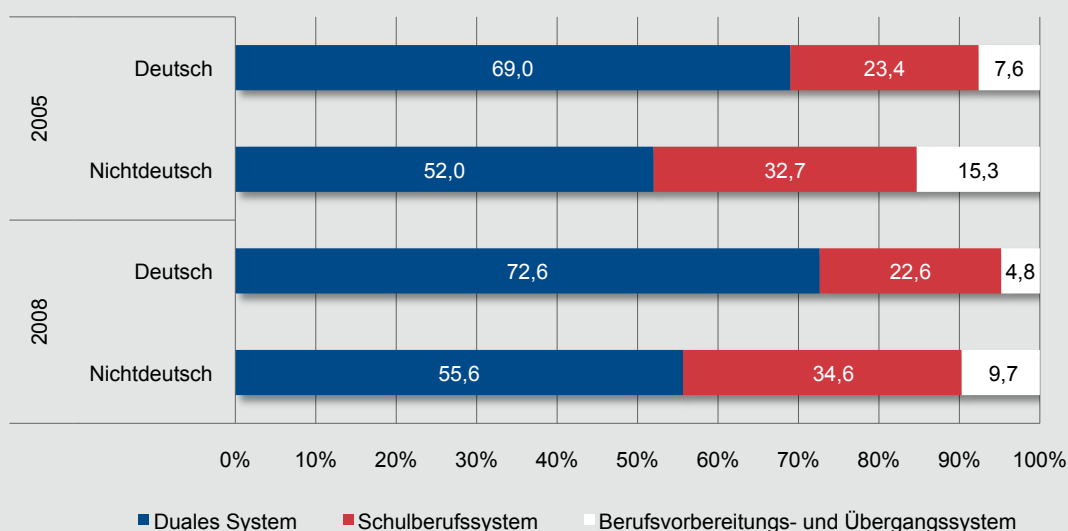
Definition

Verteilung von Lernenden auf die drei Segmente des Berufsausbildungssystems

Datenquelle

Schulstatistik

Anteil von Lernenden nach Segmenten des Berufsausbildungssystems



Erläuterung

Der Berufseinstieg von Jugendlichen erfolgt meist über eine berufliche Ausbildung im Dualen System. Dieses nimmt jedoch nicht alle Jugendlichen auf. In Hessen besteht unterhalb der Hochschulebene ein komplexes Berufsausbildungssystem, das drei Teilsysteme mit vielfältigen Bildungsgängen umfasst (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 79):

- > das Duale System, „d. h. die betriebliche Ausbildung mit begleitendem Berufsschulunterricht“,
- > das Schulberufssystem, „d. h. die Ausbildung für einen gesetzlich anerkannten Beruf in vollzeitschulischer Form in Verantwortung des Schulträgers“,
- > das berufliche Übergangssystem. Dieses umfasst „(Aus-)Bildungsangebote, die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses ermöglichen.“²⁰

²⁰ „Zu den Maßnahmen des Übergangssystems zählen z. B. das Berufsgrundbildungsjahr BGJ, die Besonderen Bildungsgänge Vollzeit BBGV (früher: Berufsvorbereitungsjahr BVJ), das Programm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher EQJ, die Berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA sowie weitere schulische Bildungsgänge an den Berufsschulen und Berufsfachschulen.“ (HessenAgentur 2010: 40)

Die verschiedenen hessischen Bildungsgänge sind hier den drei Teilsystemen zugeordnet. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden. Zwar absolvierte 2008 jeder zweite ausländische Auszubildende (55,6%) eine „klassische“ Berufsausbildung im Rahmen des Dualen Systems. Im Vergleich zu deutschen Auszubildenden sind sie damit aber unterrepräsentiert, denn unter diesen werden drei von vier Auszubildenden (72,6%) dual ausgebildet. Überrepräsentiert sind ausländische gegenüber deutschen Auszubildenden dagegen im Schulberufssystem (34,6% vs. 22,6%). Auffällig ist ebenfalls, dass der Anteil nichtdeutscher Jugendlicher im Berufsvorbereitungs- und Übergangssystem mit 9,7% (2008) doppelt so hoch ist wie der der deutschen (4,8%). „Die Arbeitsmarktchancen der Absolventen dieser Bildungsgänge sind in der Regel vergleichsweise schlecht.“ (HessenAgentur 2010: 40)

Im Berichtszeitraum sind die Anteile der Jugendlichen beider Bevölkerungsgruppen, die im Berufsvorbereitungs- und Übergangssystem stehen, zurückgegangen. Während sich die Anteile der Schüler im Schulberufssystem allenfalls geringfügig verändert haben, sind die Anteile derer, die einer Ausbildung im Dualen System folgen, leicht gestiegen. Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass Jugendliche, die die Schule verlassen, ohne irgendeine berufliche Ausbildung aufzunehmen, aus der Statistik herausfallen.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Burkert/Kindermann (2008); HessenAgentur (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006)

→ **Tabelle B10 im Anhang**

B11 Ausbildungsbeteiligungsquote (LAG C10)

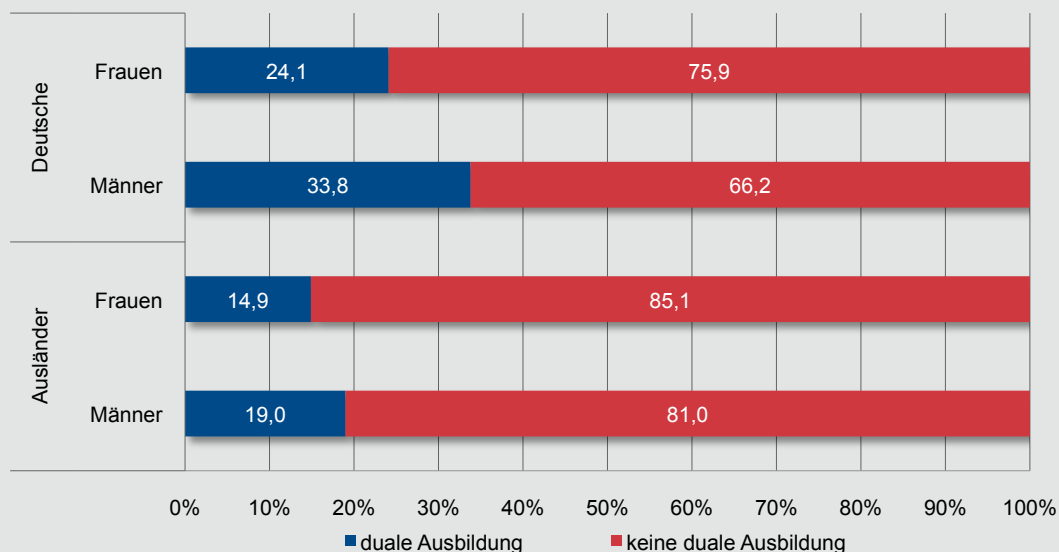
Definition

Ausbildungsbeteiligung im Dualen System von Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (näherungsweise Berechnung)

Datenquelle

Berufsbildungsstatistik

Ausbildungsbeteiligung 2008



Erläuterung

Der Berufseinstieg von Jugendlichen erfolgt meist über eine berufliche Ausbildung im Dualen System. Der Indikator zeigt eine Diskrepanz zwischen der Beteiligung deutscher und ausländischer Jugendlicher an dieser Form der Ausbildung in Hessen. Stehen von den Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit 29,0% in einem Ausbildungsverhältnis, sind es bei den jungen Ausländern nur 17,0%. Junge Frauen gehen – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – seltener einer dualen Ausbildung nach als Männer, was sich auch auf die Berufsstruktur im Dualen System zurückführen lässt. Der Ausländeranteil unter den Auszubildenden liegt bei 8,1%, der Anteil der Ausländer in der Altersgruppe der 15- bis unter 25jährigen dagegen bei 12 bis 15% (HessenAgentur 2010: 48).

Mangels Daten früherer Jahre für Hessen kann die bundesweit beobachtete, zunehmende Schere zwischen Ausländern und Deutschen in der Ausbildungsbeteiligung hier nicht deutlich gemacht werden. Die HessenAgentur (2010: 46) weist darauf hin, dass die Zahl der ausländischen Auszubildenden zwischen 1993 und 2008 von 14.228 auf 8.940 gefal-

len ist.²¹ Aktuell haben nur 60% der ausländischen Berufsschüler gegenüber 82% der Deutschen einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen.

Viele junge Leute mit ausländischer Staatsangehörigkeit bleiben auch in Hessen ohne einen beruflichen Bildungsabschluss. Eine abgeschlossene Berufsausbildung aber gilt in Deutschland zunehmend als eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für einen Einstieg ins Berufsleben, sondern auch für die Kontinuität des Erwerbsverlaufs und als Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig zeichnet sich am Arbeitsmarkt ein Mangel an ausreichend qualifizierten Nachwuchskräften ab, der sich nachteilig auf die wirtschaftliche Entwicklung Hessens auswirken kann.

Die hohen Abweichungen zu den Ausbildungsbeteiligungsquoten im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung herausgegebenen Berufsbildungsbericht lassen sich wie folgt erklären: Das Bundesinstitut für berufliche Bildung, BIBB bezieht alle ausländischen Auszubildenden auf die ausländische Wohnbevölkerung von 18 bis unter 21 Jahren, die länderoffene Arbeitsgruppe – auf die hier Bezug genommen wird – dagegen nur die 18- unter 21jährigen Erwachsenen.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Beicht/Granato (2009b); Beicht/Ulrich (2008); BIBB (2009a, b); Boos-Nünning 2006; Burkert/Kindermann (2008); Brück-Klingberg et al. (2009); Burkert/Seibert (2007); Erdmann et al. (2010); Gaupp et al. (2009); Granato (2003, 2007); Granato et al. (2006); HessenAgentur (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Lex et al. (2005); Linten/Prüstel (2009); o.V. (2010c); Settlemeyer/Erbe (2010); Siegert (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Uhly/Granato (2006); Wilkens (2010)

→ **Tabelle B11 im Anhang**

²¹ Die größte Gruppe bilden Türken, mit einigem Abstand gefolgt von Italienern und Jugendlichen aus dem früheren Jugoslawien (HessenAgentur 2010: 47).

B12

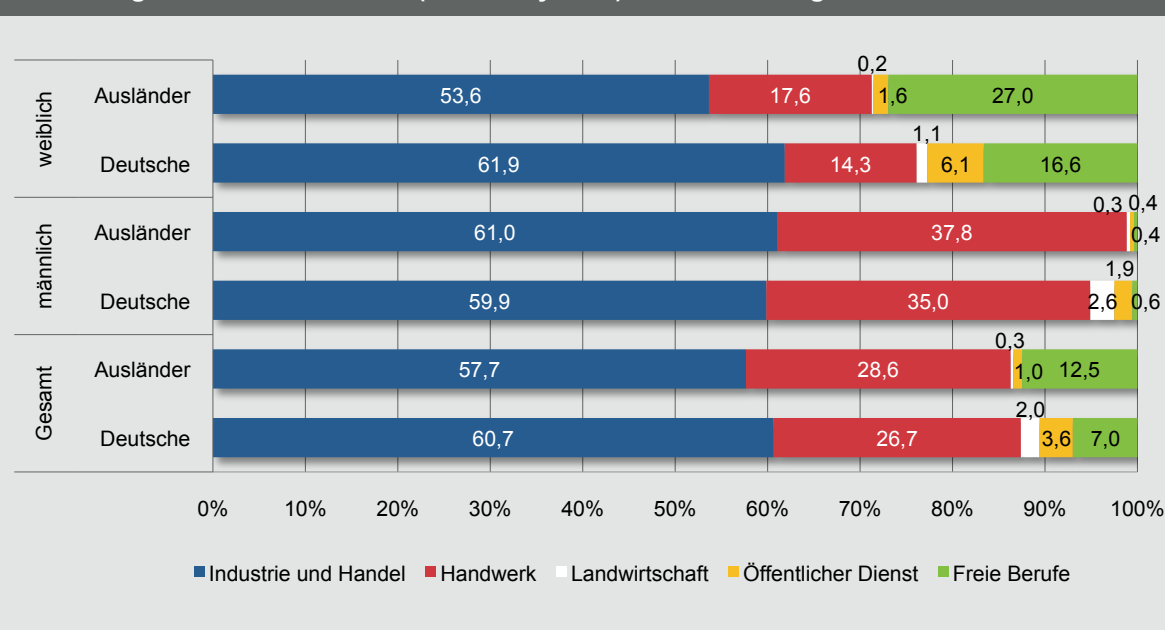
Auszubildende nach Ausbildungsbereichen (LAG C11)

Definition

Verteilung der Auszubildenden nach Staatsangehörigkeit auf die Ausbildungsbereiche des Dualen Systems

Datenquelle

Berufsbildungsstatistik

Verteilung der Auszubildenden (Duales System) auf Ausbildungsbereiche 2008**Erläuterung**

Wichtig für die Frage der Teilhabe ist nicht nur die Beobachtung der Ausbildungsbe- teiligung von Personen mit Migrationshintergrund im Dualen System, sondern auch der Verteilung auf verschiedene Ausbildungsberufe bzw. Wirtschaftsbereiche.

Der Indikator zeigt, dass deutsche und ausländische Jugendliche überwiegend in Indus- trie und Handel – gefolgt vom Handwerk – ausgebildet werden. Die Verteilung der deut- schen und ausländischen jungen Männer hat sich dabei weitestgehend angenähert; bei den jungen Frauen sind die Unterschiede größer. Hier fällt insbesondere die hohe Aus- bildungsquote der Ausländerinnen bei den Freien Berufen (z. B. Arzthelferinnen) ins Au- ge. Anhand der Quoten wird auch die geringe Ausbildungsleistung des Öffentlichen Dienstes, gerade im Hinblick auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deut- lich.²²

²² „Die Ausbildungsleistung des Öffentlichen Dienstes kann mithilfe dieser Statistik bis zum Berichtsjahr 2007 nur unvollständig dargestellt werden, weil die Zuordnung zu den Ausbildungsbereichen (u. a. zum Bereich „Öffentlicher Dienst“) sich auf die Berufe beschränkt, die nach den bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen dem jeweiligen Bereich zugeordnet werden. So werden z. B. Fachinformatiker im öffentlichen Dienst ausgebildet, aber dem Bereich „Industrie und Handel“ zugeordnet. Ab dem Berichtsjahr 2008 kann durch das neue Merkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Bereich „Öffentlicher Dienst“ vollständig nachgewiesen werden.“ (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 180)

2007 wurde eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten vorgenommen, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Beicht/Granato (2009b); Beicht/Ulrich (2008); BIBB (2008; 2009a, b); Boos-Nünning (2006); Brück-Klingberg et al. (2009); Burkert/Kindermann (2008); Burkert/Seibert (2007); Eberhard et al. 2006; Gaupp et al. (2009); Gogolin et al. (2003); Granato (2003, 2007); Granato et al. (2006); HessenAgentur (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Lex et al. (2005); Linten/Prüstel (2009); Settlemeyer/Erbe (2010); Siegert (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Uhly/Granato (2006); Wilkens (2010).

→ ***Tabelle B12 im Anhang***

B13 Studierende

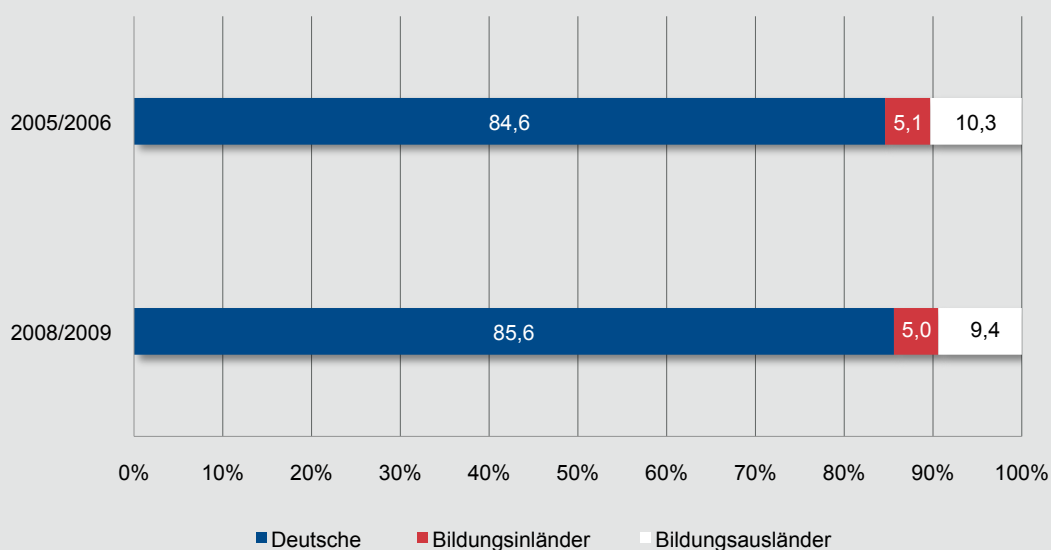
Definition

Anteil der Studierenden an hessischen Hochschulen nach Staatsangehörigkeit, Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

Datenquelle

Hochschulstatistik

Studierende



Erläuterung

Im Wintersemester 2008/2009 waren 154.766 Studierende an den staatlichen Hochschulen in Hessen eingeschrieben, etwa 4.000 mehr als im Wintersemester 2005/2006. Von diesen waren gut die Hälfte (52,3%) männlich, und 14,4% hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den ausländischen Studierenden bilden die Bildungsausländer die größte Gruppe (65,1%); zu den Bildungsinländern (also ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland oder an einer deutschen Auslandsschule erworben haben) können entsprechend 34,9% gezählt werden. Der Anteil der Bildungsinländer an allen Studierenden abzüglich der Bildungsausländer ist zwischen 2005 und 2008 leicht gefallen. Diese Quote zeigt auch, dass ausländische Studierende mit deutschem Bildungsabschluss an den Hochschulen unterrepräsentiert sind. Verändert hat sich der Anteil der Studentinnen an den Bildungsinländern, der von 41,7% auf 44,4% gestiegen ist. Unter den Deutschen liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bei 47,5% (2008).

Die meisten ausländischen Studierenden sind an der Universität Frankfurt eingeschrieben. 25,5% der ausländischen Studierenden besitzen die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates, 29,9% eines anderen europäischen Staates, 13,7% haben die Nationalität eines afrikanischen, 4,9% die eines amerikanischen und 25,5% die eines asiatischen Staates (Hessisches Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen).

Auf den Ausweis der in der Pilotstudie der länderoffenen Arbeitsgruppe aufgeführten Studienabbrecherquote wurde aus methodischen Gründen verzichtet.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c); HessenAgentur (2010); Karasoglu-Aydin/Neumann (2001); Meinhardt (2010); Meinhardt/Zittlau (2009); Siegert (2009)

→ ***Tabelle B13 im Anhang***

B14 Weiterbildungsbeteiligung

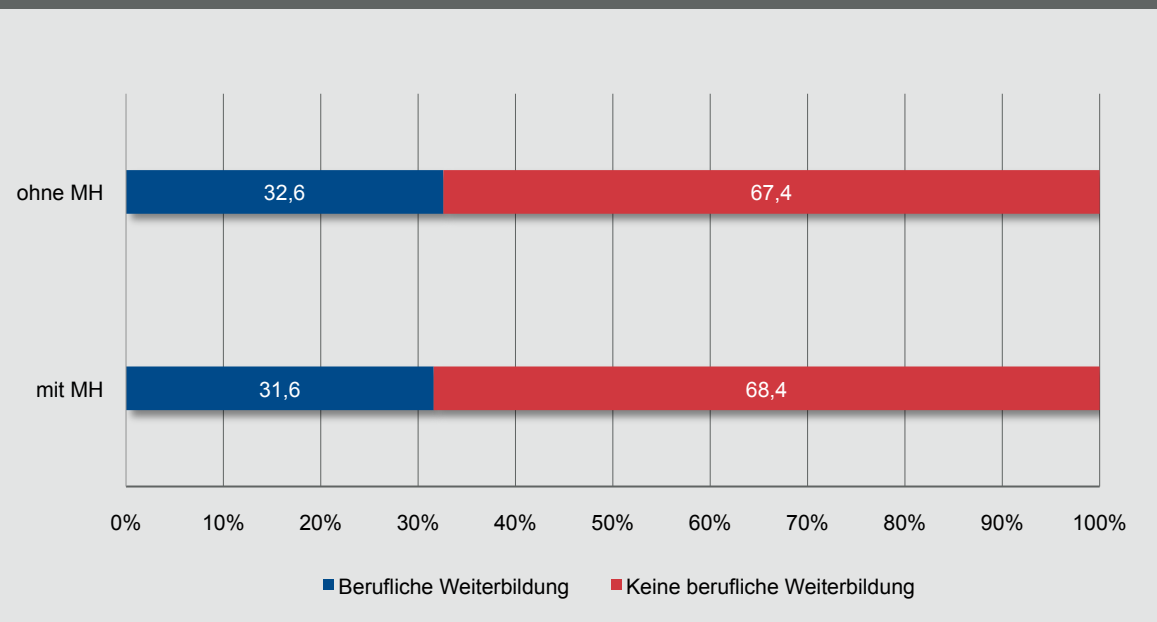
Definition

Beteiligung an formeller beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund

Datenquelle

SOEP

Weiterbildungsbeteiligung 2008



Erläuterung

Die berufliche Weiterbildung gilt als „Schlüssel der Beschäftigungsfähigkeit“ (Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände 2007). Berufliche Weiterbildung umfasst hier den Besuch berufsbezogener Kurse und Lehrgänge in den letzten drei Jahren. Diese Form wird auch als „formelle“ Weiterbildung bezeichnet. Da es sich um berufliche Weiterbildung handelt, ist die betrachtete Altersgruppe auf die Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 17 und 65 Jahren beschränkt.

Bislang wurde in der Weiterbildungsforschung vor allem mit dem Ausländerkonzept gearbeitet. Dabei zeigte sich, dass Deutsche eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit als Ausländer haben, an Weiterbildung zu partizipieren. Die niedrigere Weiterbildungsbeteiligung von Migranten wird in der Literatur auf das im Durchschnitt geringere Qualifikationsniveau und die in der Regel niedrigere berufliche Position zurückgeführt. Sie kann darüber hinaus auch in Barrieren seitens der Weiterbildungsteilnehmer („Selbstselektion“) oder in der Förderbereitschaft der die Weiterbildung finanzierenden Betriebe („Fremdselektion“) begründet sein. Letztlich könnten auch Sprachschwierigkeiten von Ausländern eine Rolle für die geringere Partizipation spielen.

Durch Nutzung des SOEP wird eine Ausweisung nach Migrationshintergrund möglich. Die Auswertung liefert Hinweise darauf, dass bei Betrachtung des Migrationshintergrundes sich der zuvor genannte Unterschied zwischen Ausländern und Deutschen nivelliert. Im Jahr 2008 haben 31,6% der Befragten mit Migrationshintergrund angegeben, in den letzten drei Jahren an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen zu haben. Bei Befragten ohne Migrationshintergrund waren es nur 1 Prozentpunkt mehr²³. Im Vergleich zum Jahr 2004, in dem der Themenschwerpunkt „Weiterbildung“ zuletzt erfasst wurde, stieg der Anteil bei beiden Personengruppen: bei den Personen mit Migrationshintergrund sogar deutlich um mehr als 8 Prozentpunkte (vgl. hierzu Tabelle B14 im Anhang).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a); Bellmann (2003); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005, 2006); Leber/Möller (2008); Schröder et al. (2003); Wilkens (2005); Wilkens/Leber (2003);

→ **Tabelle B14 im Anhang**

²³ Auch die Vergleichsdaten der Auswertung, die die alten Bundesländer umfasst, stützen diese positive Tendenz auf allerdings nicht so hohem Niveau (26% ohne MH, 24,2% mit MH).

B15

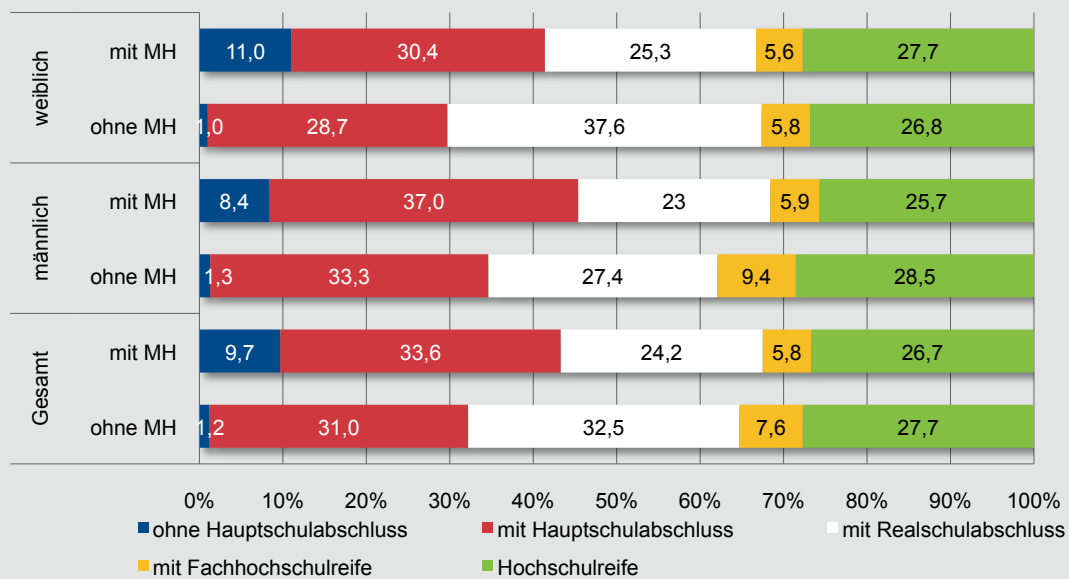
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (LAG C8)

Definition

Anteil höchster erreichter allgemeinbildender Schulabschlüsse von Personen nach Migrationshintergrund an allen Personen der jeweiligen Gruppe

Datenquelle

Mikrozensus

Bevölkerung (18 bis 65 Jahre) nach Schulabschlüssen 2008**Erläuterung**

Die Schulbildung nimmt wesentlichen Einfluss auf die beruflichen Ausbildungschancen, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe. Der Indikator bildet den Bildungsstand der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ab, wobei die Bildung auch im Ausland erworben worden sein kann. In einer Querschnittsbetrachtung erlaubt der aktuelle Bildungsstand der Bevölkerung Rückschlüsse darauf, welche Ressourcen dem Arbeitsmarkt augenblicklich zur Verfügung stehen.

Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger keinen oder einen niedrigeren Schulabschluss haben als Personen ohne Migrationshintergrund. Der Anteil der Personen mit Hochschulreife ist jedoch ähnlich hoch; hier zeigen sich auch lediglich geringfügige Differenzen zwischen den Geschlechtern. Allerdings verdecken die Daten starke Unterschiede nach (früherer) Staatsangehörigkeit (dazu Konsortium Bildungsberichterstattung 2006).

Wie Tabelle B15 im Anhang zeigt, unterscheidet sich die Qualifikationsstruktur der jüngeren Altersgruppe (18 bis 25 Jahre) von der der gesamten Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren dahingehend, dass ein größerer Anteil über eine bessere Schulbildung verfügt. Eine Differenzierung nach Migrationshintergrund macht jedoch deutlich, dass die jüngere Altersgruppe mit Migrationshintergrund insgesamt eine schwächere Bildungsstruktur als die Gruppe ohne Migrationshintergrund aufweist. In der Gesamtheit der Personen mit Migrationshintergrund zwischen 18 und 65 Jahren zeigt sich dagegen ein deutlich höherer Anteil ohne Bildungsabschluss, aber ein ähnlich hoher Anteil mit Hochschulreife. Die Bildungsstruktur der Frauen mit Migrationshintergrund ist dabei in jüngeren Altersgruppen insgesamt besser als die der Männer.

Die Bildungsstruktur der hessischen Bevölkerung ändert sich nur langsam, da die Zahl der Schulentlassenen sowie der neu Zugewanderten vergleichsweise gering ist.

Weiterführende Literatur

Baethge/Kupka (2005); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Brücker/Ringer (2008); Burkert/Kindermann (2008); Englmann (2008); Englmann/Müller (2007); Erdmann et al. (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Nusche (2009); OECD (2007); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seibert (2008); Stichs (2008); Woellert et al. (2009)

→ **Tabelle B15 im Anhang**

B16 Höchster beruflicher Abschluss (LAG C12)

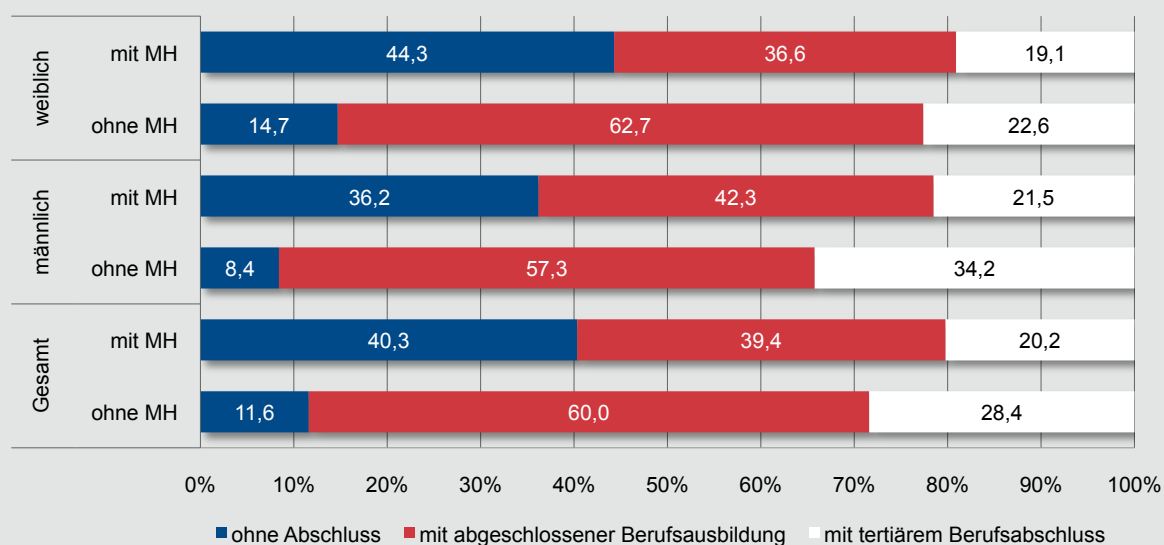
Definition

Anteil von Personen mit verschiedenen beruflichen Abschlüssen

Datenquelle

Mikrozensus

Bevölkerung (25 bis 65 Jahre) nach höchstem beruflichem Abschluss 2008



Erläuterung

Die beruflichen Qualifikationen beeinflussen den Zugang zum Arbeitsmarkt, die berufliche Stellung, das Einkommen und damit auch die gesellschaftliche Teilhabe. Eine abgeschlossene Berufsausbildung gilt in Deutschland zunehmend als eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für einen Einstieg ins Berufsleben, sondern auch für die Kontinuität des Erwerbsverlaufs und als Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig lässt sich in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Arbeitslosigkeit beobachten: Je höher die berufliche Qualifikation von Personen im erwerbsfähigen Alter ist, desto geringer ist tendenziell die Arbeitslosenquote. Die Betrachtung insbesondere der jüngeren Altersgruppe gibt Hinweise darauf, welche Qualifikationen dem Arbeitsmarkt künftig zur Verfügung stehen werden.

Insgesamt zeigt sich, dass die berufliche Qualifikation der Personen mit Migrationshintergrund tendenziell niedriger ist als die der Personen ohne Migrationshintergrund. So liegt der Anteil derjenigen, die keinen beruflichen Abschluss haben, um die 40%, bei Personen ohne Migrationshintergrund dagegen unter 12%. Andererseits verfügen knapp 20% der Personen mit Migrationshintergrund über einen tertiären Bildungsabschluss (Studium) gegenüber knapp 30% der Personen ohne Migrationshintergrund. In beiden Gruppen weisen Frauen die niedrigere berufliche Qualifikation auf; eine Ausnahme stellt die Altersgruppe der 25- bis 35jährigen dar, in der der Anteil der Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, die ein Studium absolviert haben, den der Männer übersteigt (s. dazu Tabelle B16 im Anhang). Ein Vergleich der Altersgruppe der 25- bis 65jährigen Frauen und Männer zeigt, dass der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund, die ein Studium abgeschlossen haben, kaum hinter dem der Männer zurückbleibt. Dies ist bei Frauen ohne Migrationshintergrund anders. Offenbar haben viele zugewanderte Frauen ein Studium in ihrem Herkunftsland absolviert, das hier möglicherweise nicht anerkannt werden kann.

Auch für die berufliche Qualifikationsstruktur der Bevölkerung gilt, dass sie sich insgesamt nur langsam ändert.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Bonin et al. (2007); Brücker/Ringer (2008); Burkert/Kindermann (2008); Heß/Sauer (2007); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Krekel et al. (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seibert (2008); Stichs (2008); Woellert et al. (2009)

→ ***Tabelle B16 im Anhang***

3.3.2 Arbeit

Erwerbsarbeit wird eine zentrale Rolle bei der Integration zugeschrieben. Sie ist die Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das eine selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens ermöglichen sollte und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Es entlastet die Aufnahmegesellschaft von Unterstützungsleistungen und erhöht damit die Akzeptanz der Zugewanderten (Klös/Riesen 2008; Miegel et al. 2008; OECD 2007; Santel 2004; Tießler-Marenda 2007; Tucci 2005a und 2005b). Gleichzeitig intensiviert Erwerbsarbeit den Kontakt zwischen Zugewanderten und Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft.

Es ist ein weltweit zu beobachtendes Phänomen, dass Migranten häufig in Wirtschaftsbereichen und Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, die für Angehörige der Aufnahmegesellschaft wenig attraktiv erscheinen (OECD 2007; Piore 1979). Integration in den Arbeitsmarkt gilt dann als erreicht, wenn die Teilnahme am Erwerbsleben von Zugewanderten identisch mit der der Angehörigen der Aufnahmegesellschaft ist.

Seit den frühen 1980er Jahren hat die Arbeitslosigkeit von Ausländern in Deutschland jedoch deutlich zugenommen. Heute liegt die Arbeitslosenquote der ausländischen Personen im erwerbsfähigen Alter bundesweit gut doppelt so hoch wie die der Deutschen; auch die Arbeitslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund ist höher als die derjenigen ohne Migrationshintergrund. Besondere Problemgruppen sind hier die Älteren und die jungen Erwachsenen (z. B. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010; Breithecker/Burkert 2008; Brück-Klingberg 2007; Bundesagentur für Arbeit 2008; Englmann 2008; Flam 2007; Granato 2006; Granato 2008; Hönekopp 2007; Kalter 2005; Kühne 2006; van Suntum/Schlotböller 2002; Wilkens 2008b).

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sind vom Strukturwandel der Wirtschaft und der Konjunktur abhängig. Die Entwicklungen der Indikatoren im Themenfeld „Arbeit“ können daher im Hinblick auf Integration nur im Kontext des wirtschaftlichen Trends interpretiert werden.

B17 Erwerbstätigenquote (LAG D13)

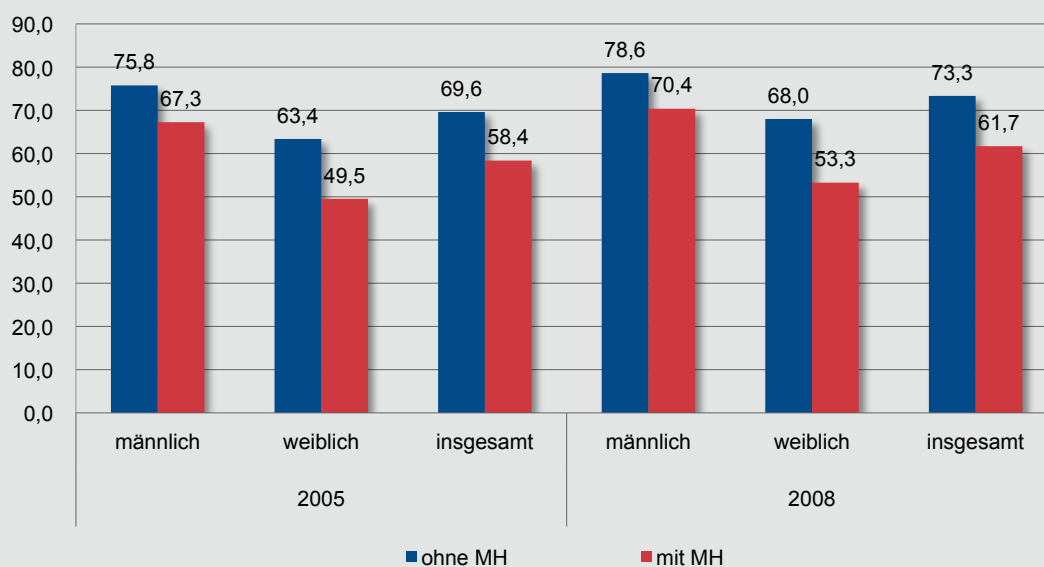
Definition

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Mikrozensus

Erwerbstätigenquote (15 bis unter 65 Jahre, in Prozent)



Erläuterung

Die Erwerbstätigenquote beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an allen Personen in derselben Altersgruppe²⁴ und liefert damit wichtige Informationen über die Arbeitsmarktintegration. In Deutschland wird für die Betrachtung in der Regel das „erwerbsfähige Alter“, d. h. die Altersgruppe von 15 bis unter 65 Jahren gewählt.

Die Erwerbstätigenquoten von Personen mit Migrationshintergrund bleiben in Hessen hinter denen von Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Für beide Gruppen ist die Erwerbstätigenquote der Frauen kleiner als die der Männer; gerade Frauen mit Migrationshintergrund weisen eine geringe Erwerbstätigenquote auf.

²⁴ Anders als bei der „Erwerbsquote“ sind die Erwerbslosen hier nicht einbezogen.

Zwischen 2005 und 2008 ist ein Anstieg der Quoten für sämtliche Gruppen zu beobachten. Wesentliche Differenzen lassen sich jedoch bei einem Vergleich der Geschlechter nach Migrationshintergrund nicht feststellen. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass der Indikator konjunktur- und wachstumsabhängig ist und die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Zeitraum günstig war. Es ist also nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass der hier abgebildete Trend anhält.

Weiterführende Literatur

Alda (2008); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Burkert/Kindermann (2008); Granato (2003); Kontos (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Stichs (2008); Wilkens (2008a)

→ ***Tabelle B17 im Anhang***

B18

Atypische/Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

Definition

Anteil abhängig Erwerbstätiger in bestimmten Beschäftigungsverhältnissen nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

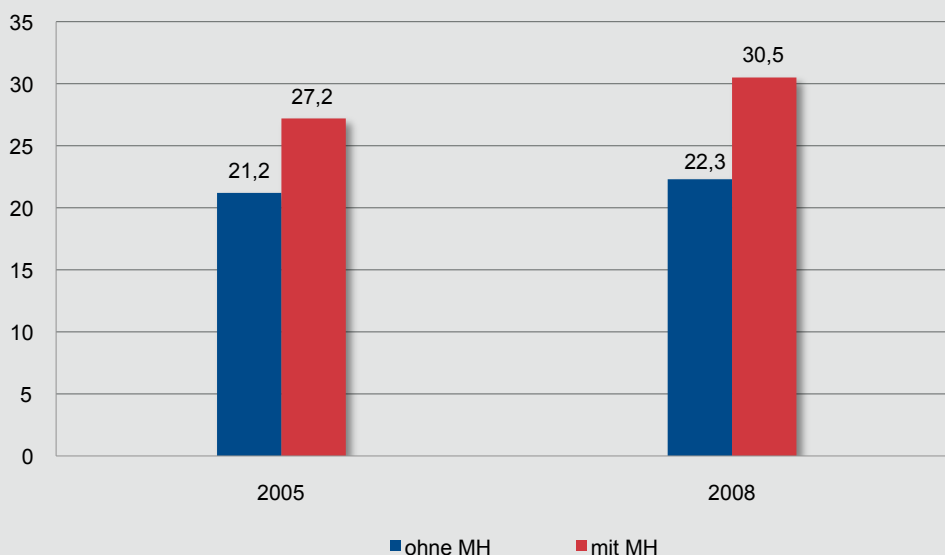
a: in atypischen Beschäftigungsverhältnissen nach Migrationshintergrund

b: mit geringfügiger Beschäftigung als einziger oder hauptsächlicher Tätigkeit nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

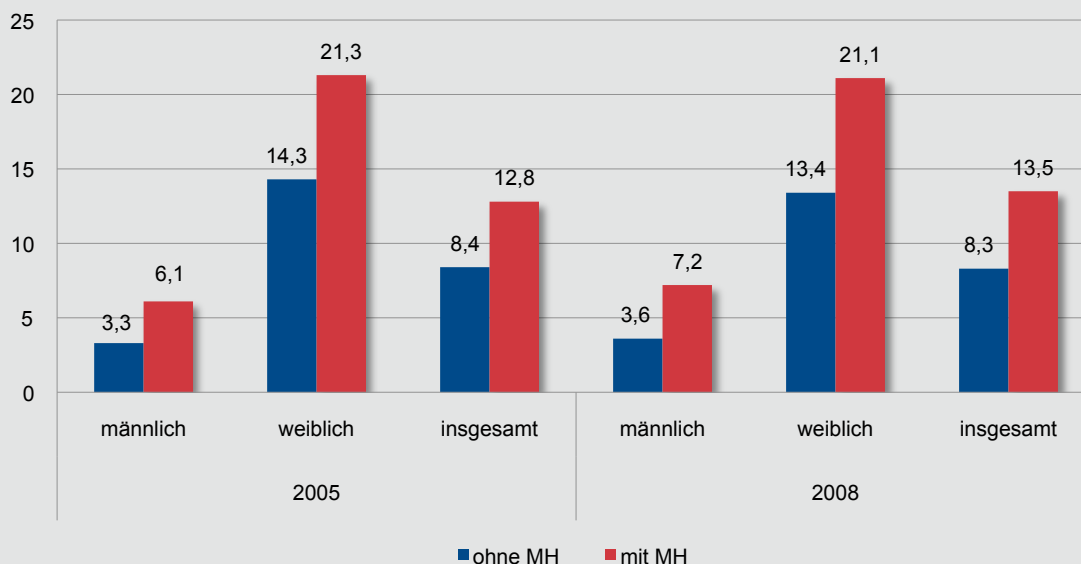
Datenquelle

Mikrozensus/
Hessisches
Statistisches
Landesamt

Anteil atypisch Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten (in Prozent)



Anteil geringfügig Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten (in Prozent)



Erläuterung

Als „atypisch“ werden die Beschäftigungsverhältnisse jenseits der „Normalarbeitsverhältnisse“ bezeichnet, die vor allem durch Vollzeit- oder Teilzeitarbeit (mindestens die Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit), keine Befristung und Einbeziehung in die Systeme der sozialen Sicherung gekennzeichnet sind (Statistisches Bundesamt 2008a). Bei atypischer Beschäftigung kann es sich um prekäre Beschäftigung handeln, sie ist jedoch nicht mit dieser identisch. Daher wird zusätzlich zu diesem Indikator noch der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten ausgewiesen.

Geringfügige Beschäftigung zählt zu den prekären Beschäftigungsformen. Sie eröffnet Arbeitsmöglichkeiten für diejenigen, die keine dauerhafte Vollzeittätigkeit aufnehmen können oder möchten. Andererseits werden bei geringfügiger Beschäftigung „tarif- und arbeitsvertragliche Standards häufig unterlaufen“ (Möller/Walwei 2009: 380). Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bergen daher die Gefahr von Niedriglöhnen und begründen keine „zuverlässige soziale Absicherung, etwa durch die gesetzliche Arbeitslosen- oder Rentenversicherung“ für die Erwerbstätigen (ebda.). Sie gelten auch nicht als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Ungeklärt muss bleiben, in welchem Umfang eine solche Beschäftigung freiwillig gewählt wird.

Es zeigt sich, dass der Anteil der atypisch Beschäftigten – einem schon jahrelang zu beobachtenden Trend folgend – zwischen 2005 und 2008 zugenommen hat. Es wird deutlich, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund (2008: 30,5% vs. 22,3%) in einem solchen Beschäftigungsverhältnis stehen.

Zwischen 2005 und 2008 ist auch eine leichte Zunahme des Anteils der Beschäftigten, die einer geringfügigen Beschäftigung als einziger oder hauptsächlicher Tätigkeit nachgehen, zu beobachten. Personen mit Migrationshintergrund wählen häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund diese Form der atypischen Beschäftigung bzw. sind häufiger darauf angewiesen. Dabei zeigt sich, dass Frauen häufiger als Männer eine solche Beschäftigung aufnehmen.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Bosch/Weinkopf (2007); Friedrich-Ebert-Stiftung (2006); Möller/Walwei (2009)

→ **Tabelle B18 im Anhang**

B19 Stellung im Beruf (LAG D14)

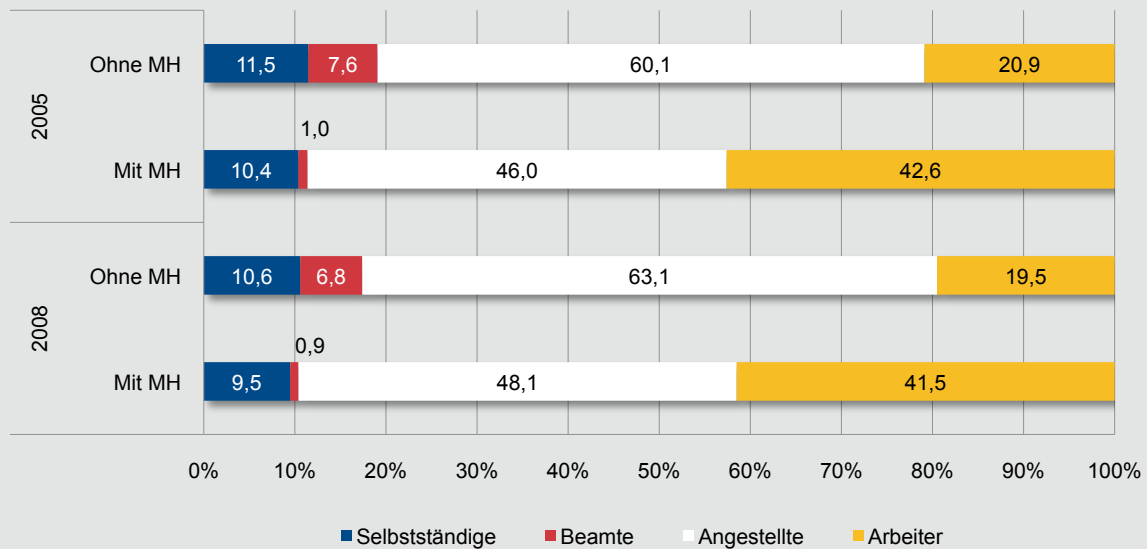
Definition

Aufgliederung von Erwerbstätigen nach Migrationshintergrund in Selbstständige, Angestellte, Beamte und Arbeiter

Datenquelle

Mikrozensus

Stellung im Beruf von Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren



Erläuterung

Die Stellung im Beruf nach Migrationshintergrund liefert nicht unmittelbar Informationen über die Beschäftigungsqualität, aber zumindest über die berufliche Positionierung der betrachteten Gruppen im Erwerbssystem (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 32).

Zwischen 2005 und 2008 lässt sich eine leichte Veränderung der Struktur der beruflichen Positionen sowohl bei Personen mit wie auch bei Personen ohne Migrationshintergrund beobachten: Nach wie vor nimmt der Anteil der Arbeiter an der Gesamtheit der Erwerbstätigen ab, während der der Angestellten steigt. Der Anteil der Selbstständigen sowie der Beamten hat sich im Berichtszeitraum zurückentwickelt.

Ein wesentlicher Unterschied hinsichtlich der Stellung im Beruf zwischen Erwerbstätigen mit und ohne Migrationshintergrund liegt darin, dass der Anteil der Arbeiter an denjenigen mit Migrationshintergrund höher und der Anteil der Angestellten niedriger liegt als bei Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund. Männer und Frauen mit Migrationshintergrund sind also unter Arbeitern über- und unter Angestellten unterrepräsentiert. Unter Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund ist auch ein deutlich kleinerer Anteil verbeamtet. Demgegenüber sind nur geringe Unterschiede in den Selbstständigenquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu beobachten.

Weiterführende Literatur

Alda (2008); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Granato (2003); Leicht/Leiß (2007); Piore (1979); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seibert (2008); Stichs (2008); Woellert et al. (2009)

→ ***Tabelle B19 im Anhang***

B20 Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) (LAG D16)

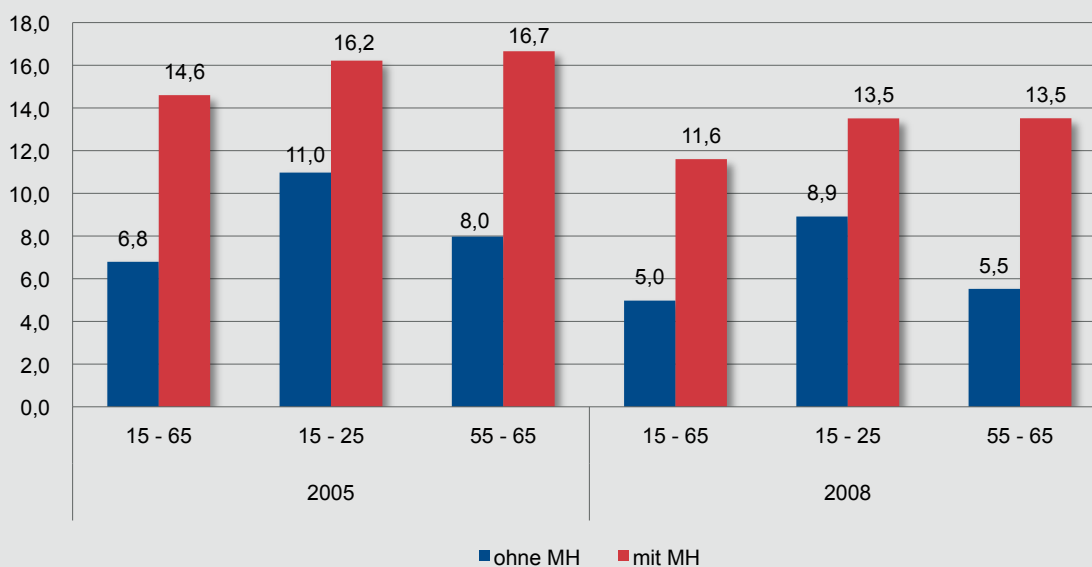
Definition

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige) von Personen nach Migrationshintergrund in verschiedenen Altersgruppen nach dem ILO-Konzept

Datenquelle

Mikrozensus

Erwerbslosenquote (ILO-Konzept, in Prozent)



Erläuterung

Die Nichtteilhabe am Erwerbsleben ist eine der wesentlichen Ursachen für Armut. Längerfristige Erwerbslosigkeit hat negative Konsequenzen für fast alle Lebensbereiche, auch für die soziale Teilhabe.

Nach dem hier zugrunde gelegten Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept) gelten Personen als erwerbslos, wenn sie weniger als eine Stunde in der Woche beschäftigt sind, nicht selbstständig sind, in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht haben und verfügbar sind, d. h. innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Eine Registrierung bei der Agentur für Arbeit ist nicht erforderlich.

Dieser Indikator zeigt für den Berichtszeitraum einen Rückgang des Anteils der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen. Dies gilt für alle betrachteten Altersgruppen, für Personen mit sowie ohne Migrationshintergrund und für Frauen und Männer. Es ist zu beachten, dass der Indikator konjunkturabhängig ist und die konjunkturelle Entwicklung in diesem Zeitraum günstig war. Es ist also nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass der hier abgebildete Trend anhält.

Trotz des Rückgangs der Erwerbslosenquoten im Berichtszeitraum bleibt die Quote der Personen mit Migrationshintergrund mit 11,6% mehr als doppelt so hoch wie die der Personen ohne Migrationshintergrund (5,0%; 2008). Besonders groß ist die Diskrepanz bei der Altersgruppe der 55- bis 65jährigen. Die Differenzen zwischen den Geschlechtern sind geringfügig; in der Altersgruppe der 55- bis 65jährigen weisen Frauen mit Migrationshintergrund eine geringere Erwerbslosenquote auf als Männer.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Burkert/Kindermann (2008); Granato (2003); Möller/Walwei (2009); OECD (2005); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seibert (2008)

→ ***Tabelle B20 im Anhang***

B21 Arbeitslosenquote (LAG D17)

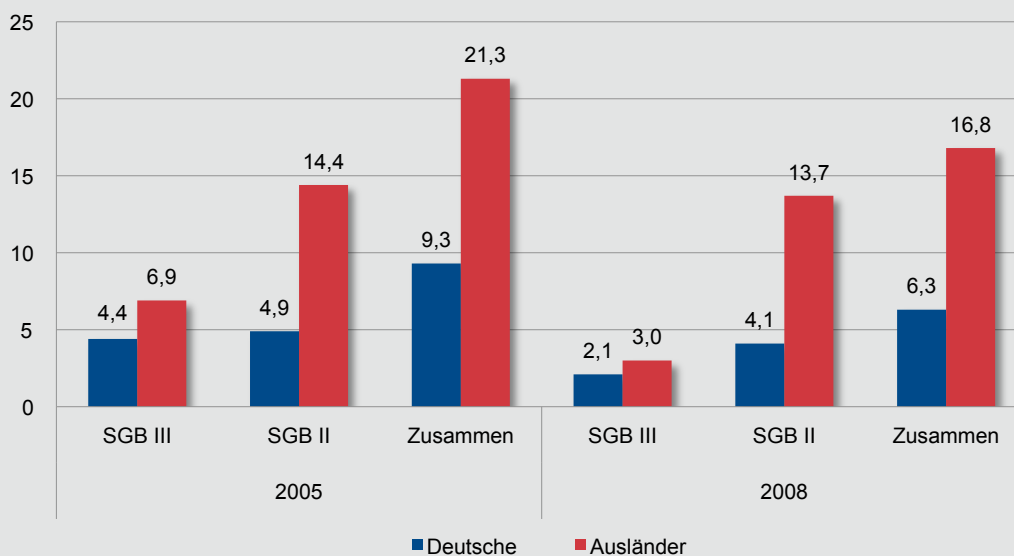
Definition

Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen in den Rechtskreisen SGB II sowie SGB III nach Staatsangehörigkeit

Datenquelle

Arbeitslosenstatistik

Arbeitslosenquote (in Prozent)



Erläuterung

In der öffentlichen Diskussion wird die Arbeitslosenquote häufiger als die Erwerbslosenquote (B20) als Indikator verwendet.

Zu den bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen in den Rechtskreisen des SGB II und SGB III zählen alle Personen, die

- > vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden in der Woche umfassende Beschäftigung ausüben,
- > eine mindestens 15 Stunden in der Woche umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Dauer von mehr als 7 Kalendertagen suchen,
- > eine Arbeitnehmertätigkeit ausüben können und dürfen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- > den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit verfügbar, d. h. sofort arbeitsfähig und -bereit sind und
- > sich persönlich bei der Agentur für Arbeit gemeldet und ihren Wohnsitz in Deutschland haben (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 35).

Unter Erwerbspersonen werden sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigte, Beamte sowie Arbeitslose erfasst.

Auch dieser Indikator zeigt einen Rückgang der Beschäftigungslosigkeit zwischen 2005 und 2008 (Jahresdurchschnitte). Dies gilt für alle betrachteten Altersgruppen, für Personen mit sowie ohne Migrationshintergrund und für Frauen und Männer. Es ist zu beachten, dass der Indikator konjunkturabhängig ist und dass die konjunkturelle Entwicklung im Berichtszeitraum günstig war. Es ist also nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass der hier abgebildete Trend anhält.

Trotz des Rückgangs der Arbeitslosenquoten im betrachteten Zeitraum bleibt die Quote der Ausländer mit 16,8% mehr als zweieinhalbmals so hoch wie die der Deutschen (6,3%; 2008). Es fallen vor allem die hohen Anteile von arbeitslosen Ausländern im Rechtskreis SGB II auf (13,7% vs. 4,1% bei den Deutschen; 2008). Während die Differenzen zwischen den Arbeitslosenquoten deutscher Männer und Frauen gering sind, lag die Arbeitslosenquote der ausländischen Frauen 2008 um einige Prozentpunkte höher als die der Männer. Diese Gruppe war im Berichtszeitraum besonders von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit betroffen, was auf eine starke Erhöhung der Arbeitslosenquoten ausländischer Frauen im Rechtskreis SGB II zurückzuführen ist.

Das Jahr 2005 war das erste Jahr nach den Arbeitsmarktreformen (Hartz IV-Reform). Deshalb kann bei der verwendeten Statistik von einer gewissen Fehleranfälligkeit für das Jahr 2005 ausgegangen werden.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Beste et al. (2010); Breithecker/Burkert (2008); Buestrich/Finke-Oltmann (2008); Bundesagentur für Arbeit (2009); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c); Burkert/Kindermann (2008); Burkert/Seibert (2008); Brück-Klingberg et al. (2009); Brunner (2009); Granato (2003); OECD (2005); Piore (1979); Seibert (2008); Wilkens (2008a)

→ **Tabelle B21 im Anhang**

3.3.3 Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit

Wie die Indikatoren in den Themenfeldern Bildung und Arbeit zeigen, haben Personen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländer hier eine geringere Teilhabe, wofür in der Literatur verschiedene Gründe diskutiert werden. Wird diese geringere Partizipation an sich schon als problematisch gesehen, so geht damit auch ein gegenüber Personen ohne Migrationshintergrund tendenziell niedrigeres Einkommen einher (genauer dazu Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009a: 17, 162ff.). Aufgrund der im Durchschnitt geringeren Einkommen sind Personen mit Migrationshintergrund einem größeren Armutsrisiko ausgesetzt (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008). Damit ist auch die Transferabhängigkeit von Personen mit Migrationshintergrund insgesamt höher (Bundesagentur für Arbeit 2009; IAQ et al. 2009).

B22

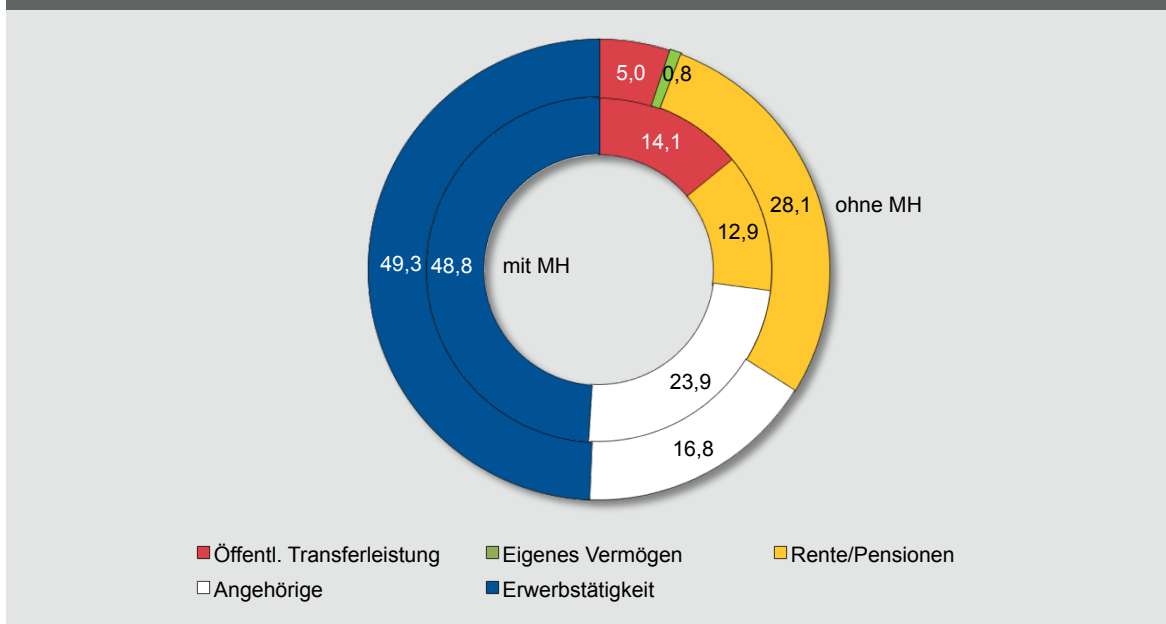
Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts (LAG D19)

Definition

Personen nach Migrationshintergrund im Alter von 15 und mehr Jahren nach der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts

Datenquelle

Mikrozensus

Bevölkerung nach Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts (in Prozent)**Erläuterung**

Der Indikator zeigt, aus welchen finanziellen Quellen die Bevölkerung Hessens ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreitet: Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Zuwendungen von Angehörigen, Rente/Pension, eigenes Vermögen oder Transferzahlungen.

Im Berichtszeitraum hat fast die Hälfte der Bevölkerung den Lebensunterhalt überwiegend durch Einkünfte aus eigener Erwerbstätigkeit finanziert; dies gilt vor allem für Männer (58,1%), weniger dagegen für Frauen (40,8%; 2008), ist aber unabhängig vom Migrationshintergrund. Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger auf Verwandte angewiesen als Personen ohne Migrationshintergrund (23,9% vs. 16,8%), können jedoch weniger auf Renten bzw. Pensionen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes zurückgreifen. Dies lässt sich zum Teil mit der Altersstruktur der Migrationsbevölkerung erklären.

Das eigene Vermögen spielt als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes bei beiden Gruppen kaum eine Rolle. Dagegen leben 7,0% der Bevölkerung überwiegend von öffentlichen Transferleistungen, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zeigen: Bei ersteren beträgt der Anteil 14,1%, bei letzteren dagegen 5,0%.

Weiterführende Literatur

Bundesagentur für Arbeit (2009); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ ***Tabelle B22 im Anhang***

B23 Einkommen

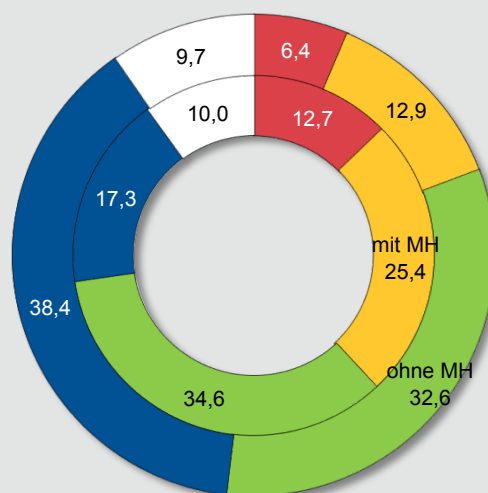
Definition

Nettoeinkommen von Familien nach Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus

Nettoeinkommen von Familien mit und ohne Migrationshintergrund (MH) 2008 (in Prozent)



■ unter 1300 Euro ■ 1300 bis unter 2000 Euro ■ 2000 bis unter 3200 Euro
■ 3200 und mehr Euro □ ohne Angabe

Erläuterung

Das Einkommen kann anhand verschiedener Indikatoren erfasst werden, z. B. anhand des Erwerbseinkommens, des Haushalts- oder Familieneinkommens oder des Nettoäquivalenzeinkommens²⁵. Mit dem Mikrozensus lässt sich das Erwerbseinkommen nicht ausweisen. Weil sich Hinweise zum Nettoäquivalenzeinkommen dem Indikator B25 (Armutsrisikoquote) entnehmen lassen, wird hier als Indikator für das Einkommen das Familieneinkommen gewählt.

²⁵ Das Nettoäquivalenzeinkommen in Privathaushalten wird berechnet, indem sämtliche Einkommen (Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit oder Tätigkeit, aus Vermögen einschließlich des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums und laufenden Sozialtransfers) zusammengerechnet und Steuern und Pflichtbeiträge abgezogen werden. Dieses Haushaltsnettoeinkommen wird auf die gewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen. Dabei wird der Haupteinkommensbezieher im Haushalt mit dem Gewicht 1 berücksichtigt, alle Haushaltsmitglieder von 14 Jahren und älter mit dem Gewicht 0,5 und alle unter 14jährigen Haushaltsmitglieder mit dem Gewicht 0,3.

Wie die Abbildung zeigt, steht etwa einem Drittel der Familien mit ledigen Kindern monatlich ein Nettoeinkommen zwischen 2000 EUR und 3200 EUR und einem weiteren Drittel mehr als 3200 EUR zur Verfügung (2008). Während jeweils ein Drittel der Familien mit oder ohne Migrationshintergrund zu der erstgenannten Einkommensklasse gezählt werden kann, zeigt sich, dass zwar 38,4% der Familien ohne Migrationshintergrund über mehr als 3200 EUR verfügen können, aber nur 17,3% der Familien mit Migrationshintergrund. Entsprechend fällt ein deutlich höherer Anteil von Familien mit Migrationshintergrund in die unteren Einkommensklassen: 12,7% stehen unter 1300 EUR netto monatlich zur Verfügung (gegenüber 6,4% der Familien ohne Migrationshintergrund) und 25,4% 1300 EUR bis 2000 EUR (gegenüber 12,9% der Familien ohne Migrationshintergrund).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008); Fuchs et al. (2005)

→ ***Tabelle B23 im Anhang***

B24

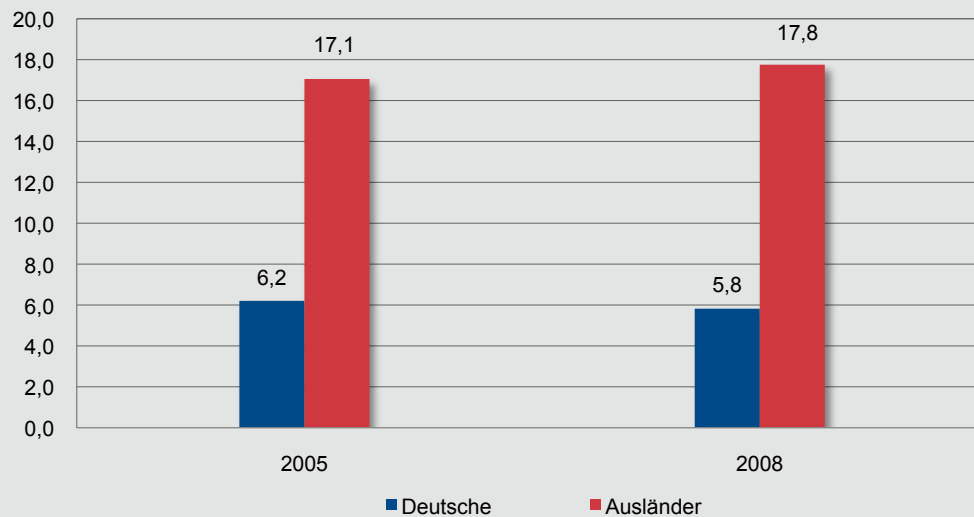
Bezieher von Leistungen nach SGB II (LAG D20)

Definition

Anteil deutscher und ausländischer erwerbsfähiger Bezieher von Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende; Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren) an allen Personen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Anteil erwerbsfähiger Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II (in Prozent)
**Erläuterung**

Anknüpfend an die Vorstellung, dass sich gesellschaftliche Teilhabe am ehesten über die Partizipation am Erwerbsleben realisieren lässt, zielten die Hartz-Reformen auf eine Aktivierung der Arbeitslosen. „Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik soll deshalb in erster Linie darauf ausgerichtet sein, die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu eigenverantwortlichem und autonomem Handeln zu befähigen.“ (Möller et al. 2009). Für die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wird daher die Aufnahme einer – nach Möglichkeit – existenzsichernden Erwerbstätigkeit angestrebt.

2005 wurde die Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitssuchende zusammengelegt. Leistungen nach SGB II sind heute die wichtigste Art der Sozialtransfers; sie werden vor allem von Langzeitarbeitslosen bezogen (Bundesagentur für Arbeit 2009: 38).

Indikator B23 hat die höhere Transferabhängigkeit von Personen mit Migrationshintergrund verdeutlicht. Indikator B24 bezieht sich auf die Transferleistungen nach SGB II. Es zeigt sich, dass der Anteil der Ausländer, die diese Leistungen beziehen, dreimal so hoch ist wie der Anteil der Deutschen. Wie Tabelle B23 im Anhang zeigt, sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering; dagegen ist der Anteil der Bezieher in der Altersklasse der 15- bis 25jährigen höher als in der Altersgruppe der 25- bis 65jährigen. Im Berichtszeitraum ist der Anteil der Leistungsbezieher unter den Deutschen etwas zurückgegangen, unter Ausländern hat er dagegen leicht zugenommen.

Die höhere Quote des Bezugs von Leistungen nach SGB II bei Ausländern spiegelt die höhere Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II wieder (s. Indikator B21). Allerdings reicht die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit allein zur Überwindung des Hilfebezugs in vielen Fällen nicht aus (Bruckmeier et al. 2007; Dietz et al. 2009).

Aufgrund der Umstrukturierung der Statistiken im Jahre 2005 kann von einer gewissen Fehleranfälligkeit für das Jahr 2005 ausgegangen werden (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 39).

Weiterführende Literatur

Bruckmeier et al. (2007); Dietz et al. (2009); IAQ et al. (2009); Möller et al. (2009)

→ **Tabelle B24 im Anhang**

B25 Armutsrisikoquote (LAG D18)

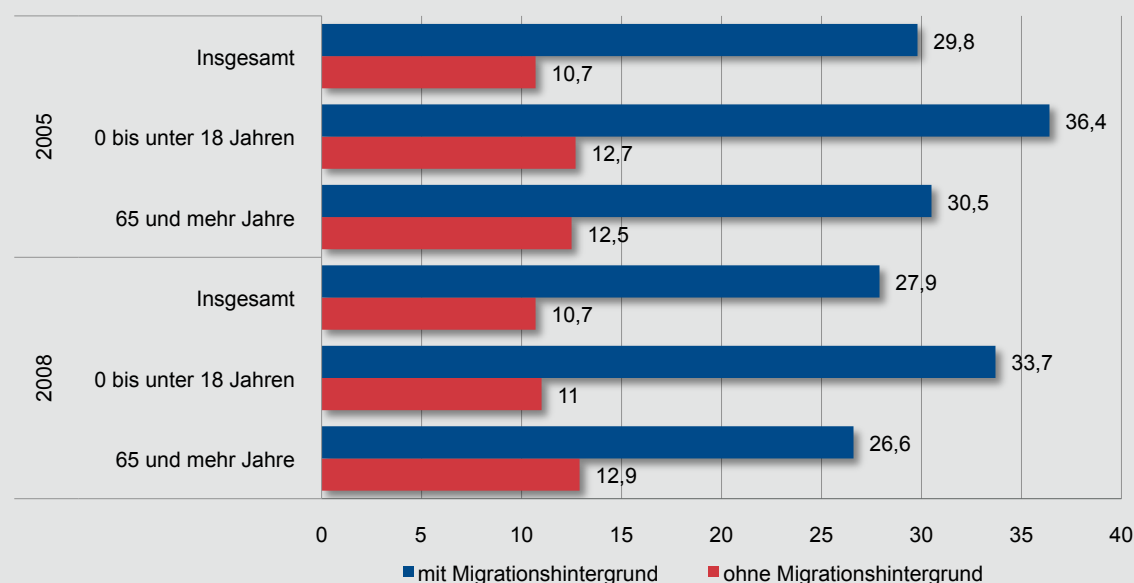
Definition

Anteil der Personen nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle

Datenquelle

Mikrozensus

Armutsrisikoquoten (in Prozent)



Erläuterung

Armut ist als „auf einen mittleren Lebensstandard bezogene Benachteiligung“ definiert. Sie wirkt sich auf alle Lebensbereiche und die entsprechenden Teilhabechancen aus. Der Begriff „Armutsrisiko“ weist auf „die Möglichkeit einer Armutsgefährdung – insbesondere bei längerem Verbleiben in einem niedrigen Einkommensbezug“ hin (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008: 16).

Vom Armutsrisiko betroffen sind Personen in einem Privathaushalt, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Mittelwerts (Medians) aller Personen in der Bevölkerung beträgt. Das Nettoäquivalenzeinkommen in Privathaushalten wird berechnet, indem sämtliche Einkommen (Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit oder Tätigkeit, aus Vermögen einschließlich des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums und laufenden Sozialtransfers) zusammengerechnet und Steuern und Pflichtbeiträge abgezogen werden. Dieses Haushaltsnettoeinkommen wird auf die gewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen.²⁶ Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass mehrere Haushaltsmitglieder gemeinsam und damit kostengünstiger wirtschaften.

²⁶ Dabei wird der Haupteinkommensbezieher im Haushalt mit dem Gewicht 1 berücksichtigt, alle Haushaltsmitglieder von 14 Jahren und älter mit dem Gewicht 0,5 und alle unter 14jährigen Haushaltsmitglieder mit dem Gewicht 0,3.

Der Median ist der Wert, der die Einkommen der Bevölkerung in zwei Hälften teilt. Die unterhalb des Medians liegende Armutsrisikoschwelle lässt sich zum einen auf den Landesmedian, zum anderen auf den Bundesmedian beziehen.

Bezogen auf den Landesmedian zeigt der Indikator, dass Personen mit Migrationshintergrund mit einer Quote von 27,9% ein deutlich höheres Armutsrisiko als Personen ohne Migrationshintergrund (10,7%; 2008) aufweisen. Die Quote der Frauen liegt dabei jeweils etwas höher als die der Männer (s. Tabelle B25 im Anhang). Hervorzuheben ist die hohe Armutsrisikoquote der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (33,7% vs. 11,0% der Kinder und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund). Gegenüber 2005 sind die Armutsrisikoquoten der Personen mit Migrationshintergrund etwas zurückgegangen. Bezogen auf den Bundesmedian liegen die Quoten niedriger (s. dazu Tabelle B25 im Anhang).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008); Hessisches Statistisches Landesamt (2007b, 2010)

→ ***Tabelle B25 im Anhang***

3.3.4 Wohnen

Das im Durchschnitt niedrigere Einkommen von Zugewanderten hat auch Einfluss auf ihre Wohnsituation, die – was Wohnraum und Wohnumgebung anbelangt – tendenziell schlechter ist als die von Deutschen ohne Migrationshintergrund. Während sich die Wohnungsausstattungen angeglichen haben, ist die einer Person mit Migrationshintergrund zur Verfügung stehende Wohnfläche im Durchschnitt geringer (Friedrichs 2008; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009a: 105). Allerdings hat sich die Wohnsituation der ausländischen Bevölkerung seit Mitte der 1980er Jahre deutlich verbessert (o.V. 2005).

B26 Wohnfläche je Familienmitglied (LAG F24)

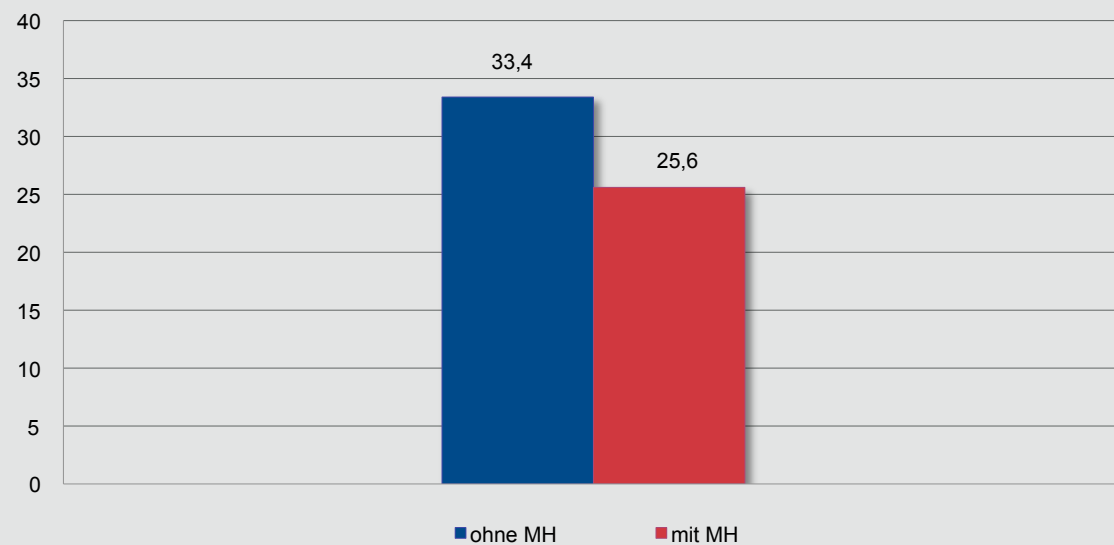
Definition

Wohnfläche in Quadratmetern je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus

Wohnfläche je Familienmitglied in m², 2006



Erläuterung

Die in Familien mit minderjährigen Kindern und Migrationshintergrund je Familienmitglied zur Verfügung stehende Wohnfläche war 2006 mit 24,6m² deutlich kleiner als bei der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund, die im Durchschnitt über 34,0m² verfügen konnte. Nur für dieses Jahr stehen Daten zur Verfügung. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger in größeren Familienverbänden leben (vgl. hierzu Indikator C32). Sie wohnen zudem öfter in Ballungsgebieten, wo Wohnraum verhältnismäßig teuer ist. Außerdem wird eine Konzentration von Zuwanderern in Altbauquartieren und Großsiedlungen, nicht dagegen in Gegenden, in denen Einfamilienhäuser dominieren, konstatiert (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Friedrichs (2008)

→ **Tabelle B26 im Anhang**

B27 Eigentümerquote (LAG F23)

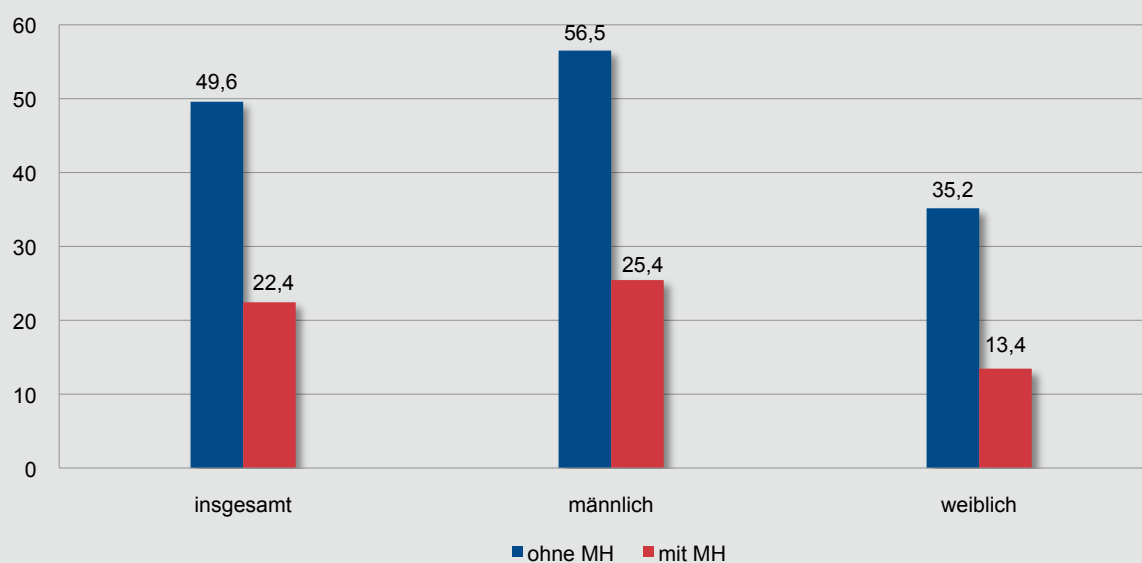
Definition

Anteil der Personen mit Wohneigentum bezogen auf die Bezugsperson im Haushalt am Hauptwohnsitz

Datenquelle

Mikrozensus

Eigentümerquote 2006 (in Prozent)



Erläuterung

Die Eigentümerquote informiert zum einen über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, zum anderen kann sie auch Aufschluss geben über deren Aufenthaltsorientierung. Die Eigentümerquote unter Personen mit Migrationshintergrund ist (2006) mit 22,4% nicht einmal halb so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund (49,6%). Frauen ohne diesen Hintergrund weisen eine etwas höhere Eigentümerquote auf als Frauen mit Migrationshintergrund (35,2% vs. 13,4%). Nur für das Jahr 2006 stehen Daten zur Verfügung. Der Erwerb von Wohneigentum kann auch mit der begrenzten Möglichkeit in Zusammenhang stehen, eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden. Bei der Interpretation der Quoten ist außerdem zu berücksichtigen, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger in Ballungsgebieten leben, in denen die Eigentümerquote generell niedriger als in ländlichen Regionen ist (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 42).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a); Friedrichs (2008); o.V. (2005)

→ **Tabelle B27 im Anhang**

3.3.5 Gesundheit

Das Themenfeld „Gesundheit“ kann für Erwachsene mangels geeigneter Daten besonders schwer abgebildet werden.²⁷ Dies ist als äußerst problematisch anzusehen, da dieses Themenfeld von zunehmender integrationspolitischer Relevanz ist. Unter anderem wird davon ausgegangen, dass Gesundheit einen großen Einfluss auf weitere strukturelle Bereiche der Integration haben kann (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009b).

Es ist bekannt, dass bei vergleichbarem Krankheitsspektrum bestimmte Gesundheitsrisiken bei Zugewanderten häufiger auftreten oder zu stärker ausgeprägten Krankheitsbildern führen (Razum/Spallek 2009).²⁸ Dies dürfte in Zusammenhang mit dem im Durchschnitt niedrigeren sozioökonomischen Status stehen und könnte auf die geringeren zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen und die Gesundheit weniger fördernde Lebensumstände, auf größere berufsbedingte Gesundheitsrisiken (Brzoska et al. 2010), aber auch auf ein anderes gesundheitliches Risikoverhalten zurückzuführen sein (Lampert et al. 2010). Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Migrationssituation in ihrer ganzen Komplexität als psychologisch belastend empfunden werden kann, was möglicherweise destabilisierende Wirkungen auf die Gesundheit hat.

Gleichzeitig wurde festgestellt, dass für Menschen mit Migrationshintergrund der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert sein kann (Sander 2008; Robert Koch-Institut 2008). Hier dürften Informationsdefizite, sprachliche Probleme und ein Mangel an interkultureller Kompetenz des medizinischen Personals eine Rolle spielen (Wilkins 2008b).

Auf die Ausweisung der von der länderoffenen Arbeitsgruppe verwendeten Indikatoren „Durchimpfungsgrad der Kinder“ (E 21) sowie „Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U8“ (E 22) wurde aus methodischen Gründen verzichtet.²⁹

²⁷ Allerdings hat das Hessische Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit (2010) erhoben, dass 10,6% der hessischen Schulanfänger Übergewicht haben (inkl. Adipositas; 2005, 2009). Beurteilungskriterium ist der Body-mass-Index (Kromeyer-Hauschild et al. 2001). Die Quote lag 2009 unter Kindern ohne Migrationshintergrund bei 8,2%, unter Kindern mit Migrationshintergrund bei 14,7%. Der Anteil adipöser Kinder in beiden Gruppen betrug im selben Jahr 3,2% bei Kindern ohne Migrationshintergrund, bei Kindern mit Migrationshintergrund dagegen 6,5% (durch Aufbereitungsmaßnahmen können sich die Zahlen noch geringfügig ändern). Seit 2005 hat sich der Anteil bei beiden Gruppen sowohl hinsichtlich Übergewicht als auch im Hinblick auf Adipositas rückläufig entwickelt (Auskunft des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit). Zu beachten ist dabei zum einen, dass sich die Definition des Migrationshintergrundes der Hessischen Schuleingangsuntersuchung, der diese Daten entstammen, von der des Mikrozensus stark unterscheidet (vgl. Fußnote 8). Es wird angenommen, dass ein Zusammenhang zwischen niedriger sozialer Schichtzugehörigkeit und Übergewicht besteht (Siegrist 2005).

²⁸ Außerdem kann die Wahrnehmung von Krankheit oder Behinderung zwischen Personen der Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten variieren (Torun 2008).

²⁹ Die Aussagekraft dieser beiden Indikatoren für den Stand der Integration in Hessen wird als sehr eingeschränkt eingeschätzt. Zum einen ist der Durchimpfungsgrad der Kinder mit Migrationshintergrund leicht höher als der der Kinder ohne Migrationshintergrund (E21); zu vermuten ist, dass sehr unterschiedliche Beweggründe von Eltern für den Verzicht auf Impfungen eine Rolle spielen (Impfmüdigkeit, Mangel an Information oder auch bewusste Impfhaltung). Zum anderen sind seit dem 01.01.2008 Kindervorsorgeuntersuchungen verpflichtend (E22).

B28 Subjektives Gesundheitsempfinden

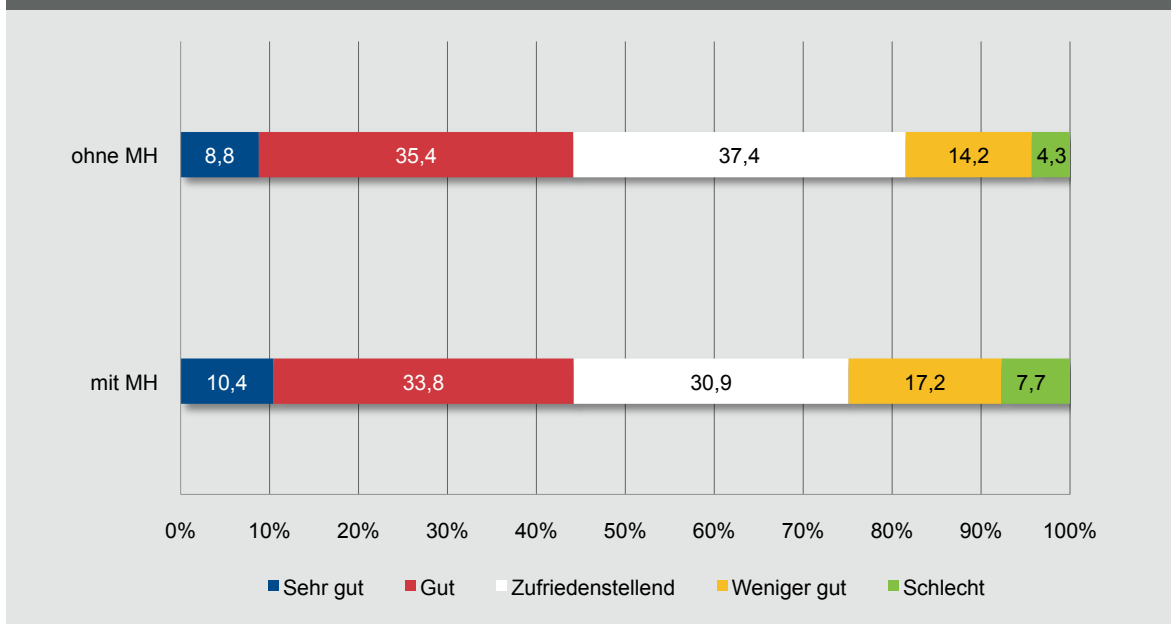
Definition

Aktueller gesundheitlicher Zustand nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP

Subjektives Gesundheitsempfinden 2008



Erläuterung

Der Indikator basiert auf einer Selbsteinschätzung mit Hilfe einer verbalen Schätzsкала mit fünf Antwortkategorien. Die zugrundeliegende Frage lautet „Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?“. Bei der Interpretation der Daten muss beachtet werden, dass die Selbsteinschätzung von einer Fremdeinschätzung des Gesundheitszustandes abweichen kann.

Beim positiven Gesundheitsempfinden zeigen sich allenfalls geringfügige Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, jeweils knapp 42% der Befragten antworten in der Befragungswelle 2008 auf die Frage nach ihrem Gesundheitszustand mit „sehr gut“ oder „gut“³⁰. Jedoch sagen fast 25% der Personen mit Migrationshintergrund, ihr gegenwärtiger Gesundheitszustand sei „weniger gut“ oder „schlecht“. Dies geben nur 18,5% der Personen ohne Migrationshintergrund an.

³⁰ Diese Befunde korrespondieren mit dem in der Fachliteratur sogenannten „Healthy-Migrant Effect“, wonach hauptsächlich gesunde und besonders aktive Personen das Wagnis einer Migration eingehen. Da aber Personen mit Migrationshintergrund erhöhte Gesundheitsrisiken im Vergleich zu denen ohne Migrationshintergrund aufweisen können, werden zwei gesellschaftliche Herausforderungen beschrieben: zum Einen Personen mit Migrationshintergrund dabei zu unterstützen, gesund zu bleiben und zum Anderen die Zugangschancen zum Gesundheitssystem im Bedarfsfall zu erleichtern.

Im Vergleich zum Jahr 2005 bleibt der Anteil der zufriedenen und sehr zufriedenen Personen ohne Migrationshintergrund nahezu unverändert. Der Anteil der Unzufriedenen sinkt auf 18,5%, der 2005 noch bei über 20% lag. Eine gegenläufige Tendenz lässt sich bei den Personen mit Migrationshintergrund konstatieren. Die Anteile der Zufriedenen erhöhen sich zwar leicht, auf der anderen Seite vergrößert sich allerdings das Segment der Einschätzung bezüglich eines weniger guten und schlechten Gesundheitszustandes seit 2005 um mehr als 3 Prozentpunkte (vgl. hierzu Tabelle B28 im Anhang).

Weiterführende Literatur

Badura et al. (2010); Bundesamt für Gesundheit (2007); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Razum et al. (2008); weitere Studien und Daten zur Gesundheit von Migranten unter: www.gbe-bund.de

→ ***Tabelle B28 im Anhang***

B29 Gesundheitsförderndes Verhalten

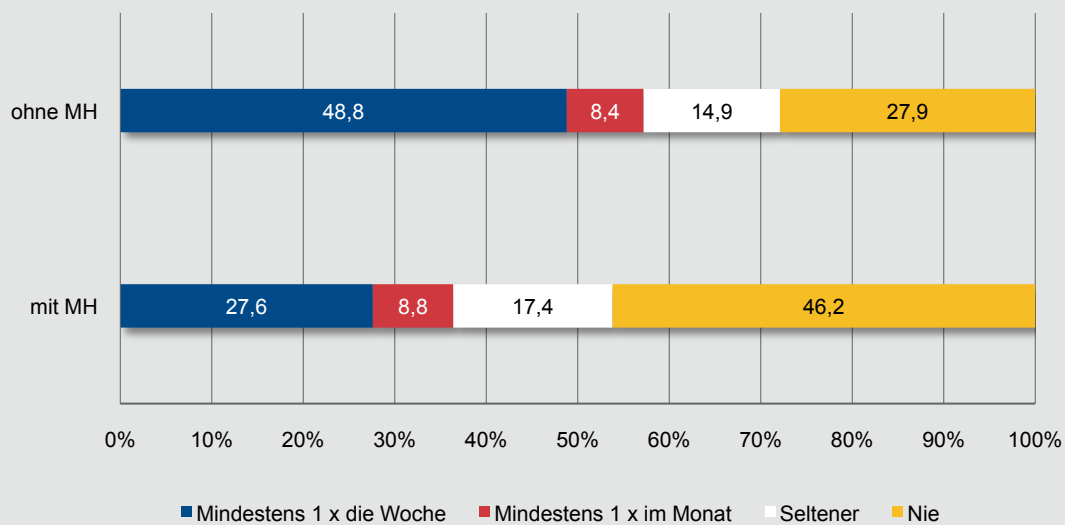
Definition

Häufigkeit von aktiver sportlicher Betätigung nach Migrationshintergrund

Datenquelle

SOEP

Gesundheitsbewusstes Verhalten: Aktive sportliche Betätigung 2008



Erläuterung

Aktive sportliche Betätigung wird als Indikator für gesundheitsbewusstes Handeln gewertet. Über den Gesundheitsaspekt hinaus genießt das Themenfeld Sport in Integrationsfragen hohe Bedeutung. Insbesondere dem Vereinssport wird großes Integrationspotenzial zugesprochen (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010: 324ff.). Allerdings sind die Sportvereine in der Regel nicht darüber informiert, wie viele Migranten sich unter den Mitgliedern befinden (Breuer/Wicker 2008: 3).

Aus diesem Grund muss bei der Frage nach der sportlichen Betätigung auf Umfragedaten zurückgegriffen werden. Nach den Daten des SOEP ist der Anteil derjenigen, die wöchentlich oder monatlich Sport treiben, unter den Personen mit Migrationshintergrund kleiner als unter denen ohne Migrationshintergrund (36,4% vs. 57,2%). Wie Tabelle B29 im Anhang zeigt, ist die aktive sportliche Betätigung zwischen 2005 und 2008 insgesamt deutlich gestiegen.

Weiterführende Literatur

Breuer/Wicker (2008); Bundesamt für Gesundheit (2007); Razum/Spallek (2009); Robert-Koch-Institut (2008); Wilkens (2008b); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010e)

→ **Tabelle B29 im Anhang**

3.3.6 Politische Teilhabe

5,6 Mio. der über 15 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind wahlberechtigt (o.V. 2009d; Daten zu Hessen s. Indikator A5).³¹ Doch in der Legislaturperiode 2005 bis 2009 hatten nur 20 der 622 Abgeordneten im Bundestag Migrationshintergrund – das sind 3% (o.V. 2008b). Diese Zahlen deuten auf eine relativ geringe politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland hin.

Interesse an Politik, wenn möglich auch die Mitarbeit in Gremien, ist eine wichtige Voraussetzung für politische Teilhabe, die sich nicht im aktiven und passiven Wahlrecht erschöpft. Politische Gestaltungsmöglichkeiten finden sich ebenso in Initiativen, Vereinen, Religionsgemeinschaften und in der Nachbarschaft. Daten liegen zur Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik sowie in Bürgerinitiativen vor.

³¹ Eine Studie des DIW zeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund „je nach Herkunftsland sehr unterschiedliche Bindungen an die deutschen Parteien entwickelt haben“ (Kroh/Tucci 2009: 821).

B30 Politisches Engagement

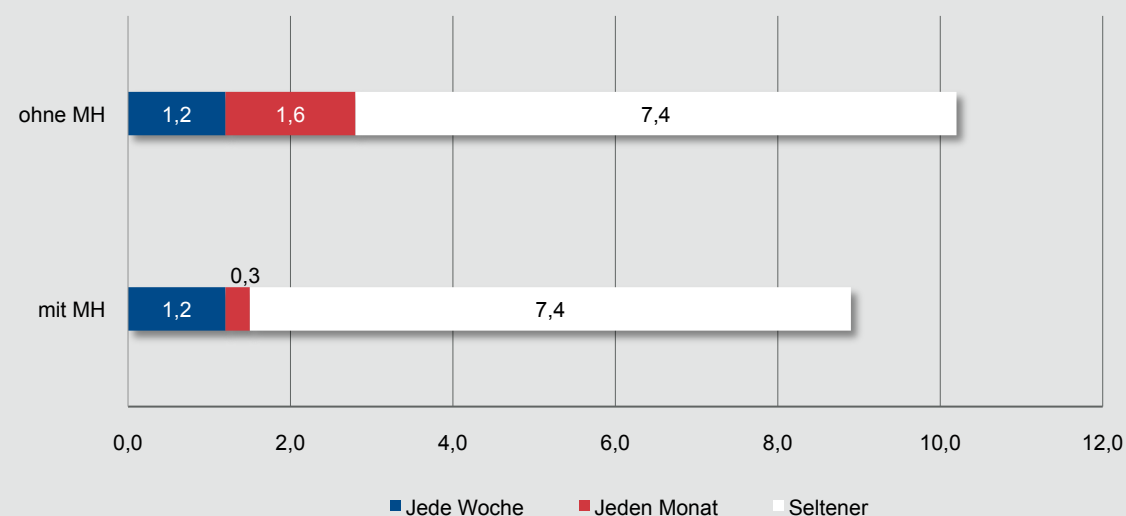
Definition

Häufigkeit der Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen

Datenquelle

SOEP

Politisches Engagement 2008 (in Prozent)



Erläuterung

Der Indikator weist politisches Engagement von Personen mit und ohne Migrationshintergrund aus.

Dabei lassen sich im Wesentlichen zwei Ergebnisse festhalten: Der ganz überwiegende Teil aller Befragten, gleich, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, engagiert sich gar nicht in Parteien, in der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen (91,0% bzw. 89,8%). Auffällig ist, dass sich etwa gleich viele Personen mit wie ohne Migrationshintergrund mindestens jede Woche politisch engagieren (1,2%). Im Vergleich der Erhebungszeiträume 2005 und 2008 sind zwei signifikanten Veränderungen zu verzeichnen: der Anteil politisch engagierten Personen ohne Migrationshintergrund ist deutlich gesunken. Dagegen hat sich der Anteil dieser Personen mit Migrationshintergrund leicht erhöht (vgl. Tabelle B30 im Anhang).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Hunger/Candan (2009); Kroh/Tucci (2009); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2009)

→ **Tabelle B30 im Anhang**

3.4 Soziale Dimension

Die soziale Dimension umfasst zum einen die Lebensformen von Personen. Zum anderen betrifft sie die Teilhabe von Zugewanderten in der Aufnahmegesellschaft, wie sie sich etwa im privaten Bereich bei den sozialen Kontakten – Freundschafts- und Partnerwahlstrukturen, Eheschließungen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, aber auch bei Gruppenzugehörigkeiten und Vereinsmitgliedschaften (bürgerschaftlichem Engagement) äußert. Auch der in der öffentlichen Diskussion immer wieder aufgegriffene Aspekt der Kriminalität von Zugewanderten wird hier näher beleuchtet. Überschneidungen zwischen sozialer und kultureller Dimension sind nicht auszuschließen.

3.4.1 Lebensformen

Lebensformen sind kulturell geprägt. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung und dem sozialen Wandel ändern sich auch die Lebensformen in einer Gesellschaft; so lässt sich in Deutschland seit etlichen Jahren eine Pluralisierung der Lebensformen beobachten. Ein Trend, der sich überwiegend in der Aufnahmegesellschaft beobachten lässt, ist die steigende Zahl Alleinstehender, die abnehmende Zahl der Kinder je Frau und die zunehmende Bedeutung der Kleinfamilie (z. B. o.V. 2010b).

C31 Haushaltsgröße

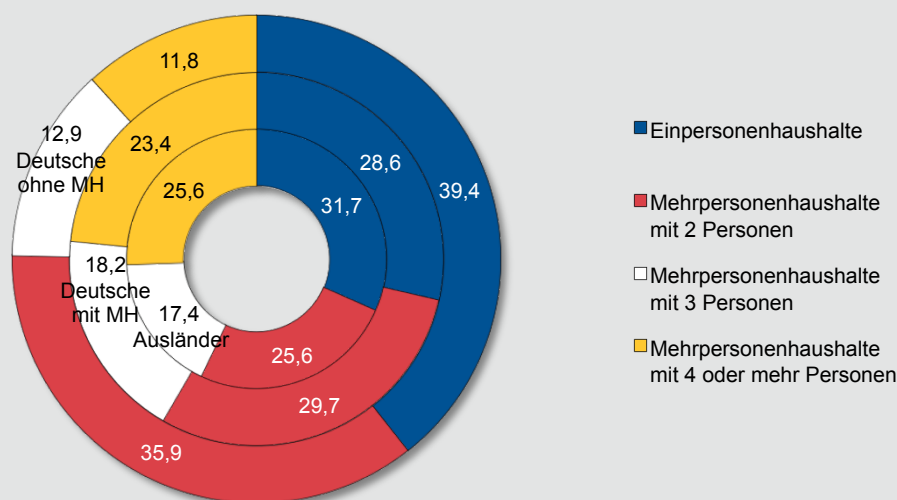
Definition

Anteile der Personen in einem Privathaushalt nach Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus

Privathaushalte nach Migrationshintergrund (MH) und Haushaltsgröße 2008 (in Prozent)



Erläuterung

Die Haushaltsgröße vermag wesentliche Informationen über die Lebensformen in einer Gesellschaft zu vermitteln. In Hessen hat sich die durchschnittliche Größe der Haushalte seit 1950 von 3,0 auf 2,07 Personen verringert. Die Zahl der Haushalte ist in diesem Zeitraum von gut 1,4 Mio. auf gut 2,9 Mio. gestiegen (Hessisches Statistisches Landesamt). Ursachen für die Entwicklung werden in der steigenden Lebenserwartung, den niedrigen Geburtenzahlen, der Zunahme der Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung und der hohen beruflichen Mobilität bei der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter gesehen (Statistisches Bundesamt 2007d). Unterschiede nach Migrationshintergrund lassen sich sehr wohl beobachten: 2008 lebte mehr als jeder dritte Deutsche ohne Migrationshintergrund in einem Einpersonenhaushalt (39%), während es unter Personen mit Migrationshintergrund deutlich weniger waren (29% der Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft und 32% der Ausländer). Umgekehrt sind Drei- und Vierpersonenhaushalte in den Gruppen der Deutschen mit Migrationshintergrund (insgesamt 43%) und der Ausländer (insgesamt 42 %) deutlich stärker vertreten, als in der Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund (25 %).

Weiterführende Literatur

Statistisches Bundesamt (2007d)

→ **Tabelle C31 im Anhang**

C32

Zusammenleben in Privathaushalten (LAG A7)

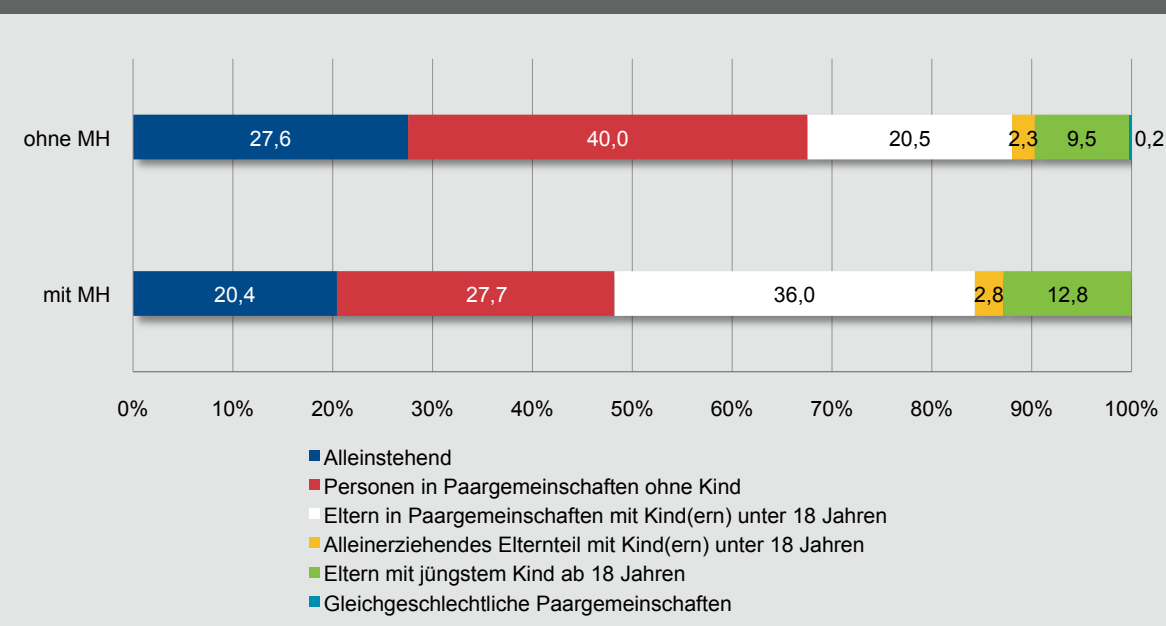
Definition

Menschen in Privathaushalten nach Lebensformen und Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus

Zusammenleben in Privathaushalten nach Lebensformen 2008



Erläuterung

Der Indikator bildet die Verteilung der Bevölkerung über die verschiedenen Lebensformen ab.

Es zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger in einer Familie mit Kindern leben (insgesamt 48,8% vs. 30,0% der Personen ohne Migrationshintergrund). Personen ohne Migrationshintergrund leben dagegen häufiger in Paarbeziehungen ohne Kinder (40,0% vs. 27,7%) bzw. die Lebensform Alleinstehender (27,6% vs. 20,4%). Alleinerziehende machen in beiden Bevölkerungsgruppen unter 3% der Personen aus. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften können wegen der zu geringen Fallzahlen bei Menschen mit Migrationshintergrund nicht ausgewiesen werden.

Die Lebensformen ändern sich nur langsam; seit 2005 sind keine wesentlichen Änderungen zu beobachten (s. dazu Tabelle C 32 im Anhang).

Weiterführende Literatur

Cornelißen (2005); o.V. (2010b)

→ **Tabelle C32 im Anhang**

C33 Kinderzahl je Frau

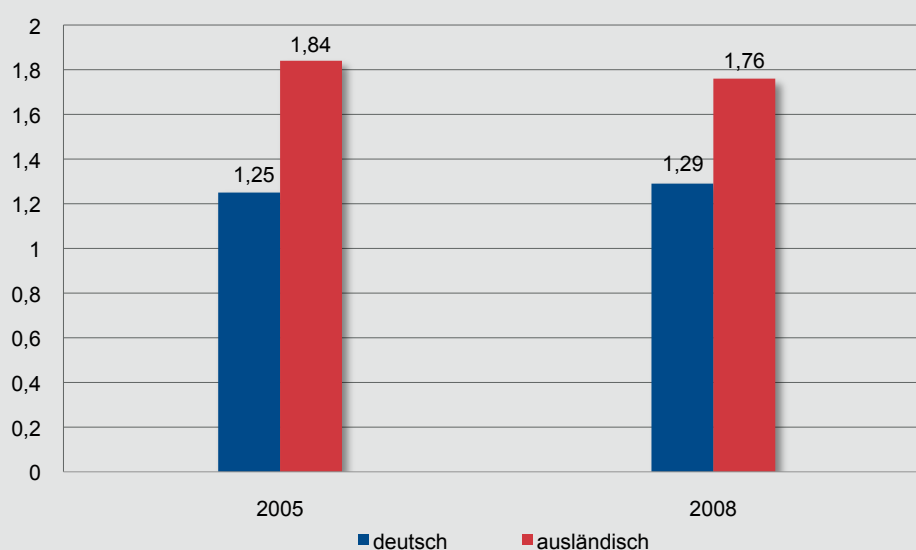
Definition

Kinderzahl je Frau in der Altersgruppe zwischen 15 und 44 Jahren nach Staatsangehörigkeit

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)

Kinderzahl pro Frau in der Gruppe der 15- bis 44jährigen



Erläuterung

Seit Jahren lässt sich der Trend beobachten, dass die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau zurückgeht. Gleichzeitig sind Mütter bei der Geburt des ersten Kindes im Durchschnitt älter als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Ursachen dafür werden in besserer Ausbildung der Frauen, zunehmender Frauenerwerbstätigkeit, Wunsch nach größerer finanzieller Unabhängigkeit, neuen Rollenvorstellungen, aber auch höheren „Kosten“ von Kindern - z. B. durch deren längere und höhere Ausbildung oder beruflichen Nachteile von Frauen mit Kindern - gesehen. Daher wird häufig davon ausgegangen, dass zugewanderte Frauen – die seltener berufstätig sind – früher Kinder zur Welt bringen und insgesamt mehr Kinder haben. Die Daten für Hessen zeigen hinsichtlich des zweiten Aspekts, dass nichtdeutsche Mütter im Durchschnitt tatsächlich mehr Kinder haben (2008: 1,74 vs. 1,29).

Weiterführende Literatur

d'Addio/d'Ercole, Marco (2005); Kaufmann (2005); Milewski (2010)

→ **Tabelle C33 im Anhang**

3.4.2 Private Kontakte

Kontakte zwischen Angehörigen der zugewanderten Bevölkerung und der Aufnahmegesellschaft sind der Integration förderlich, da sie das Verständnis beider Gruppen füreinander fördern und helfen können, Vorurteile abzubauen. Neben Kontakten am Arbeitsplatz und im täglichen Leben bzw. öffentlichen Raum kommt den privaten Kontakten eine besondere Bedeutung für den Prozess des Aufeinanderzubewegens zu.

C34 Private Kontakte

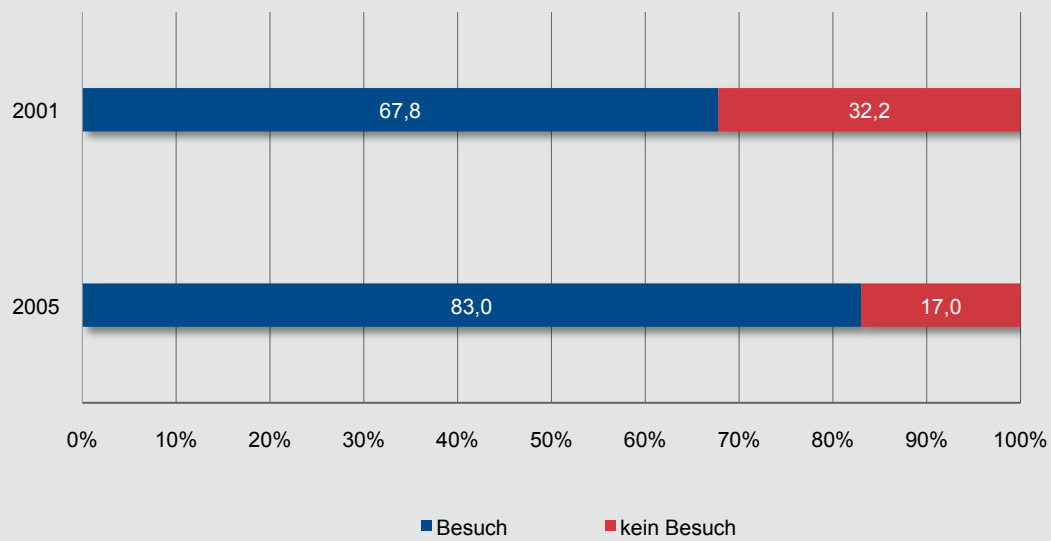
Definition

Besuch von Ausländern bei Deutschen und von Deutschen bei Ausländern in den letzten 12 Monaten in einer Selbstausskunft von Ausländern

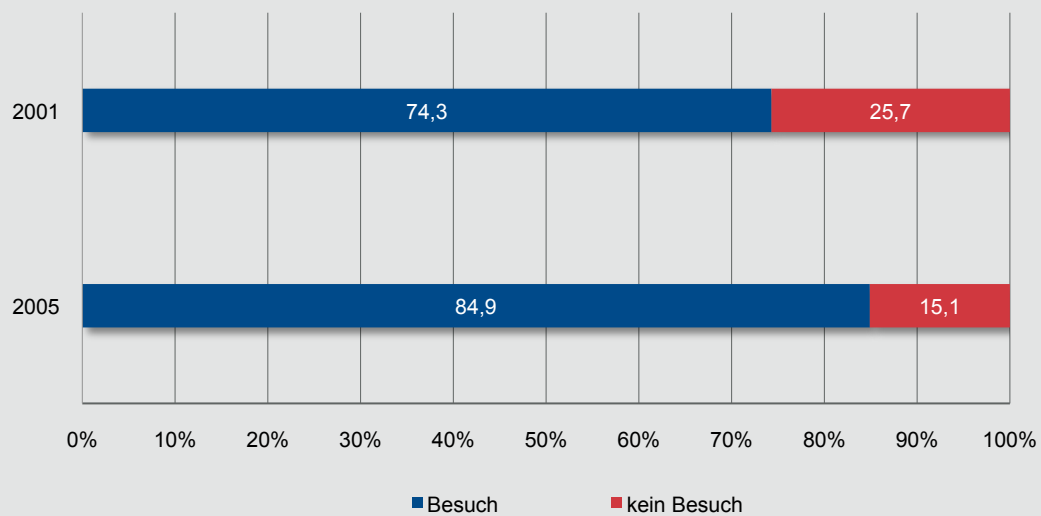
Datenquelle

SOEP

Besuche von Ausländern bei Deutschen im letzten Jahr



Besuche von Deutschen bei Ausländern im letzten Jahr



Erläuterung

Dieser Indikator weist die nach Angaben der befragten Ausländer stattgefundenen sozialen Kontakte im privaten Wohnumfeld aus. 2005 gaben etwa vier von fünf Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten sowohl Besuch von Deutschen empfangen (84,9%) als auch Besuche bei Deutschen gemacht zu haben (83,0%). Dabei ist eine deutliche Steigerung seit dem Jahr 2001 zu beobachten; 2008 wurden diese Daten nicht erhoben.

Weiterführende Literatur

Nottmeyer (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Wasmer/Koch (2004)

→ ***Tabelle C34 im Anhang***

3.4.3 Bürgerschaftliches Engagement

Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder hervorgehoben, zeigt es doch den Willen und die Bereitschaft, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens und der Gesellschaft aktiv zu beteiligen. Gleichzeitig ist dieses Engagement „eng verbunden mit der sozialen Einbindung, mit der Integration der Menschen“ (Deutscher Bundestag 2002: 27).

Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, selbstorganisiert sowie selbstbestimmt und wird mit unterschiedlicher Motivation ausgeübt. Es hat aber Wirkungen, „die über die Motive und Zielsetzungen der Engagierten hinausgehen“ (Deutscher Bundestag 2002: 24).

Zu den Formen bürgerschaftlichen Engagements zählen politisches oder soziales Engagement sowie die Betätigung in Vereinen, Verbänden, religiösen Gemeinschaften oder öffentlichen Funktionen. Mitunter wird auch Selbsthilfe dazu gerechnet.

Obwohl die Datenlage unzureichend ist, zeigen Studien, dass das bürgerschaftliche Engagement von Personen mit Migrationshintergrund hinter dem von Personen ohne Migrationshintergrund zurückbleibt (ausführlicher Dathe 2005; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007, 2009a).

C35 Bürgerschaftliches Engagement

Definition

Häufigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach Migrationshintergrund

Datenquelle

SOEP

Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten



Erläuterung

Ehrenamtliches Engagement ist Ausdruck bürgerschaftlichen Bewusstseins und zeigt die Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Sie vermittelt Anerkennung, stiftet Identität und entspricht einem wesentlichen Verständnis hessischer Integrationspolitik, nämlich, Integration gemeinsam zu gestalten. Bürgerschaftliches Engagement fördert gesellschaftliche Integration.

Der Indikator zeigt für den Berichtszeitraum ein deutlich geringeres bürgerschaftliches Engagement von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Personen ohne Migrationshintergrund. In beiden Gruppen ist der Anteil der Personen, die sich nie bürgerschaftlich engagieren, zwischen 2005 und 2008 leicht (um 3,3 bzw. 3,6 Prozentpunkte) gestiegen.

Es ist davon auszugehen, dass Migrant*innen ein anderes (Vor-)Verständnis von ehrenamtlicher Arbeit haben und aus ihren Herkunftskontexten über andere diesbezügliche Erfahrungen verfügen.

Ein weiterer Grund für die Unterschiede im bürgerschaftlichen Engagement zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund wird darin gesehen, dass sich „Migrant*innen [...] mit anderen Formen und Schwerpunkten [...] als Personen ohne Migrationshintergrund“ engagieren (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010: 285).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a, 2010); Dathe (2005); Deutscher Bundestag (2002); Halm/Sauer (2007); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2009)

→ ***Tabelle C35 im Anhang***

3.4.4 Kriminalität

Kriminalität beschreibt die Gesamtheit der Verstöße gegen das Strafrecht.³² In der öffentlichen Debatte spielt die (Gewalt-)Kriminalität von (jugendlichen) Ausländern immer wieder eine Rolle, weswegen dieses Themenfeld in das Integrationsmonitoring aufgenommen wird.

Hinsichtlich der sogenannten Ausländerkriminalität ist eine differenzierte Betrachtungsweise geboten. Ändern sich beispielsweise das Anzeigeverhalten oder die Verfolgungsintensität der Polizei, „kann sich die Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld verschieben, ohne dass eine Änderung des Umfangs der tatsächlichen Kriminalität damit verbunden sein muss“ (BMI 2008: 3).³³ Das bedeutet, dass unterschiedlichem Anzeigeverhalten eine mitunter große Bedeutung zukommen kann. So hat sich gezeigt, dass Ausländer generell schneller unter Tatverdacht geraten, da die Anzeigebereitschaft ihnen gegenüber größer ist als gegenüber Menschen ohne erkennbaren Migrationshintergrund (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010: 422f.). Im Interesse der Vergleichbarkeit müssen ausländer-spezifische Straftaten gesondert ausgewertet werden (z. B. Verstöße gegen das Aufenthalts- oder Asylverfahrensgesetz); ebenso die Straftaten ausländischer Staatsbürger, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten (z. B. Durchreisende und Touristen).

Hinsichtlich der Deskription und Diagnose von Kriminalität im integrationspolitischen Kontext besteht erheblicher Forschungsbedarf. Es bedarf differenzierterer Datenerhebungen und einer Berücksichtigung der unterschiedlichen Sozialstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.

Auf die Ausweisung rassistischer und fremdenfeindlicher Delikte wurde in diesem Themenfeld verzichtet, weil die Arbeiten der länderoffenen Arbeitsgruppe gezeigt haben, dass die Datenlage hier nicht eindeutig ist (Länderoffene Arbeitsgruppe 2010: 46f.).

³² Die am häufigsten verübten Straftaten sind Diebstahlsdelikte, weswegen der Berliner Integrationsmonitor diese separat ausweist.

³³ Zum jahrelangen, bis 2007 anhaltenden Anstieg der registrierten Gewaltkriminalität schreibt das Bundeskriminalamt über die Ursachen: „zum einen [wurde dieser] auf ein insgesamt gestiegenes Gewaltpotenzial in Teilen der Gesellschaft und zum anderen auf ein durch polizeiliche Sensibilisierung erhöhtes Anzeigeverhalten der Bevölkerung sowie eine Intensivierung der polizeilichen Ermittlungstätigkeit zurückgeführt“ (BMI 2008: 8).

C36 Tatverdächtige (LAG G 25)

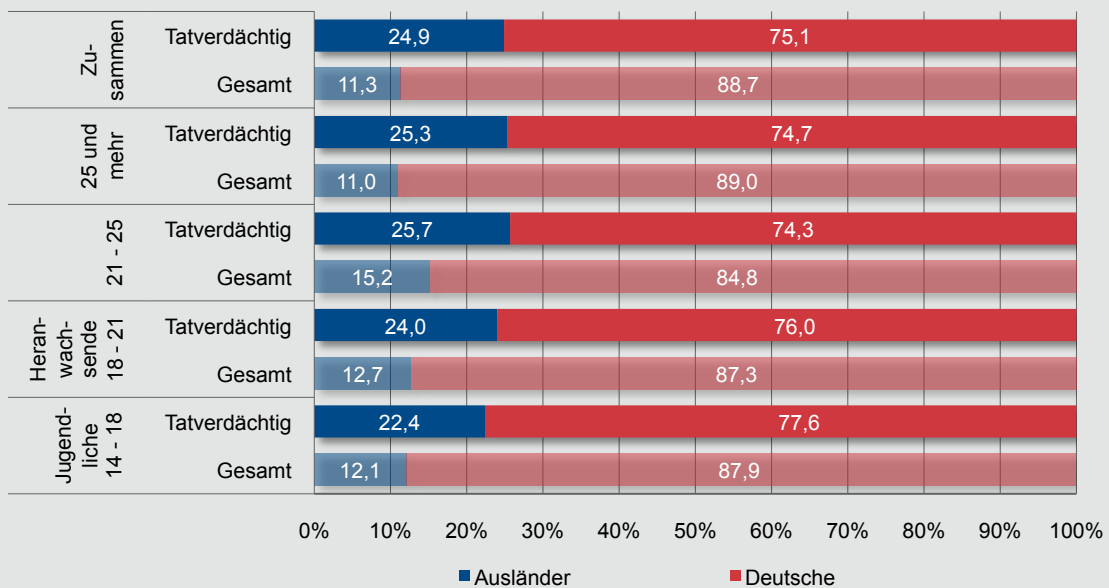
Definition

Anteil Tatverdächtiger an allen Tatverdächtigen nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Datenquelle

Polizeiliche Kriminalstatistik

Anteil tatverdächtiger Personen nach Staatsangehörigkeit und Altersklassen im Vergleich zur Verteilung in der Gesamtgesellschaft, 2008



Erläuterung

Die für diesen Indikator gewählte Datengrundlage, die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Hessischen Landeskriminalamtes, ist eine Statistik der polizeilichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung. Das heißt, dass die PKS Tatverdächtige ausweist, die durch Strafanzeigen und eigene Kontrolltätigkeit bekannt geworden sind.

Der Indikator differenziert zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Herausgerechnet sind ausländer-spezifische Straftaten und Straftaten von Ausländern, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten.

Bei der Interpretation dieser Daten müssen verschiedene Faktoren berücksichtigt werden, da die Bevölkerungsgruppen der Deutschen und der Ausländer aus demographischen und strukturellen Gründen nur schwer vergleichbar sind. Für die Gruppe junger Menschen gehen Kriminologen davon aus, dass höhere Kriminalitätsquoten nivelliert werden, sobald das „Sozialprofil“ der Tatverdächtigen – zum Beispiel Faktoren wie Bildungsstand oder Einkommen – in die Betrachtung einbezogen wird (Dähne 2008; BMI/BMJ 2006).

Weiterführende Literatur

Baier et al. (2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a); Bundesministerium des Innern (2008); Dähne (2008); Dittmann (2009); Haug et al. (2008); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ ***Tabelle C36 im Anhang***

C37

Verurteilte (LAG G 26)

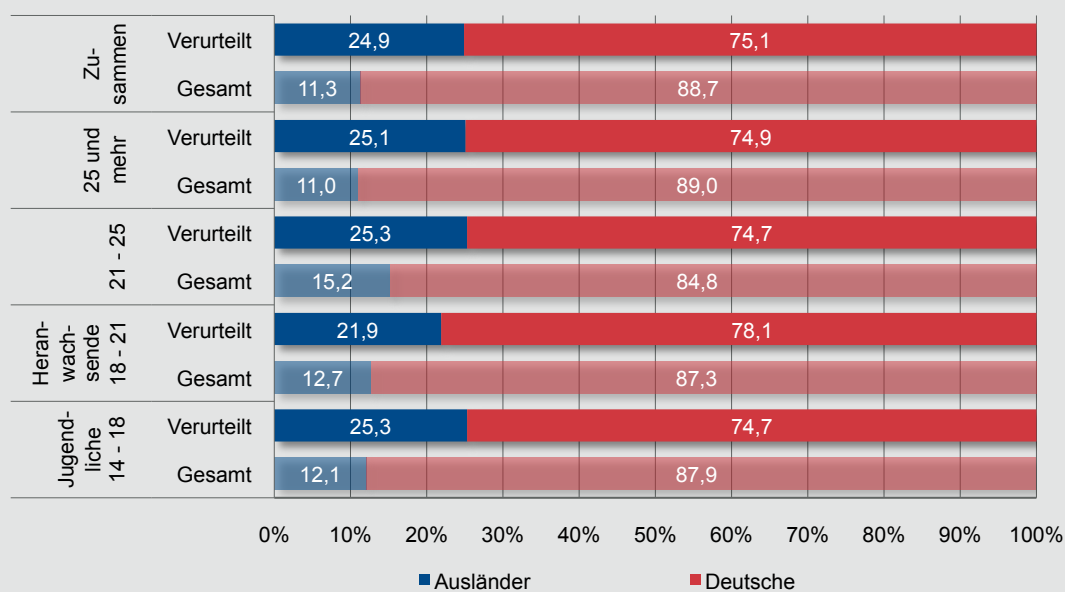
Definition

Anteil verurteilter Personen an allen Verurteilten nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Datenquelle

Strafverfolgungsstatistik

Anteil verurteilter Personen nach Staatsangehörigkeit und Altersklassen im Vergleich zur Verteilung in der Gesamtgesellschaft, 2008

**Erläuterung**

Auch bei diesem Indikator ist darauf hinzuweisen, dass er vor dem Hintergrund der soziostrukturellen Besonderheiten interpretiert werden sollte. Wie bereits erwähnt, gehen Kriminologen für die Gruppe junger Leute davon aus, dass höhere Kriminalitätsquoten nicht mehr feststellbar sind, sobald das „Sozialprofil“ der Täter in die Betrachtung einbezogen wird (Dähne 2008; BMI/BMJ 2006).

Weiterführende Literatur

Baier et al. (2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009a); Bundesministerium des Innern (2008); Dähne (2008); Dittmann (2009); Haug et al. (2008); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ **Tabelle C37 im Anhang**

3.5 Kulturelle Dimension – Akkulturation

Unter Akkulturation von Zugewanderten lässt sich ihr Hineinwachsen in die Aufnahmegesellschaft in Folge von „Kulturkontakten“ (Heckmann 1992: 162) verstehen. Hierzu gehören der Erwerb der Landessprache, die Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der Aufnahmegesellschaft, die Nutzung der Medien (dazu z. B. Geißler 2010) sowie die Kenntnis der Wertvorstellungen und Rollenmodelle.

Die kulturelle Dimension der Integration umfasst also eine Vielfalt von Aspekten, die sehr aussagekräftig für den Stand der Integration sind. Doch auch hier besteht ein Mangel an entsprechenden quantitativen Daten, der die Auswahl der Indikatoren beschränkt.

3.5.1 Sprachkompetenz

Einem frühen sowie einem nachholenden Spracherwerb kommt bei Zugewanderten und ihren Kindern eine besondere Bedeutung für die Integration zu. Das Erlernen der deutschen Sprache und der sichere Umgang mit ihr ist der Schlüssel zu den Institutionen der Aufnahmegesellschaft (insbesondere Bildungssystem und Arbeitsmarkt) sowie eine der wichtigsten Voraussetzungen für den schulischen und beruflichen Erfolg und damit für die gesellschaftliche Integration (Schroeder 2007; Bundesregierung 2008: 15; Esser 2008; Institut der deutschen Wirtschaft 2010). Daher ist Sprache eines der grundsätzlichen Handlungsfelder integrationspolitischer Bemühungen. Während Daten zur vorrangigen Familiensprache bereits oben im Bereich der frühkindlichen Bildung präsentiert wurden (Indikator B3), wird hier die Kenntnis der deutschen Sprache unter erwachsenen Personen mit Migrationshintergrund beleuchtet.

D38 Kenntnis der deutschen Sprache

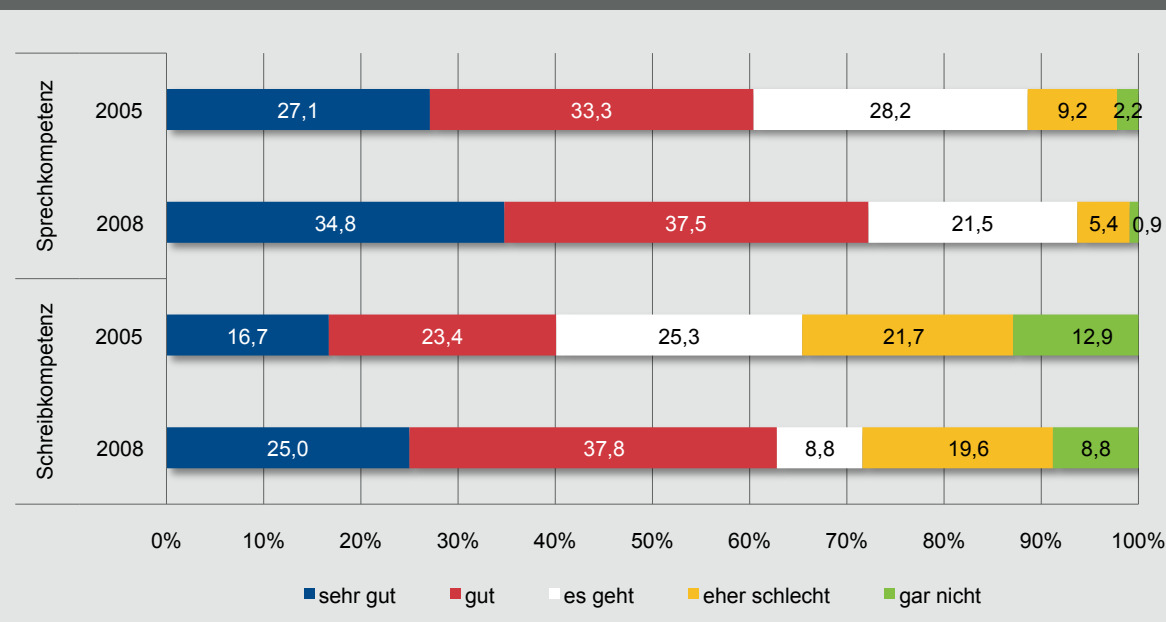
Definition

Deutschkenntnisse von Personen mit Migrationshintergrund nach eigener Sprachstandseinschätzung

Datenquelle

SOEP

Subjektive Sprachstandseinschätzung „Deutsch“ von Personen mit MH, deren Muttersprache nicht Deutsch ist



Erläuterung

Dieser Indikator unterscheidet zwischen Kompetenzen im Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache bei Personen mit Migrationshintergrund.

Während 72,3% bzw. 62,8% der Befragten 2008 angaben, ihr gesprochenes bzw. geschriebenes Deutsch sei „sehr gut“ oder „gut“, waren es 2005 nur 60,4% bzw. 40,1%. Im selben Zeitraum ist der Anteil derjenigen, die Deutsch in Wort oder Schrift überhaupt nicht beherrschen, von 2,2% auf 0,9% bzw. von 12,9% auf 8,8% gefallen.

Hier sind also möglicherweise Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings muss eine Selbsteinschätzung hinsichtlich der Sprachkenntnisse als ungenau angesehen werden. Da die derzeitige Datenlage jedoch keine objektive Beurteilung des Sprachstands von Zugewanderten ermöglicht, kann dieser Indikator als unscharfe Näherung an das tatsächliche Sprachvermögen verstanden werden. Zudem zeigen sich in den Zahlen die selbst wahrgenommenen sprachlichen Defizite innerhalb des Personenkreises mit Migrationshintergrund – unabhängig von dem tatsächlich gegebenen Sprachförderbedarf.

Weiterführende Literatur

Deeke (2007); Esser (2006); Haug (2008); Scheuer (2008)

→ **Tabelle D38 im Anhang**

D39 Gebrauch der deutschen Sprache

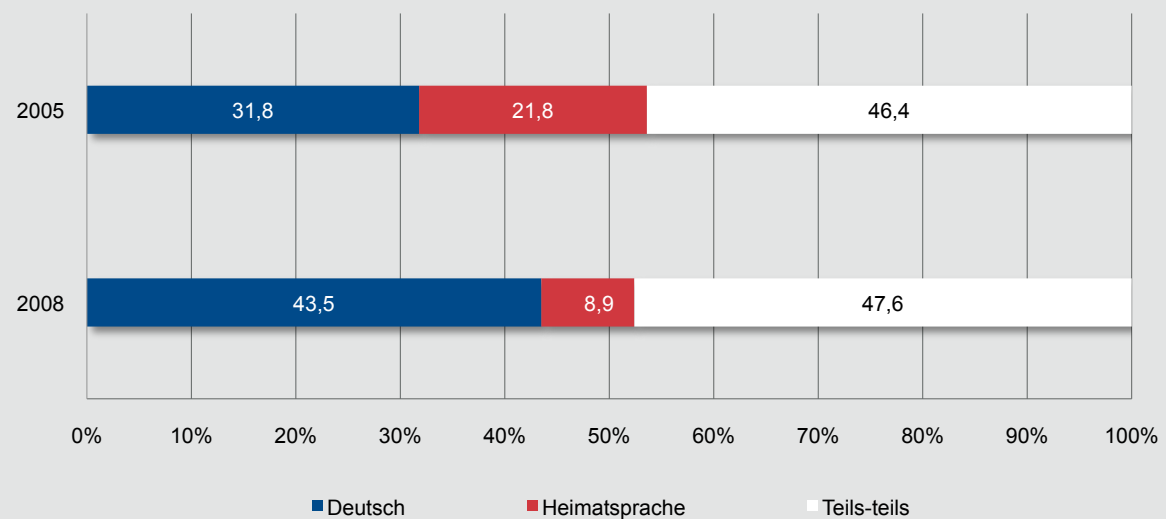
Definition

Überwiegender Gebrauch der Heimatsprache oder des Deutschen in Deutschland

Datenquelle

SOEP

Sprachgebrauch von Menschen mit Migrationshintergrund



Erläuterung

Hier wurden nur die Personen mit Migrationshintergrund, die Deutsch nicht als Muttersprache angegeben haben, dazu befragt, welche Sprache sie in Deutschland vorwiegend sprechen.

Es ist festzustellen, dass sich der überwiegende Gebrauch der deutschen Sprache von 2005 (31,8%) bis 2008 (43,5%) deutlich erhöht sowie der Gebrauch der Heimatsprache (21,8% resp. 8,9%) entsprechend reduziert hat.

Weiterführende Literatur

Esser (2006); Haug (2008); Scheuer (2008)

→ **Tabelle D39 im Anhang**

3.5.2 Religion

Die wachsende gesellschaftliche Vielfalt der hessischen Gesellschaft zeigt sich auch in der Zunahme der Anzahl der Personen, die nicht der evangelischen oder katholischen Kirche angehören, sowie in den sich diversifizierenden Glaubenspraktiken der Menschen.

Eine durch Kennzahlen erhellte Darstellung der Vielfalt in diesem Bereich wäre wünschenswert, ist aber aufgrund der Datenlage derzeit nicht möglich. Zwar erfassen die großen christlichen Kirchen durch die Landeskirchenämter und die bischöflichen Ordinariate ihre Mitglieder; demnach gehören 66% der Hessen einer der christlichen Kirchen an (40,8% der evangelischen, 25,2% der katholischen Kirche; Hessisches Statistisches Landesamt 2007). Doch wird die Anzahl der Muslime nicht wie die der christlichen Kirchengehörigen erfasst, da die muslimischen Gemeinden nicht über institutionalisierte Strukturen verfügen, die mit denen der christlichen Kirchen vergleichbar wären. Zahlen zu Muslimen beruhen deshalb auf Schätzungen; der Anteil der Muslime mit Migrationshintergrund wird vom BAMF (2009b: 80) bundesweit auf 3,8 bis 4,3 Millionen Personen geschätzt. Von diesen leben etwa 10,3% in Hessen (BAMF 2009b: 107), so dass hier der Anteil der Muslime an der Bevölkerung gut 6% betragen dürfte.

D40 Religionszugehörigkeit

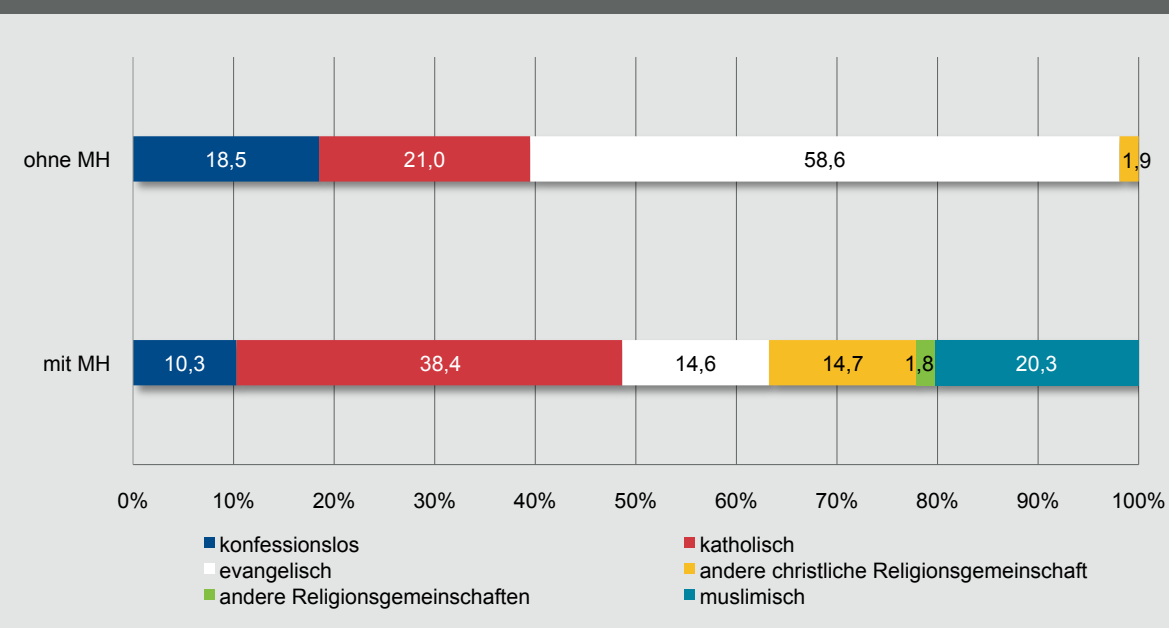
Definition

Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nach Migrationshintergrund

Datenquelle

SOEP

Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft 2007



Erläuterung

Unter Hessen ohne Migrationshintergrund ist der überwiegende Anteil evangelisch (58,6%), katholisch sind 21,0% und 1,9% gehören einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft an. Fast jeder Fünfte (18,5%) ist konfessionslos.

Dagegen ist der überwiegende Teil der Personen mit Migrationshintergrund katholisch (38,4%). Jeder Fünfte innerhalb dieser Personengruppe zählt zur muslimischen Glaubensgemeinschaft (20,3%). Der Anteil der Konfessionslosen liegt bei 10,3%.

Differenzen zu den Angaben der christlichen Kirchen (s. unter 3.5.2) – im SOEP geben über 74% der Befragten an, Christen zu sein – resultieren daraus, dass das SOEP auf einer Stichprobe basiert und Personen unter 17 Jahren nicht erfasst. Darüber hinaus werden in den Statistiken der Landeskirchenämter und bischöflichen Ordinariate keine freikirchlichen Christen erfasst. Daten liegen nur für 2007 vor.

Weiterführende Literatur

BAMF (2007, 2009b); Bertelsmann Stiftung (2008b, 2009a); Halm (2008); Şen/Sauer (2006)

→ **Tabelle D40 im Anhang**

D41 Glaubenspraxis

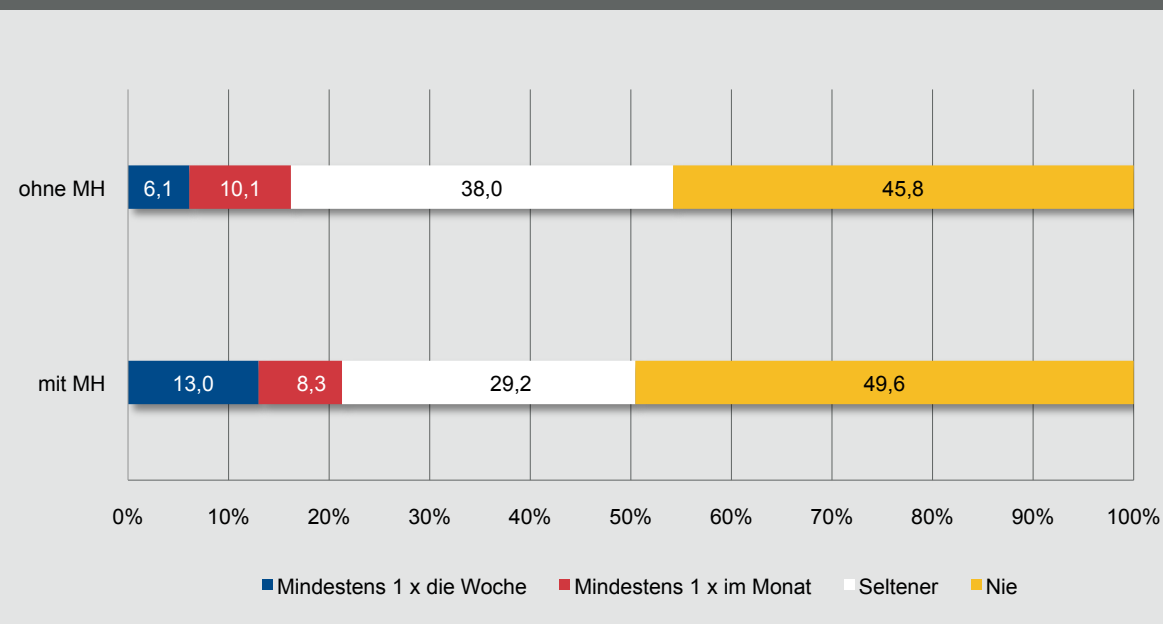
Definition

Häufigkeit des Besuchs einer Kirche bzw. religiöser Veranstaltungen nach Migrationshintergrund

Datenquelle

SOEP

Besuch religiöser Veranstaltungen und Kirchgang 2008



Erläuterung

Unter Glaubenspraxis wird hier die Häufigkeit des Besuchs der Kirche bzw. religiöser Veranstaltungen verstanden. Der überwiegende Anteil der Personen mit und ohne Migrationshintergrund gibt seltene oder keine Glaubenspraxis an: Im Jahre 2008 besuchten 78,8% der Personen mit und 83,8% der Personen ohne Migrationshintergrund selten oder nie eine Kirche bzw. religiöse Veranstaltung.

Zusammenfassend ist unter Menschen mit Migrationshintergrund eine etwas stärkere Polarisierung zu konstatieren: Etwas mehr als jeder Fünfte unter ihnen besucht zumindest häufiger eine religiöse Veranstaltung. Jeder Zweite tut dies jedoch überhaupt nicht.

Die Zahlen waren im Berichtszeitraum in beiden Gruppen leicht rückläufig. Gegenüber 2005 gibt es bei den Personen mit Migrationshintergrund einen etwas stärkeren Rückgang der Häufigkeit von Besuchen religiöser Veranstaltungen zu verzeichnen, als bei Personen ohne Migrationshintergrund (vgl. hierzu Tabelle D41 im Anhang).

Weiterführende Literatur

BAMF (2007; 2009b); Bertelsmann-Stiftung (2008b); Halm (2008); Şen/Sauer (2006)

→ **Tabelle D41 im Anhang**

3.5.3 Einstellungen und Meinungen

Einstellungen sind subjektive Haltungen beispielsweise gegenüber Personen oder gesellschaftlichen Zuständen, die in der Regel auf Erfahrungen beruhen und in Befragungen anhand von Einstellungsskalen, die von Ablehnung bis Zustimmung reichen, ermittelt werden können.

Auch in Bezug auf das Einstellungs- und Meinungsspektrum von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund können Erkenntnisse für den Integrationsprozess gewonnen werden. Einerseits lässt sich damit das Bestehen bzw. die Reichweite von Vorurteilen prüfen. Andererseits können durch den Vergleich von Einstellungen Gemeinsamkeiten, aber auch gesellschaftliche Disparitäten deutlich werden.

Bei der Einstellungsmessung und der Erforschung von Meinungen ist jedoch zu beachten, dass die Befragten ein Antwortverhalten wählen können, von dem sie glauben, dass es eher Zustimmung bei den Fragenden hervorruft als die ehrlichen Antworten (Problem der sozialen Erwünschtheit). Daher können die Ergebnisse in Meinungsumfragen verzerrt sein.

Bei der zeitlichen Dimension muss angemerkt werden, dass mit den Befragungen des hier zugrundeliegenden Sozioökonomischen Panels (SOEP) sehr frühzeitig im jeweiligen Jahr begonnen wird (bis 2004 am 1. Januar, seit 2005 am 1. Februar). Gravierende gesellschaftliche Veränderungen, zum Beispiel die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, wirken sich somit erst zeitverzögert auf das Antwortverhalten, zumeist auf die Befragung des darauffolgenden Jahres, aus.

D42a Einstellungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung

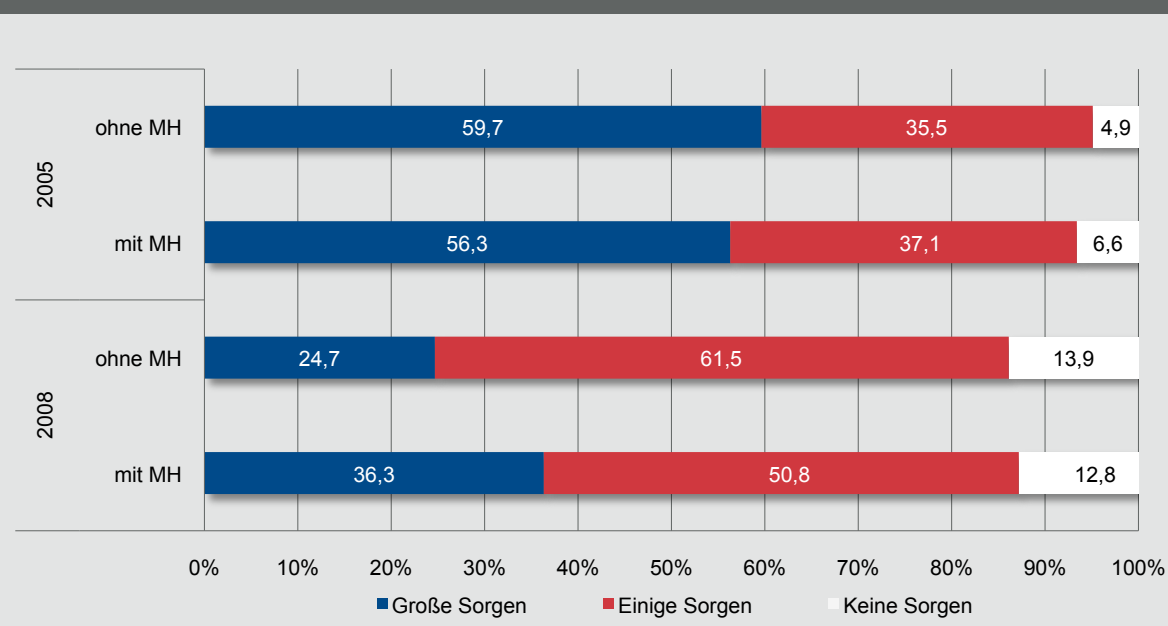
Definition

Einstellung zu bestimmten Themen (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)

Datenquelle

SOEP

Sorgen um allgemeine wirtschaftliche Entwicklung



Erläuterung

Die Angaben zu Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung unterschieden sich 2005 zwischen den Personen mit und ohne Migrationshintergrund jeweils nur geringfügig. Die Werte haben sich zudem in beiden Gruppen ähnlich entwickelt – der Anteil derjenigen, die angab, sich große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu machen, ist gesunken. Allerdings ist festzuhalten, dass 2008 der Unterschied diesbezüglich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund deutlich gewachsen ist.

So machten sich 2008 36,3% der Personen mit Migrationshintergrund (2005: 56,3%) große Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung gegenüber 24,7% der Personen ohne Migrationshintergrund (2005: 59,7%). Die Werte sind gegenüber 2005 deutlich gefallen. Analog dazu ist in diesem Zeitraum die Anzahl derjenigen gestiegen, die sich einige Sorgen machen: 61,5% der Personen ohne bzw. 50,8% der Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2008 gegenüber 35,5% der Personen ohne bzw. 37,1% der Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2005.

Der Anteil derjenigen, die angaben, sich keine Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu machen, hat sich von 2005 bis 2008 in beiden Gruppen verdoppelt: 2005 lag er bei 6,6% bei Menschen mit und bei 4,9% bei Menschen ohne Migrationshintergrund. 2008 lagen die Werte bei 12,8% bzw. 13,9%.

Das mag angesichts der 2008 offen zu Tage tretenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ein überraschender Befund sein. Zu bedenken ist jedoch, dass der Zeitraum bis 2008 in der Öffentlichkeit als eine Periode des Wachstums und optimistischer Wirtschaftsprognosen wahrgenommen wurde.

→ ***Tabelle D42a im Anhang***

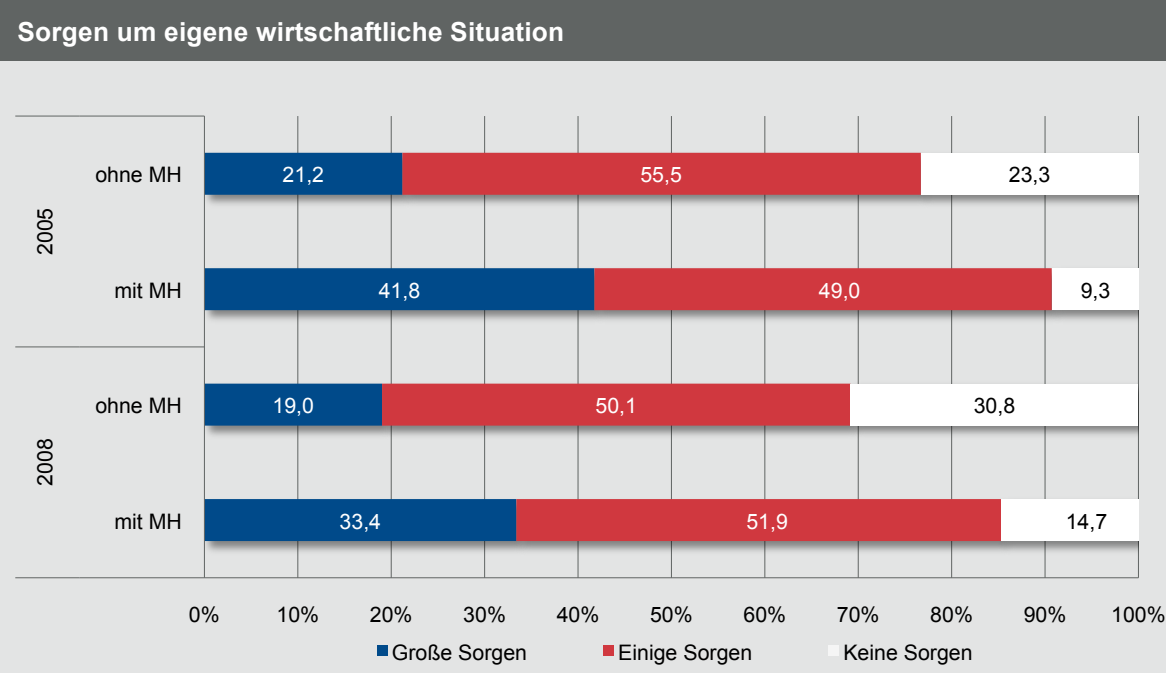
D42b Einstellungen zur eigenen wirtschaftlichen Situation

Definition

Einstellung zu bestimmten Themen (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)

Datenquelle

SOEP



Erläuterung

Bei den Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation sind größere Unterschiede zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund festzustellen. So machten sich 2008 33,4% (2005: 41,8%) der Personen mit Migrationshintergrund große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, gegenüber 19,0% (2005: 21,2%) der Personen ohne Migrationshintergrund.

Dennoch ist ein positiver Trend sichtbar. Die Zahlen sind in beiden Gruppen – und hier insbesondere bei den Personen mit Migrationshintergrund – gegenüber 2005 deutlich gefallen. Analog dazu verlief die Entwicklung der Anteile der Befragten, die sich keine Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machten: In beiden Erfassungsjahren gaben dies deutlich mehr Menschen ohne als mit Migrationshintergrund an; dennoch sind Anteile, derer die sich keine Sorgen machen in beiden Gruppen gestiegen: 30,8% (2005: 23,3%) gegenüber 14,7% (2005: 9,3%).

→ **Tabelle D42b im Anhang**

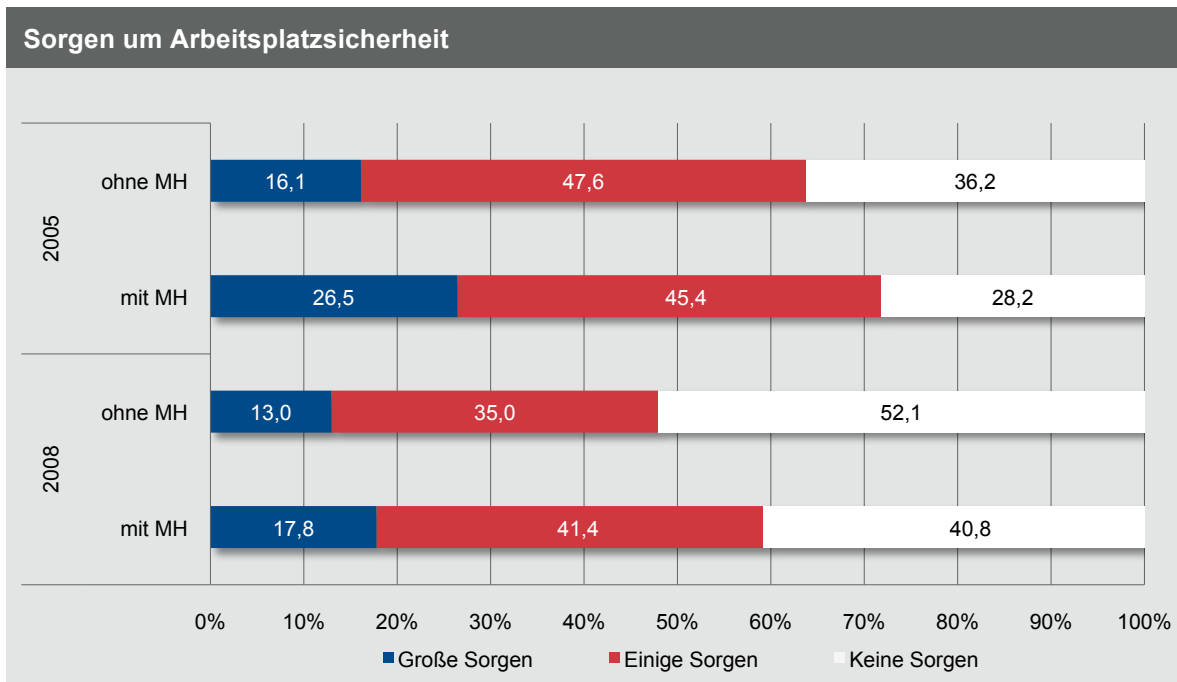
D42c Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit

Definition

Einstellung zu bestimmten Themen (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)

Datenquelle

SOEP



Erläuterung

Im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherheit zeigen sich einige Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Bei diesem Thema machen sich Personen mit Migrationshintergrund tendenziell mehr und größere Sorgen.

So hatten 2008 52,1% der Personen ohne gegenüber 40,8% der Personen mit Migrationshintergrund keine Sorge um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. 13,0% der Personen ohne und 17,8% der Personen mit Migrationshintergrund machten sich hingegen große Sorgen.

Im Vergleich zu 2005 haben die Sorgen bei der Befragung 2008 insgesamt abgenommen, und zwar in beiden Gruppen jeweils in etwa ähnlichem Ausmaß. Hier spiegelt sich die Entwicklung der Indikatoren zu Arbeit und Einkommen wider (s. Abschnitte 3.3.2 und 3.3.3).

→ **Tabelle D42c im Anhang**

D42d Sorgen um den Umweltschutz

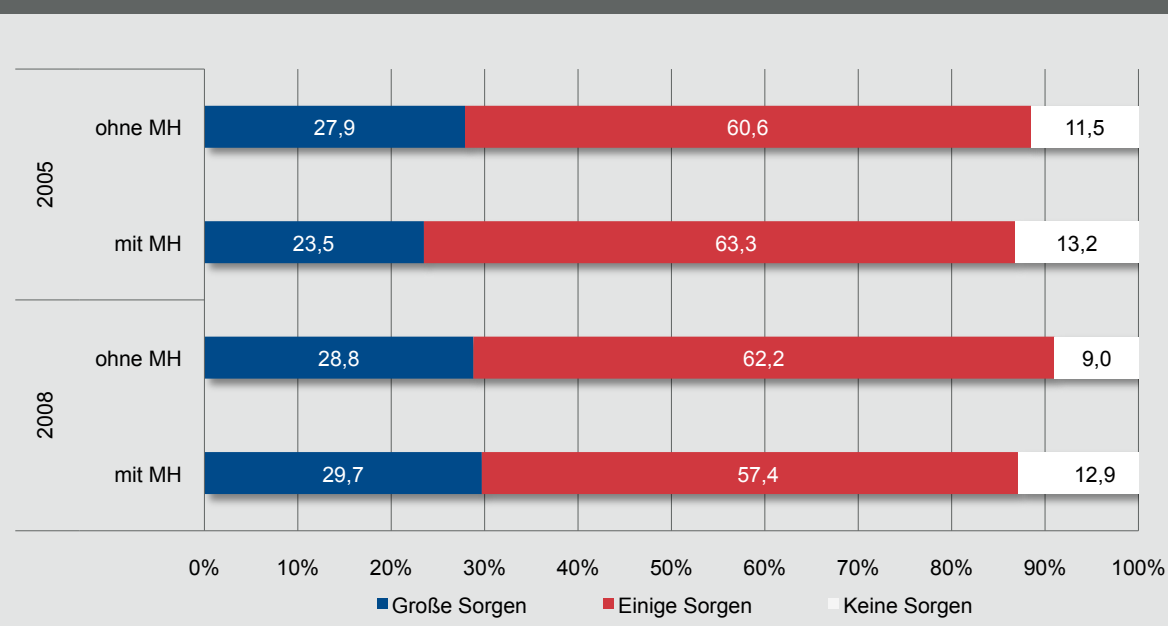
Definition

Einstellung zu bestimmten Themen (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)

Datenquelle

SOEP

Sorgen um den Umweltschutz



Erläuterung

Gemeinsamkeiten lassen sich im Hinblick auf die Sorgen um den Umweltschutz feststellen. Die Anteile hinsichtlich der Meinungen sind bei den Personen mit und ohne Migrationshintergrund ähnlich. 28,8% der Personen ohne Migrationshintergrund machten sich 2008 große Sorgen, 62,2% einige Sorgen, während die entsprechenden Anteile unter den Personen mit Migrationshintergrund 29,7% und 57,4% betragen.

Die geäußerten Sorgen zu diesem Thema sind im Berichtszeitraum in beiden Gruppen leicht gestiegen.

→ **Tabelle D42d im Anhang**

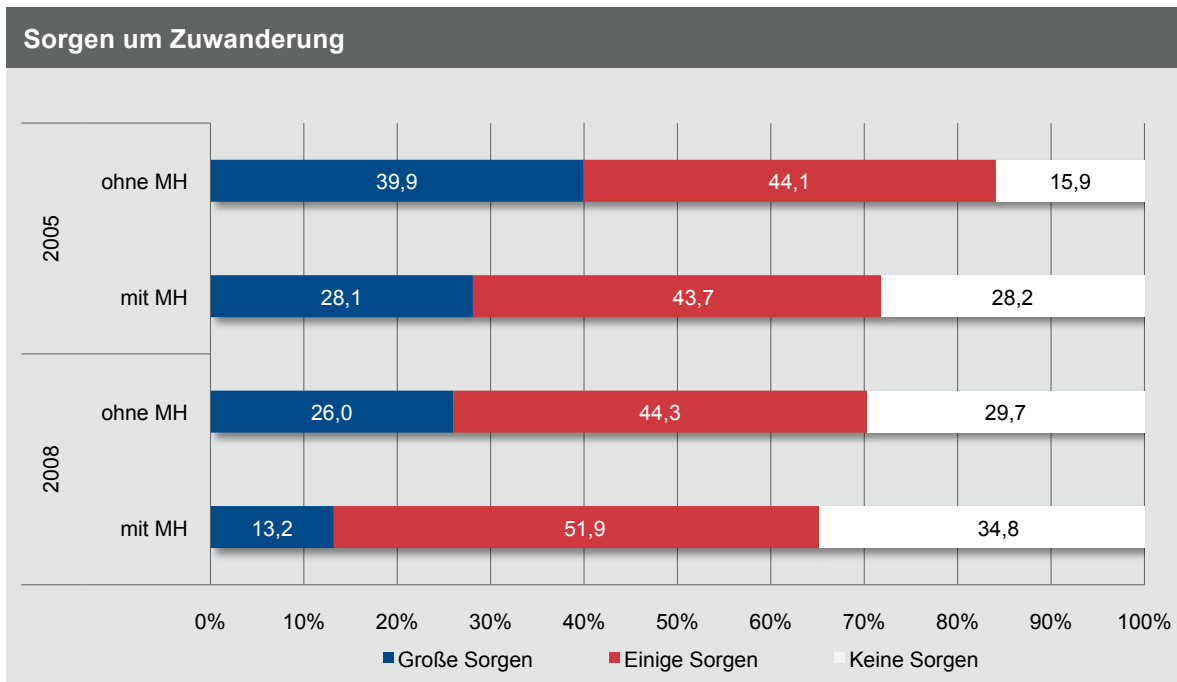
D42e Sorgen um Zuwanderung

Definition

Einstellung zu bestimmten Themen (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)

Datenquelle

SOEP



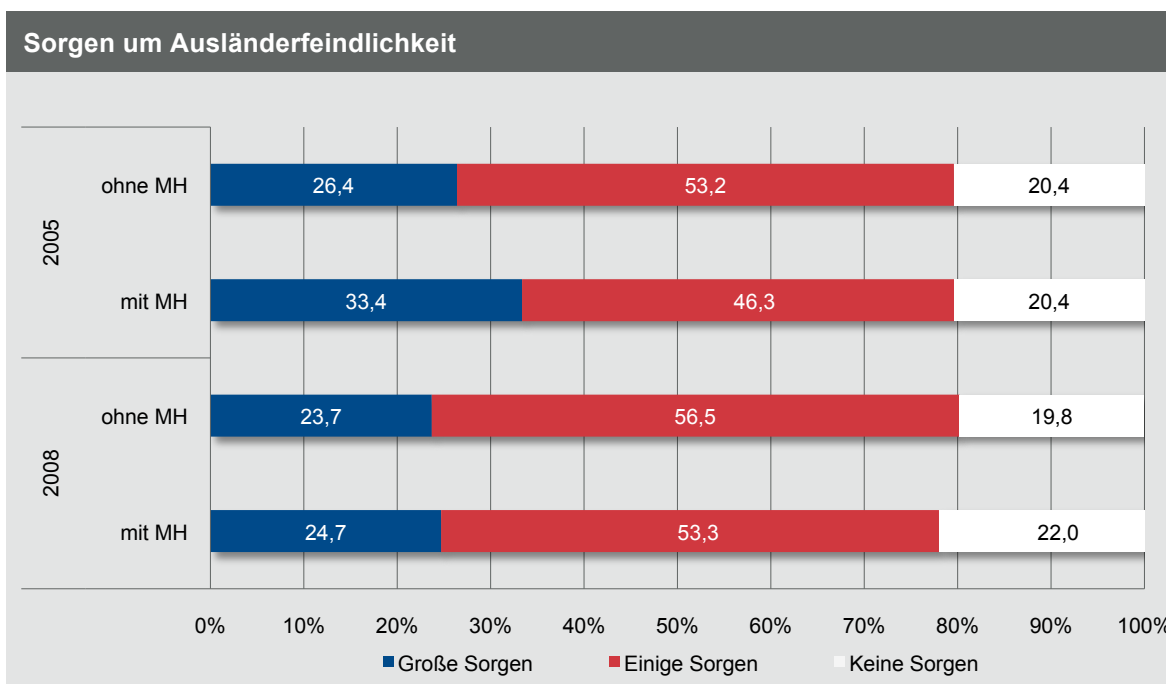
Erläuterung

Über Zuwanderung äußern sich sowohl Personen ohne als auch mit Migrationshintergrund mehrheitlich besorgt: Während sich 2008 70,3% der Befragten ohne Migrationshintergrund große oder einige Sorgen über die Zuwanderung machten, waren es unter den Befragten mit Migrationshintergrund 65,1%. Im Vergleich zu 2005 haben die Sorgen allerdings in beiden Bevölkerungsgruppen stark abgenommen: 2005 zeigten sich 15,9% der Personen ohne und 28,2% der Personen mit Migrationshintergrund unbesorgt über Zuwanderung, 2008 waren es bereits 29,7% resp. 34,8%.

→ **Tabelle D42e im Anhang**

D42f Sorgen um Ausländerfeindlichkeit

Definition Einstellung zu bestimmten Themen (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)	Datenquelle SOEP
---	----------------------------



Erläuterung

Bei der Sorge um Ausländerfeindlichkeit unterscheiden sich die Angaben der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund 2008 wenig. Der größte Teil der Befragten macht sich große und einige Sorgen (78,0% mit MH und 80,2% ohne MH). In der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund waren es 2008 19,8%, in der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund 22,0%, die sich keine Sorgen um Ausländerfeindlichkeit machten.

Im Vergleich zum Referenzjahr 2005 bedeutet dies einen geringen Rückgang der Sorgen um Ausländerfeindlichkeit. Am auffälligsten ist der Rückgang der großen Sorgen der Menschen mit Migrationshintergrund, von 33,4% im Jahr 2005 auf 24,7% im Jahr 2008.

→ **Tabelle D42f im Anhang**

Weiterführende Literatur zu Einstellungen und Meinungen

Amelina (2008); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Esser (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

3.6 Identifikatorische Dimension

Die identifikatorische Dimension beschreibt die emotionale Bindung an Aufnahmeland und -gesellschaft und kann als wesentlicher Bestandteil gelungener Integration angesehen werden.

Sie ist sehr vielschichtig, beinhaltet aber im Wesentlichen zwei Komponenten: Zum einen die persönliche bzw. individuelle Komponente, zu der ein Gefühl der Zugehörigkeit sowie der Wille gehören, Teil der Aufnahmegesellschaft zu sein bzw. zu werden. Zum anderen die gesellschaftliche Komponente, die sich (im negativen Sinne) insbesondere in Benachteiligung und Diskriminierung konkretisiert.³⁴

In Gegenüberstellung ist die Akzeptanz der Zugewanderten durch die Aufnahmegesellschaft wichtig. Auch der gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt durch ein verbindendes Element sollte hier Berücksichtigung finden. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Dimension sind Indikatoren schwierig abzuleiten, gleichzeitig lassen sich Daten nicht leicht erheben.

3.6.1 Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland

Ein wesentliches Kriterium für die identifikatorische Dimension der Integration kann das Maß der emotionalen Bindung an die Bundesrepublik Deutschland unter Zuwanderern sein, auch wenn lokale Identitätsmuster eine zunehmende Bedeutung gewinnen (Klinker 2010). Mit den Daten des SOEP lässt sich eine emotionale Bindung nur über die Identifikation von Ausländern mit Deutschland abbilden.

³⁴ Zur Identifikation von Türken mit der Gesellschaft im jeweiligen Aufnahmeland (Deutschland, Frankreich, Niederlande) in Folge der verschiedenen integrationspolitischen Ansätze vgl. Ersanilli/Koopmans (2009).

E43

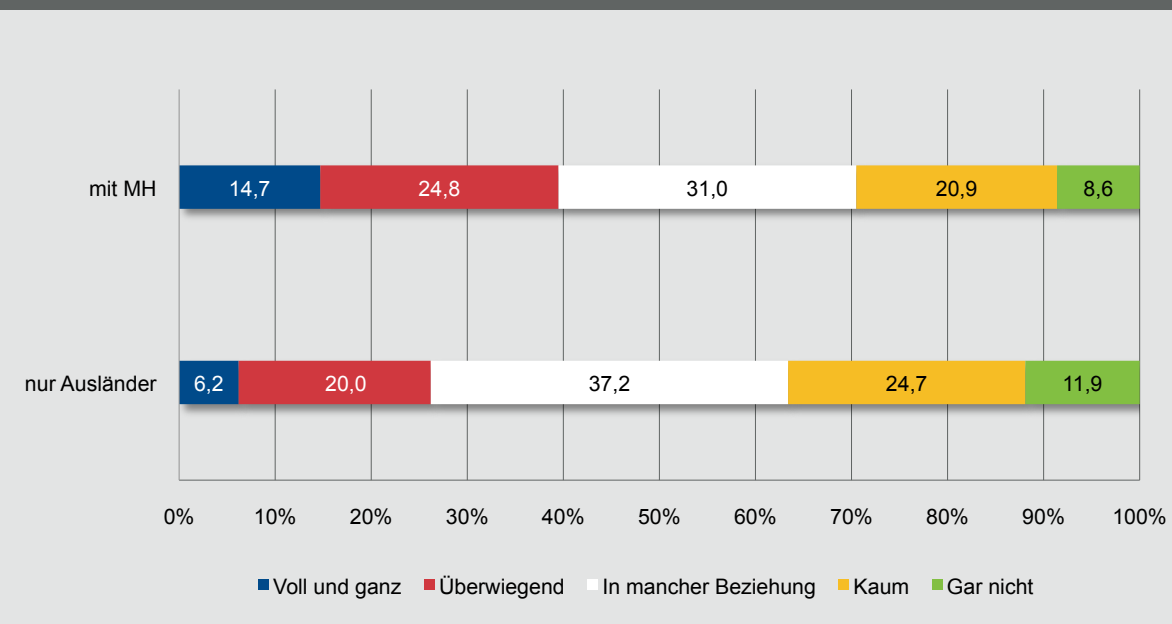
Zugehörigkeitsgefühl von Ausländern zur deutschen Gesellschaft

Definition

Subjektive Einschätzung von Personen mit Migrationshintergrund und von Ausländern, sich als Deutsche zu fühlen

Datenquelle

SOEP

Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft 2003 nach Migrationshintergrund (MH)**Erläuterung**

Auch das Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft ist in der identifikatorischen Dimension der Integration zentral. Sich als Deutscher zu fühlen (oder auch als Hesse oder Zugehörigkeit bezogen auf die regionale oder kommunale Ebene zu empfinden) ist dabei eine wesentliche individuelle Komponente und kann essentieller Bestandteil der Motivation sein, auch de jure Teil der Gesellschaft i.S. der Einbürgerung werden zu wollen – und damit allen bürgerschaftlichen Rechten und Pflichten gleichermaßen zu unterstehen, wie es die Aufnahmegesellschaft tut.

Im Jahr 2003 antworteten 36,6% der in Deutschland lebenden Ausländer auf die Frage „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche(r)?“, sich gar nicht oder kaum als Deutsche zu fühlen. 26,2% der Ausländer gaben an, sich überwiegend oder voll und ganz als Deutsche zu fühlen. Wählt man als Bezugsgröße die der Menschen mit Migrationshintergrund, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, so gaben im selben Jahr 29,5% an, sich kaum oder gar nicht als Deutsche zu fühlen. 39,5% gaben an, sich voll und ganz oder überwiegend als Deutsche zu fühlen.

Weiterführende Literatur

Gögercin/Vladisavljević (2008); Klinker (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ ***Tabelle E43 im Anhang***

3.6.2 Benachteiligung

Benachteiligungen und Diskriminierungen haben eine integrationsfeindliche Wirkung. Sie schmälern Identifizierungspotenziale mit der Aufnahmegesellschaft. Das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das unter anderem auch Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft verhindern oder beseitigen soll, unterscheidet zwischen unmittelbarer und mittelbarer Benachteiligung. Erstere liegt im Falle einer „weniger günstigen Behandlung“ vor, letztere, „wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen ... in besonderer Weise benachteiligen können ...“ (§ 3 AGG). Der folgende Indikator misst die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligungen.

E44 Empfinden von Benachteiligung aufgrund der Herkunft

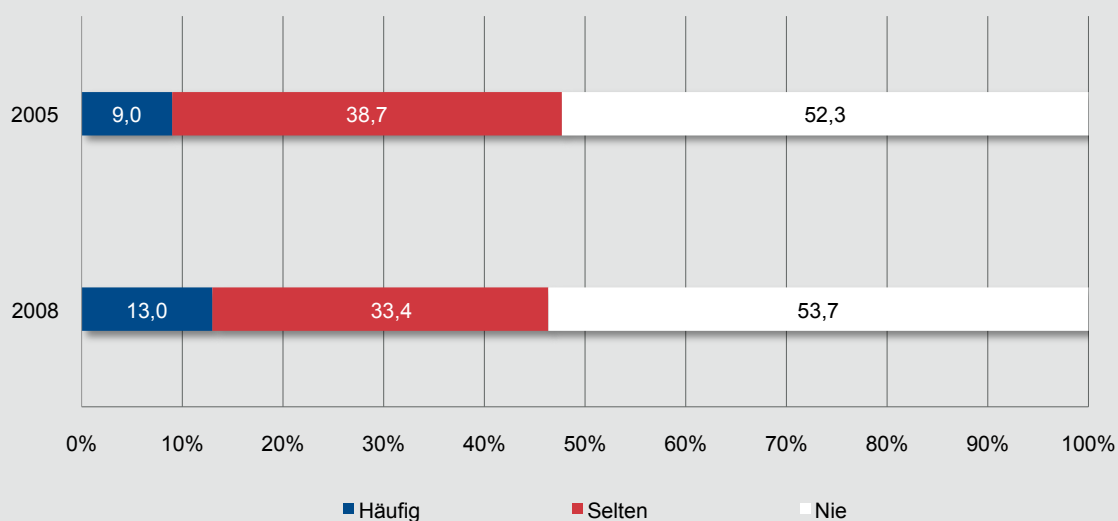
Definition

Subjektives Empfinden von Personen mit Migrationshintergrund, aufgrund der Herkunft in den letzten zwei Jahren benachteiligt worden zu sein

Datenquelle

SOEP

Empfinden von Benachteiligung aufgrund der Herkunft



Erläuterung

Allgemein ist festzustellen, dass der überwiegende Teil der Menschen mit Migrationshintergrund sich in den Referenzjahren 2005 und 2008 selten oder nie benachteiligt gefühlt hat (insgesamt 2008: 87,1%, 2005: 90%). Der Anteil derjenigen, die angaben, sich häufig benachteiligt zu fühlen, ist allerdings zwischen 2005 und 2008 um 4 Prozentpunkte gestiegen (von 9% auf 13%). Bezug nehmend auf den öffentlichen Diskurs um das Thema sowie das Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zwischen den beiden Erfassungsjahren, kann auch die Sensibilisierung für das Thema hier als Einflussfaktor gelten.

Weiterführende Literatur

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e. v. (2008); Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2007, 2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Europäische Kommission Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ **Tabelle E44 im Anhang**

3.7 Integration aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive am Beispiel der Rhein-Main-Region

Die vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration in der Rhein-Main-Region erhobenen Daten³⁵ erlauben ergänzend zu den Ergebnissen des Monitors Aussagen u. a. zu den Fragen, wie wohl sich Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland fühlen, ob Aufnahmegesellschaft (der Sachverständigenrat wählt den Begriff „Mehrheitsgesellschaft“) und Zuwandererpopulation an Integration interessiert wirken, wer die Verantwortung für eine erfolgreiche Integration trägt und welche Erwartungen an Angehörige der Aufnahmegesellschaft bzw. Zuwanderer zu stellen sind.

Die Mehrheit der Befragten fühlt sich – unabhängig von einem möglichen Migrationshintergrund – in Deutschland eher oder sogar sehr wohl (94,5% der Personen ohne und 91,7% der Personen mit Migrationshintergrund). Anders ausgedrückt: Nur 5,5% bzw. 8,4% der Untersuchungsteilnehmer fühlen sich gar nicht bzw. eher nicht wohl in Deutschland (s. dazu auch Indikator E43).

Was das Interesse an Integration anbelangt, so unterscheiden sich die Angaben der beiden Gruppen nur geringfügig: Dass die Aufnahmegesellschaft Zuwanderer integrieren wolle, meinen voll und ganz bzw. eher 66,8% der Befragten ohne und 66,0% der Befragten mit Migrationshintergrund. Der Meinung, Zuwanderer seien voll und ganz bzw. eher an Integration interessiert, sind allerdings nur 43,6% der Personen ohne, aber 58,4% der Personen mit Migrationshintergrund.

In der Frage der Verantwortlichkeit für erfolgreiche Integration herrscht weitgehend Einigkeit: 70,1% der Personen ohne und 73,8% der Personen mit Migrationshintergrund finden, die Aufnahmegesellschaft trage hierfür die Verantwortung. Zugleich geben 87,8% der Personen ohne und 87,4% der Personen mit Migrationshintergrund an, auch die Zuwanderer seien voll und ganz oder zumindest eher verantwortlich für erfolgreiche Integration.

Was die verschiedenen abgefragten Erwartungen an Zuwanderer anbelangt – etwa „sich um Arbeit bemühen“, „guten Abschluss anstreben“, „wenig Sozialleistungen beanspruchen“, „Gesetze in Deutschland beachten“, „gut Deutsch sprechen“, „Interesse an deutscher Kultur und Geschichte zeigen“ – so stimmen sowohl Personen ohne als auch mit Migrationshintergrund jeweils mehrheitlich eher bzw. voll und ganz zu (zwischen 58,4% und 98,3%). Die Zustimmung weicht bei beiden Gruppen jeweils nur um wenige Prozentpunkte voneinander ab. Die Auffassung, dass Zuwanderer ihre „religiöse und kulturelle Lebensweise teilweise aufgeben“ sollten, teilen gar nicht bzw. eher nicht 64,1% der Personen ohne und 69,4% der Personen mit Migrationshintergrund.

³⁵ Die Stichprobengröße für diese Region beträgt 1873 Personen. 1502 der Befragten haben einen Migrationshintergrund. Es handelt sich um eine geschichtete Zufallsstichprobe, in der alle relevanten Zuwanderergruppen vertreten sind. Die Ergebnisse sind in Bezug auf die Gruppengröße sowie die BIK-Gemeindegrößenklasse gewichtet und überwiegend signifikant, teilweise sogar hoch signifikant.

Im Hinblick auf die Erwartungen an Angehörige der Aufnahmegesellschaft (hier „Mehrheitsbevölkerung“) – namentlich „Zuwanderern berufliche Chancen eröffnen“, „Schüler mit Migrationshintergrund fördern“, Zuwanderer durch Sozialleistungen absichern“, „Zuwanderer gleich behandeln“, „Freundschaften mit Zuwanderern schließen“, „religiöse und kulturelle Lebensweise respektieren“ und „Interesse an anderen Kulturen zeigen“ – ist bei Personen ohne und mit Migrationshintergrund mehrheitlich Zustimmung festzustellen. Allerdings unterscheiden sich die Werte zum Teil erheblich (bis zu 30 Prozentpunkte). Dabei stellen Personen ohne Migrationshintergrund an sich selbst höhere Anforderungen als Personen mit Migrationshintergrund.

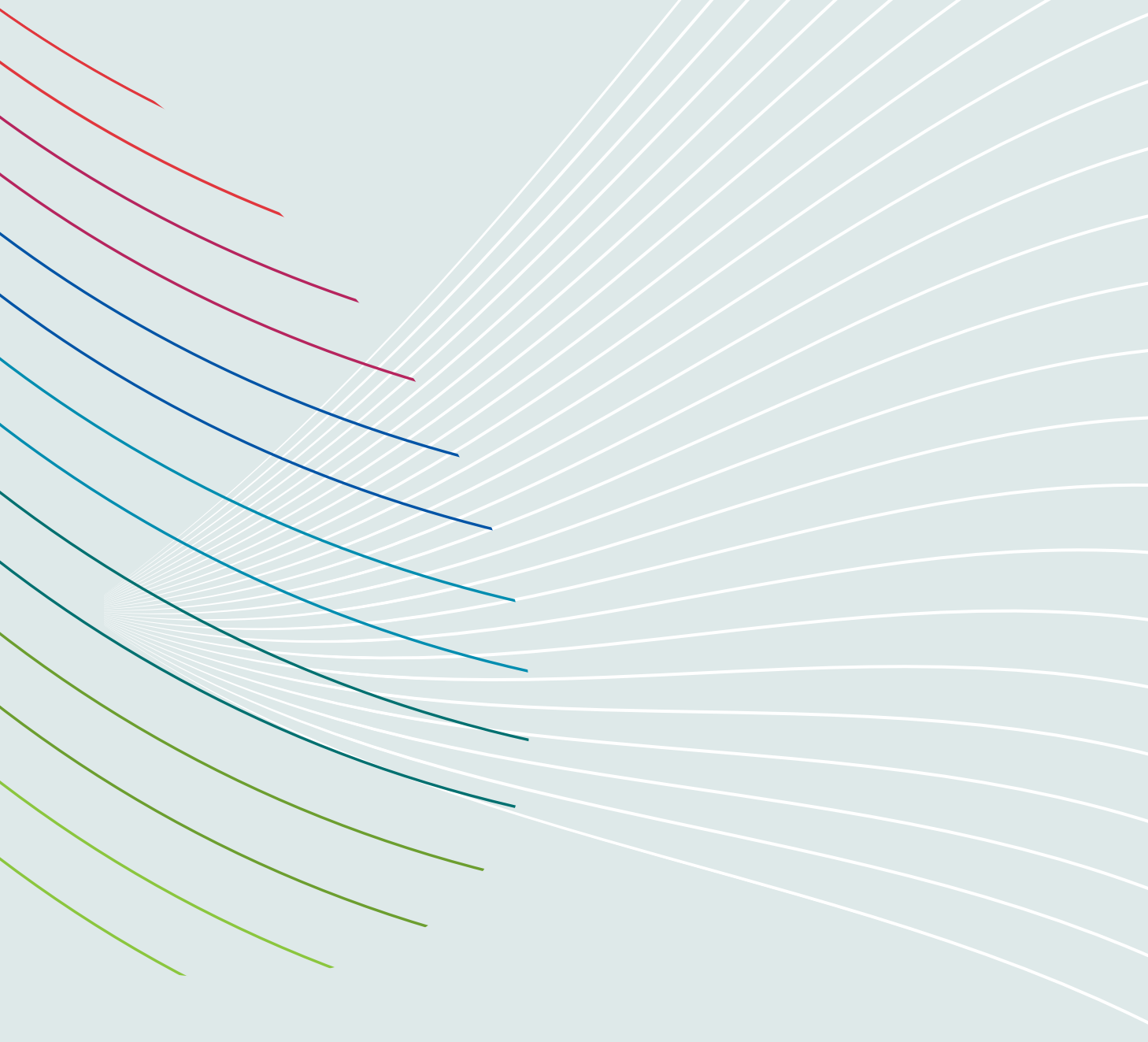
Hinsichtlich einer möglichen Diskriminierung (s. Indikator E44) gibt die Mehrzahl der Befragten (über 80%) in allen abgefragten Bereichen – „Schule/Ausbildung“, „Arbeitssuche/-platz“, „Behörden/Ämter“, „Nachbarschaft“ und „Religionsausübung“ – unabhängig von einem möglichen Migrationshintergrund an, gar keine oder eher wenige Benachteiligungen erfahren zu haben. Der Anteil der Befragten mit Migrationshintergrund, die keine Benachteiligungserfahrungen äußern, schwankt zwischen 63,0% (Behörden/Ämter) und 84,8% (Religionsausübung).

Zusammenfassend zieht das Barometer mehrheitlich positiv Bilanz. Zudem ist ein weitgehend analoges Integrationsverständnis von Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung festzustellen, das „Selbstverständlichkeiten“ der Integration, wie Offenheit, Toleranz, Respekt und Solidarität als solche erkennt.

Weiterführende Literatur

Haberland (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

4 DER HESSISCHE INTEGRATIONSMONITOR IM EUROPÄISCHEN UND BUNDESWEITEN KONTEXT



Der Hessische Integrationsmonitor ist in ein System von Integrationsmonitoren eingebettet, das im Folgenden kurz skizziert wird.

4.1 Europa

Die **Europäische Union** widmet sich seit 2003 der Entwicklung von Indikatoren im Bereich der Integration von zugewanderten Drittstaatsangehörigen (Entzinger/Biezeveld 2003). Erklärtes Ziel ist es, eine effektivere Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten zu realisieren. Schon in Punkt 11 der Gemeinsamen Prinzipien für die Integrationspolitik wird die Entwicklung entsprechender Indikatoren als für den Evaluierungsprozess der Integrationspolitiken notwendig festgestellt (Council of the European Union 2004: 15). Bei der EU-Integrationsministerkonferenz 2008 in Vichy wurde dieses Ziel neuerlich unterstrichen (European Ministerial Conference on Integration 2008: 9) und im Ende 2009 verabschiedeten Stockholmer Programm des Rates der Europäischen Union findet das Integrationsmonitoring ausdrückliche Erwähnung (Council of the European Union 2009: 27). Der Rat betont die Wichtigkeit, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung eines Sets von Kernindikatoren („core indicators“) in ausgewählten integrationspolitischen Handlungsfeldern zu unterstützen, um die Erfolge der Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten messen und vergleichen zu können (ebda.).

Die Erklärung der 4. Europäischen Ministerkonferenz im April 2010 in Saragossa zum Thema Integration stellt nun den im Vorfeld auf Expertenebene ermittelten Kernindikatorensetz vor und benennt dabei die Bereiche Beschäftigung, Bildung, soziale Integration und aktive Bürgerbeteiligung als die relevanten Handlungsfelder der Integrationspolitik (European Ministerial Conference on Integration 2010: 9; die Kernindikatoren finden sich in Anhang 3).

4.2 Deutschland

Auf **Bundesebene** wurde mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) die Einführung eines Integrationsmonitorings und die flächendeckende Erhebung von Daten zu Personen mit Migrationshintergrund vereinbart (Bundesregierung 2007: 121). Im Sommer 2008 hat die Bundesregierung die Einführung von Monitoring als neuer Form von Integrationsberichterstattung beschlossen. Der im Juli 2009 vorgelegte „Erste Integrationsindikatorenbericht“ diente der Erprobung eines umfangreichen Indikatorensets auf Bundesebene. Im Zuge einer differenzierten Bewertung wurden 53 Indikatoren für die Fortführung des Integrationsmonitorings empfohlen. Des Weiteren wurden eine Fortentwicklung amtlicher Statistiken hin zu einer differenzierteren Erfassung des Migrationshintergrunds sowie methodische Richtlinien für zukünftige Integrationsindikatorenberichte angeregt (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009a).

Auf **Landesebene** haben sich bislang drei Bundesländer – Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz – mit dem Einstieg in ein Integrationsmonitoring beschäftigt.³⁶

Da den **Kommunen** bei der Integration eine zentrale Verantwortung zugeschrieben wird (z. B. Bommes 2008), kommt auch dem Aufbau des kommunalen Monitorings eine besondere Bedeutung zu. In Hessen verfügt Wiesbaden seit einigen Jahren über ein bundesweit anerkanntes Monitoring und dient vielen Kommunen in ihren Bestrebungen als Vorbild (Stadt Wiesbaden 2009).

³⁶ Ferner haben zwei Institute zu Beginn des Jahres 2009 einen Monitor bzw. einen Index zur Messung von Integration herausgebracht, die den Vergleich des Integrationsstandes von Migrantinnen und Migranten zwischen den Bundesländern ermöglichen. Beide Studien könnten eine Grundlage für eine Dauerbeobachtung darstellen:

Der **Monitor des Instituts der deutschen Wirtschaft** ist als indikatorengestütztes Benchmarking angelegt, ermöglicht also eine vergleichende Gegenüberstellung der einzelnen Bundesländer hinsichtlich verschiedener integrationspolitischer Themenfelder. Der Monitor konzentriert sich auf die strukturelle Integration der Migrantenbevölkerung in Deutschland. Dieser Begriff umfasst „ausschließlich die Eingliederung in die gesellschaftlichen Strukturen des Aufnahmelandes. Als die wichtigsten Bereiche werden dabei das Bildungs- und Erziehungssystem, der Arbeitsmarkt sowie die Wohn- und Lebensbedingungen (Soziales) angesehen“ (Riesen 2009: 2). Die Messung des Integrationsstandes basiert auf 21 Indikatoren, die standardisiert und gewichtet werden. Im Ergebnis wird ein Clustering von Bundesländern vorgestellt. Hessen weist in allen drei Handlungsfeldern überdurchschnittliche Werte auf und ist bei der Arbeitsmarktintegration bundesweit führend (Riesen 2009: 10ff.).

Die **Studie des Berlin-Instituts „Ungenutzte Potenziale“** ermittelt auf Basis der Mikrozensusdaten einen „Index zur Messung von Integration“ von Menschen mit Migrationshintergrund (Woellert et al.: 2009). Auch hier werden die Bundesländer, aber auch große Städte im Hinblick auf ihre „Integrationsleistung“ miteinander verglichen. Die regionalen Unterschiede des Integrationsstandes sind teilweise erheblich; unter den Bundesländern schneiden Hessen und Hamburg relativ gut ab, unter den Städten neben Frankfurt a.M., München, Bonn und Düsseldorf (Woellert et al. 2009: 7). Gleichzeitig werden auch die „Integrationserfolge“ verschiedener ethnischer Herkunftsgruppen einander gegenübergestellt. Als wichtiges Ergebnis wird hervorgehoben, dass die „Herkunft über den Integrationserfolg entscheidet“ (Woellert et al. 2009: 7).

5 AUSBLICK



Über die Notwendigkeit der Messung von Fort- (oder Rück-)schritten im Hinblick auf das Ziel gleichberechtigten Zugangs und gesellschaftlicher Teilhabe in unserem Land herrscht weitgehende Übereinstimmung. Der Hessische Integrationsmonitor ist ein neuer Vorstoß in diese Richtung; ein Vorbild, das ohne weiteres auf Hessen übertragen werden könnte, steht nicht zur Verfügung.

Der Hessische Integrationsmonitor enthält eine Erweiterung des zwischen den Bundesländern vereinbarten Indikatorensets, das sehr stark auf die strukturelle Dimension der Integration fokussiert. Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa versucht, auch die anderen Dimensionen der Integration mit weiteren Themenfeldern zu erschließen, soweit dies der Situation und dem Anliegen Hessens als vielfältiges, weltoffenes und attraktives Bundesland Rechnung trägt.

Etliche Voraussetzungen für ein kohärentes Monitoring sind jedoch augenblicklich nicht gegeben. Vor allem sind valide und reliable Daten für viele Bereiche nicht verfügbar. Gleichwohl ermöglicht der Hessische Integrationsmonitor Dank seiner Struktur den Vergleich mit anderen Bundesländern und sichert die Anschlussfähigkeit an den Monitor des Bundes. Möglicherweise kann er anderen Bundesländern den Weg der weiteren Entwicklung von Monitoringsystemen erleichtern.

Der vorgelegte Integrationsmonitor stellt eine „Momentaufnahme“ des Integrationsstandes in Hessen dar und bildet die Entwicklung der Integration zugewanderter Menschen seit 2005 ab. Er indiziert Integration in ihren vielfältigen gesellschaftlichen Dimensionen und Themenfeldern. Der Hessische Integrationsmonitor ist dadurch imstande, gewissermaßen ein Pixelbild der tatsächlichen Integration zu erstellen und sie trotz der Beschränkung auf eine überschaubare Zahl von Indikatoren ganzheitlich in den Fokus zu nehmen. Damit schafft er die Grundlage für die Weiterentwicklung erfolgreicher Integrationspolitik.

Hessen ist hinsichtlich der Demographie, der Wirtschaftskraft und der einzelnen Regionen ein vielgestaltiges Land. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, ist es Ziel des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, langfristig diese Vielfalt auch mit dem Hessischen Integrationsmonitor verdeutlichen und repräsentative Aussagen zu Bevölkerungsgruppen sowie hessischen Regionen und Gemeinden treffen zu können.

Die Aussagekraft des Integrationsmonitors ist gebunden an die Qualität der Datenlage. Einige Statistiken weisen den Migrationshintergrund aus, in den meisten Statistiken findet jedoch noch das Ausländerkonzept Verwendung. Darüber hinaus erscheint eine stärker differenzierende Betrachtung des Integrationsprozesses sinnvoll (beispielsweise anhand sozialer Lagen, Milieus, Regionen). Insgesamt muss die Datenlage im Bereich der Integration als (noch) unzureichend eingeschätzt werden.

Die Vorlage des Hessischen Integrationsmonitors soll deshalb auch Anstoß für alle Daten bereitstellenden und verwaltenden Institutionen in Hessen und jenseits der Landesgrenzen sein. Integrationsmonitoring und eine gelingende Integrationspolitik benötigen eine solide und vergleichbare Datengrundlage sowie die lückenlose Verfügbarkeit der Daten. Die Datenbasis – gerade auch des Sozioökonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – sollte daher verbreitert werden.

5.1 Ziel: Aufbau eines flächendeckenden Monitorings in Hessen

Wichtige Einschätzungen des Integrationsstandes können gerade auch aus dem Vergleich der Bundesländer untereinander abgegeben werden. Das zwischen den Bundesländern vereinbarte Indikatorenset hat im Hessischen Integrationsmonitor Aufnahme und zugleich wesentliche Erweiterungen gefunden, einerseits durch die wissenschaftliche Einbettung in das Vier-Dimensionen-Modell (s. Abschnitt 2.3), andererseits durch die Aufnahme weiterer Indikatoren und die Verwendung neuer Datenquellen.

Dies ist das Fundament, auf dem ein landesweites flächendeckendes Integrationsmonitoringsystem für Hessen aufgebaut werden kann. Ein wesentlicher Baustein hierfür ist die Etablierung eines Integrationsmonitorings auf kommunaler Ebene (s. Abbildung 5). Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa arbeitet zurzeit daran, die Anschlussfähigkeit dieser kommunalen Monitore an das Monitoring auf Landesebene zu sichern.

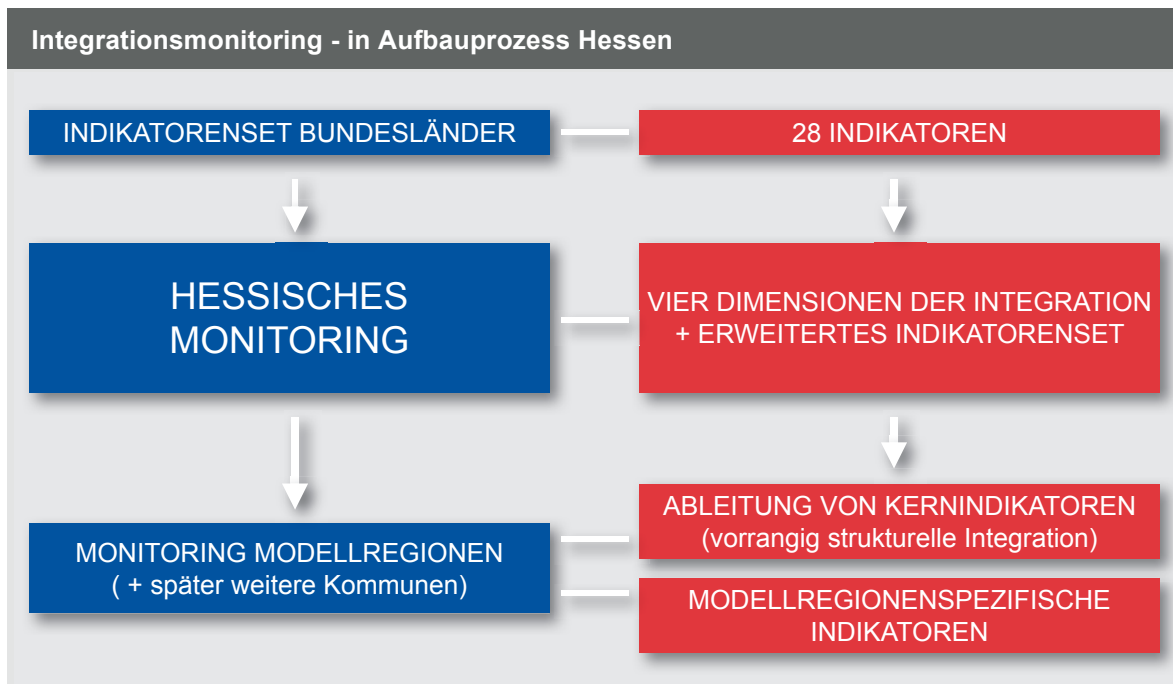


Abbildung 5: Der Aufbauprozess des Integrationsmonitorings in Hessen

Quelle: Eigene Darstellung

5.2 Umsetzung: Aufbau des Integrationsmonitorings in den „Modellregionen Integration“

Kommunen spielen für Integration die zentrale Rolle. Integration findet vor Ort statt – oder sie findet nicht statt. Die Datenlage ermöglicht zum jetzigen Zeitpunkt allerdings kaum, Stand und Entwicklung der Integration auf kommunaler Ebene abzubilden. Das Monitoring ist bislang nur bei einzelnen „Vorreitern“ zu finden. Einige im Bundesvergleich sehr gute Monitore stammen aus hessischen Kommunen. Nur beispielhaft sei hier auf die bundesweit anerkannte Pionierarbeit der Stadt Wiesbaden verwiesen.

Da zum kommunalen Integrationsmonitoring – insbesondere außerhalb des großstädtischen Raumes – noch wenige Erfahrungen vorliegen, soll der Aufbau eines solchen Systems in den hessischen „Modellregionen Integration“ erprobt werden. Mit sechs ausgewählten Städten und Landkreisen – Offenbach a.M., Kassel, Wetzlar, der Landeshauptstadt Wiesbaden, dem Hochtaunuskreis sowie dem Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau – wird bis zum Jahr 2013 ein ganzheitliches Handlungskonzept entwickelt, das beispielgebend für andere sein kann. Ein zentrales Anliegen des Programms ist es, bestehende Anstrengungen des Landes und der Region zu vernetzen, gemeinsame Leitbilder

zu erarbeiten und grundlegende Veränderungsbedarfe zu identifizieren. Dabei soll eine Ebene abgestimmter Maßnahmen und Projekte und effizienter Vernetzung erreicht werden.

Die ausgewählten Modellregionen sind im Aufbau eines Integrationsmonitorings unterschiedlich weit. Während Wiesbaden bereits seit einigen Jahren über sein Monitoring verfügt (Stadt Wiesbaden 2009), sind andere Modellregionen mit ihren Bemühungen noch am Anfang. Für die Stadt Frankfurt am Main, die in diesem Programm den Status einer strategischen Partnerschaft genießt, liegt bereits ein Konzept vor (Stadt Frankfurt a.M. 2009b).

Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa hat den Modellregionen ein Rahmenindikatorensset an die Hand gegeben. Dieses berücksichtigt insbesondere die für die „Modellregionen Integration“ zentralen Bereiche Bildung und Arbeit und soll die Anschlussfähigkeit der kommunalen Integrationsmonitore an den hier vorgelegten landesweiten „Hessischen Integrationsmonitor“ gewährleisten. Das Indikatorensset lässt den Modellregionen die Möglichkeit, ihre jeweiligen Schwerpunktsetzungen in den Handlungsfeldern sowie die im Rahmen des Programms aufgelegten Projekte einzubeziehen. Aufgabe der mit dem Monitoring befassten Akteure ist es, das Rahmenindikatorensset in ein eigenes Monitoringkonzept zu überführen und geeignete Datenquellen für die jeweiligen Kennzahlen zu erschließen. Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa unterstützt und berät die „Modellregionen Integration“ vor Ort und will darüber hinaus den Austausch zwischen den mit dem Monitoring befassten Akteuren fördern. Durch den Modellcharakter des Vorhabens sollen die Möglichkeiten des Monitorings auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ausgelotet und die Ergebnisse auf andere Kommunen übertragbar gemacht werden.

An einer weiteren Verfeinerung des Integrationsmonitorings im Sinne einer räumlichen Fokussierung auf Quartiere, in denen besonderer integrationspolitischer Handlungsbedarf herrscht, wird gearbeitet. Dabei könnte auch die Entwicklung qualitativer Indikatoren sinnvoll sein. Hier ist eine enge Verzahnung des Monitorings mit der *Evaluation* der integrationspolitischen Maßnahmen in den Modellregionen angestrebt.

5.3 Ergänzung um ein Zuwanderungsmonitoring

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration konstatiert in seinem Jahresgutachten 2010 für die Bundesrepublik Deutschland ein qualitatives Migrationsproblem. Danach ist die Qualifikationsstruktur der Abwandernden derjenigen der Zuwandernden deutlich überlegen: Den eher gut ausgebildeten und wirtschaftlich leistungsstarken Personen ohne und mit Migrationshintergrund, die Deutschland verlassen, stehen im Hinblick auf das Qualifikationsniveau nicht vergleichbare Zuwanderer gegenüber (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen 2010: 23f.).

In der hessischen Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 – 2014 haben sich die Koalitionspartner auf ein „gezieltes Maßnahmenpaket“ festgelegt, mit dem die Gewinnung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus dem In- und Ausland gefördert, die besten Köpfe für Hessen gewonnen und der Abwanderung wissenschaftlicher Kräfte aus Hessen entgegengewirkt werden soll (Koalitionsvereinbarung 2009: 37). Um dem Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften entgegenzusteuern, soll die Zuwanderung Hochqualifizierter gefördert werden (Koalitionsvereinbarung 2009: 52).

Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa hält es vor diesem Hintergrund für wünschenswert, den Hessischen Integrationsmonitor in einem nächsten Schritt um den Bereich des Zuwanderungsmonitorings – über die im Indikator A2 erfassten Zu- und Fortzüge hinaus – zu erweitern. Hierfür sollen das Vorliegen und die Nutzbarmachung spezifischer Daten – etwa zu Wanderungsbewegungen von und nach Hessen, zum Zweck entsprechend erteilter Aufenthaltserlaubnisse oder zur Qualifikationsstruktur der Zuwanderer – geprüft werden.

Mit einer solchen Einbindung des Themas Zuwanderung in den Hessischen Integrationsmonitor könnte die enge Verknüpfung der beiden Themenfelder Zuwanderung und Integration verdeutlicht und damit die zunehmende Bedeutung qualifizierter und hochqualifizierter Zuwanderung aufgegriffen werden.

5.4 Berücksichtigung der Interkulturellen Öffnung

Ein wesentlicher Aspekt des Bekenntnisses zur Vielfalt in Hessen ist die „Interkulturelle Öffnung“. In diesem Kontext wird immer wieder eine Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung gefordert. Primäre Ziele sind hierbei einerseits die Angleichung des Zugangs zur Beschäftigung im öffentlichen Dienst zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, andererseits eine Stärkung des Dienstleistungscharakters der öffentlichen Verwaltung. Hinzu tritt die Wertschätzung und positive Nutzung der in der Gesellschaft vorhandenen Ressource „Vielfalt“.

Als herausragende Initiative ist hier die „Charta der Vielfalt“ zu nennen. Sie wurde im Jahr 2006 von großen deutschen Unternehmen ins Leben gerufen und steht unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der Charta sind bereits mehr als 800 Unternehmen, Vereine, Verbände, Kommunen und weitere Organisationen beigetreten – darunter auch die Hessische Landesregierung.

Ziel der Charta ist es, eine Unternehmenskultur zu schaffen, die durch Fairness und Wertschätzung geprägt ist. Die Unterzeichner sagen im Rahmen einer Selbstverpflichtung zu, ein von Vorurteilen und Ausgrenzung freies Arbeitsumfeld zu schaffen. Jeder Mitarbeiter soll in diesem – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität – Wertschätzung erfahren.

In der Literatur wird die Interkulturelle Öffnung als „ein bewusst gestalteter Prozess“ definiert, „der (selbst-)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht“. Er soll dadurch zu einem Abbau von Barrieren und Abgrenzungsmechanismen führen und eine Anerkennung und Wertschätzung der Mitarbeiter ermöglichen (Schröder 2007: 2).

Allerdings ist die Messung der Interkulturellen Öffnung der Öffentlichen Verwaltung nicht einfach. Sie ließe sich auf einer ersten Stufe etwa anhand des Anteils der Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund oder nicht-deutscher Staatsangehörigkeit erfassen. Dies setzte jedoch Vollerhebungen voraus, die aufgrund des Primats der Freiwilligkeit der Auskunft sowie des Datenschutzes problematisch sind. Darüber hinaus gibt es Bedenken möglicher negativer Auswirkungen einer solchen Datenerfassung bis hin zu befürchteten Stigmatisierungen, ebenso wie generelle Vorbehalte gegenüber einer zunehmenden „Vermessung“ der Zugewanderten (in etwas anderem Kontext: Hamburger 2009).

Trotzdem wird die Messung der Interkulturellen Öffnung auch als Grundlage gezielter Maßnahmen in diesem Bereich erkannt. Eine Pionierarbeit in diesem Feld stellt die Untersuchung der Hessischen Polizei zur Studienmotivation des Einstellungsjahrgangs 2009 dar, in deren Rahmen die 550 neu eingestellten Personen u. a. zu ihrem Migrationshintergrund befragt wurden. Dabei handelt es sich um eine Totalerhebung mit einer Rücklaufquote von 96%. Nach dieser Erhebung beläuft sich der Anteil der Neueingestellten mit Migrationshintergrund auf 17,2%. Es zeigt sich, dass bei den Personen mit Migrationshintergrund der Frauenanteil geringer ist (20,5% vs. 29,5%). Die Polizei plant, die Ergebnisse für eine Anpassung ihrer Rekrutierungsstrategien zu nutzen. Ferner ist beabsichtigt, die Erhebungen zu jedem Einstellungstermin durchzuführen (Groß 2010).

Ob ähnliche Erhebungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung in Hessen durchgeführt werden können, wird derzeit im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa geprüft.

6 LITERATUR



- d'Addio, Anna Christina/d'Ercole, Marco (2005):** Trends and Determinants of Fertility Rates in OECD Countries: The Role of Policies. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 27. Paris.
<http://www.oecd.org/dataoecd/7/33/35304751.pdf>.
- Amelina, Anna (2008):** Transnationalisierung zwischen Akkulturation und Assimilation: Ein Modell multipler Inklusion. COMCAD Working Papers, No. 41. Bielefeld.
- Angenendt, Steffen (2008):** Die Steuerung der Arbeitsmigration in Deutschland. Reformbedarf und Handlungsmöglichkeiten. WISO Diskurs. Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e. v. (Hrsg.) (2008):** Diskriminierungsfälle 2007.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.): (2007):** Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Berlin.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.): (2010):** Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft. Forschungsprojekt. Schriftenreihe Bd. 4. Heidelberg.
- Arbeitsgruppe (2009):** Zweiter Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“, vorgelegt aus Anlass des Treffens der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder am 26. Juni 2009 in Hannover. O.O.
- Auernheimer, Georg (Hrsg.) (2003):** Schiefen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder. 2. Aufl., Opladen.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008):** Bildung in Deutschland 2008. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010):** Bildung in Deutschland 2010. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Baden, Christian/Schmidt, Alfons (2009):** Beschäftigung von Migranten in der Region Rhein-Main (Betriebsbefragung 2008). IWAK Report 1. Frankfurt. www.iwak-frankfurt.de/documents/Rep0704.pdf.
- Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.) (2010):** Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a.
- Baethge, Martin/Kupka, Peter (2005):** Bildung und soziale Strukturierung. In: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden, S. 177-210.
- Baethge, Martin/Wieck, Markus (2008):** Der mühsame Weg in die berufliche Bildung. SOFI-Beteiligung am nationalen Bildungsbericht. Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen.
- Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann (2009):** Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN-Forschungsbericht 107.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2005):** Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2007):** Minas - Atlas über Migration, Integration und Asyl. 1. Aufl., Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009a):** Hochschule in der Zuwanderungsgesellschaft: Sprachliche Bildung und Integration. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009b):** Muslimisches Leben in Deutschland. Forschungsbericht 6. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009c):** Ausländerzahlen 2009. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010a):** Bundesweites Integrationsprogramm. Angebote der Integrationsförderung in Deutschland – Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. Arbeitsentwurf, Stand April. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010b):** Migrationsbericht 2008. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010c):** Minas - Atlas über Migration, Integration und Asyl. 3. Aufl., Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010d):** Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010e):** Blickpunkt Integration 01/2010. Nürnberg.
- Baumert, Jürgen et al. (Hrsg.) (2001):** PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Deutsches PISA-Konsortium. Opladen.

- Baur, Christine/Häußermann, Hartmut (2009):** Ethnische Segregation in deutschen Schulen In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 3, Jg. 37, S. 353-366.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2007):** Siebter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2008a):** Der Nationale Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2008b):** Migrationssensible Datenerhebung für die Gesundheits- und Pflegeberichterstattung. Dokumentation der Fachkonferenz am 21. November 2008 in Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2009a):** Integration in Deutschland: Erster Integrationsindikatorenbericht. Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Berlin. www.integrationsbeauftragte.de.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009b):** Grundsätze für das Monitoring und die Bewertung von Integrationspolitik. Eckpunktepapier. Berlin. www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/Artikel/IB/Anlagen/2009-06-15-eckpunkte-deutsch,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/2009-06-15-eckpunkte-deutsch.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2010):** Achter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.
- Beauftragter für Integration und Migration, Berlin (2007a):** Neue Studie schafft Grundlage für ein Berliner Integrationsmonitoring. Pressemitteilung vom 8. Juni.
- Beauftragter für Integration und Migration, Berlin (2007b):** Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen. Ergebnisse des transnationalen Projekts „Indikatoren für die Zuwandererintegration“. Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Berlin.
- Beicht, Ursula/Ulrich, Joachim Gerd (2008):** Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? Analyse wichtiger Einflussfaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbiographie. bibb-Report 6. Bonn.
- Beicht, Ursula/Granato, Mona (2009a):** Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Beicht, Ursula/Granato, Mona (2009b):** Vielfalt als Chance – Junge Menschen mit Migrationshintergrund im Ausbildungssystem. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 3, S. 190-197.
- Bellmann, Lutz (2003):** Datenlage und Interpretation der Weiterbildung in Deutschland. Hrsg. von der Expertenkommission Finanzierung Lebenslanges Lernen. Bielefeld.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008a):** Daten und Fakten zur Integrationspolitik in Kommunen. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008b):** Religionsmonitor 2008. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (2009a):** Woran glaubt die Welt? Analysen und Kommentare zum Religionsmonitor 2008. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (2009b):** Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2009. www.laendermonitor.de/#id=4.
- Bertelsmann Stiftung (2010):** Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2010. Landesbericht Hessen. <http://www.laendermonitor.de/bundeslaender/hessen/landesbericht/index.html>.
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hrsg.): (2005):** Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh.
- Beste, Jonas/Bethmann, Arne/Trappmann, Mark (2010):** ALG-II-Bezug ist nur selten ein Ruhekissen. Arbeitsmotivation und Konzessionsbereitschaft. IAB-Kurzbericht 15. Nürnberg. <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1510.pdf>.
- BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009a):** Berufsbildungsbericht 2009. Vorversion. Bonn.
- BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009b):** Datenbericht zum Berufsbildungsbericht 2009. Vorversion. Bonn.
- Böttcher, Annica/Krieger, Sascha/Kalvenbach, Franz-Josef (2010):** Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik 2. Statistisches Bundesamt, S. 158-164.
- Bommes, Michael (2008):** „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Bommes, Michael/Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Hrsg. für den Rat für Migration. Frankfurt a.M.
- Bommes, Michael/Krüger-Potratz, Marianne: (Hrsg.) (2008):** Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt a.M.
- Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007):** Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt a.M.
- Boos-Nünning, Ursula (2006):** Berufliche Bildung von Migrantinnen und Migranten. Ein vernachlässigtes Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale nutzen. Berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Dokumentation einer Fachkonferenz. Bonn.

- Breithecker, Renate/Burkert, Carola (2008):** Über 50 Jahre und MigrantIn = arbeitslos? Zur Situation älterer MigrantInnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In: Migration und soziale Arbeit, Heft 3+4, S. 251-259.
- Breuer, Christoph/Wicker, Pamela (2008):** Integration von Migrantinnen und Migranten im Sportverein. Sportentwicklungsbericht 2007/2008 – Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Hrsg. vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft et al.
http://www.dosb.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/wiss-ges/Dateien/2010/Siegel-SEB-Integration_2007_08.pdf.
- Britz, Lisa (2006):** Bildungsbe(nach)teiligung von MigrantInnen. In: Reiberg, Ludger (Hrsg.): Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft. Beiträge aus Theorie, Schule und Jugendhilfe zu einer interkulturell sensiblen Berufsorientierung. Bpb, Themen und Materialien. Bonn.
- Bruckmeier, Kerstin/Graf, Tobias/Rudolph, Helmut (2007):** Aufstocker – bedürftig trotz Arbeit. Erwerbstätige Leistungsbezieher im SGB II. IAB-Kurzbericht 22. Nürnberg.
- Brück-Klingberg, Andrea/Burkert, Carola/Damelang, Andreas/Deeke, Axel/Haas, Anette/ Schweigard, Eva/Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger (2009):** Integration von Migranten in Arbeitsmarkt und Bildungssystem. In: Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Arbeitsmarkt 2009. Bielefeld, S. 283-316.
- Brücker, Herbert/Ringer, Sebastian (2008):** Ausländer in Deutschland: Vergleichsweise schlecht qualifiziert. IAB-Kurzbericht 1.
- Brunner, Markus (2007):** Beschäftigungssituation von Menschen mit Migrationshintergrund im Handwerk. Ludwig-Fröhler-Institut. München.
- Brzoska, Patrick/Reiss, Katharina/Razum, Oliver (2010):** Arbeit, Migration und Gesundheit. In: Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a., S. 129-139.
- Büchel, Felix (2002): Successful Apprenticeship-to-Work Transitions: On the Long-Term Change in Significance of the German School-Leaving Certificate.** IZA Discussion Papers, No. 425. Bonn.
- Bundesagentur für Arbeit (2009):** Jahresbericht SGB II – 2008. Nürnberg.
www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/SGB-II/SGBII-Jahresbericht-2008.pdf.
- Bundesamt für Gesundheit (2007):** Wie gesund sind Migrantinnen und Migranten? Die wichtigsten Ergebnisse des «Gesundheitsmonitoring der schweizerischen Migrationsbevölkerung». Bern.
- Bundesministerium des Innern (2008):** Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium des Innern – BMI (2008):** Polizeiliche Kriminalstatistik 2008.
www.bka.de/pks/pks2008/download/pks2008_imk_kurzbericht.pdf.
- Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz (BMI/BMJ) (2006):** Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Online abrufbar unter:
www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/128846/publicationFile/20192/2_Periodischer_Sicherheitsbericht_de.pdf.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008):** Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2005):** Berichtssystem Weiterbildung IX. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. München.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2006):** Berichtssystem Weiterbildung IX. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Hrsg. vom Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006):** Berufsbildungsbericht 2006. Bonn.
- Bundesregierung (2007):** Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Berlin.
- Bundesregierung, Presse- und Informationsamt (2008):** Bundesregierung will Integrationserfolge wissenschaftlich messen. Pressemitteilung 201 vom 04.06.
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (2007):** Berufliche Weiterbildung – Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit. Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2001):** Informationen zur politischen Bildung aktuell. Argumente gegen rechts-extreme Vorurteile. Bonn.
- Burkert, Carola/Kindermann, Walter (2008):** Integration von Migranten in Hessen. Bildungssystem und Arbeitsmarkt. IAB regional 2. http://doku.iab.de/regional/H/2008/regional_h_0208.pdf.
- Burkert, Carola/Seibert, Holger (2007):** Labour market outcomes after vocational training in Germany – equal opportunities for migrants and natives? IAB Discussion Paper, No. 31, Nuremberg.
- Burkert, Carola/Seibert, Holger (2008):** Integrationspotenziale der dualen Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Berlin.
- Cornelißen, Waltraut (Hrsg.) (2005):** Gender Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Im Auftrag des BMFSFJ. Berlin.
www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport.

- Council of the European Union (2004):** Draft Conclusions of the Council and the Representatives of the Governments of the Member States on the Establishment of the Common Basic Principles for Immigrant Integration Policy in the European Union. Presidency Note. Brussels 14776/04.
http://ec.europa.eu/justice_home/funding/2004_2007/doc/council_conclusions_common_basic_principles.pdf.
- Council of the European Union (2009):** The Stockholm Programme – An open and secure Europe serving the citizen. Presidency Note. 14449/09. Brussels.
http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.19577%21menu/standard/file/Draft_Stockholm_Programme_16_October_2009.pdf.
- Dähne, Harald (2008):** Ausländer- und Jugendkriminalität. Daten, Ursachen, Bekämpfung. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/Auslaender__und_Jugendkriminalitaet.pdf.
- Dathe, Dietmar (2005):** Bürgerschaftliches Engagement. In: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden, S. 455-480.
- Deeke, Axel (2007):** Arbeitslose mit Migrationshintergrund: Sprachförderung allein greift häufig zu kurz. Für eine erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt sind berufsbezogene Deutschkenntnisse wichtig, aber oft nicht ausreichend. IAB Kurzbericht 3.
- Deutscher Bundestag (2002):** Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900.
- Diefenbach, Heike (2008a):** Bildungschancen und Bildungs(miss)erfolg von ausländischen Schülern oder Schülern aus Migrantenfamilien im System schulischer Bildung. In: Becker, Rolf/Lauterbach, Werner (Hrsg.): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden, S. 225-250.
- Diefenbach, Heike (2008b):** Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem: Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden.
- Diehl, Claudia (2007):** Sozialprofil und Zuzugsmotive von Neuzuwanderern. Evidenzen aus dem Mikrozensus und der „Neuzuwandererbefragung-Pilotstudie“ des BiB. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1-2, Jg. 32, S. 161-182.
- Diekmann, Andreas (1997):** Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg.
- Dietz, Martin/Müller, Gerrit/Trappmann, Mark (2009):** Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben. Bedarfsgemeinschaften im SGB II. IAB-Kurzbericht 2. Nürnberg. <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb0209.pdf>.
- Dittmann, Jörg (2009):** Wie wird Kriminalität gemessen? Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Informationsquelle für die Beschreibung der öffentlichen Sicherheit. Vortrag gehalten am 14. Januar an der Hochschule Esslingen.
- Dollmann, Jörg (2010):** Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang. Primäre und sekundäre Herkunftseffekte. Wiesbaden.
- Efms Intpol Team (2006):** Integration and Integration Policies – Imiscoe Network Feasibility Study. Bamberg.
- Englmann, Bettina/Müller, Martina (2007):** Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland. Hrsg. von Tür an Tür – Integrationsprojekte GmbH. Augsburg. www.berufliche-erkennung.de.
- Englmann, Bettina (2008):** Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland – Ergebnisse der Studie „Brain Waste“. In: Migration und Soziale Arbeit, Heft 3+4, S. 222-229.
- Enste, Dominik H./Fetchenhauer, Detlef/Riesen, Ilona (2008):** Sozialstaatsfallen, Erwerbsanreize und soziale Mobilität - Eine ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Analyse. iw-Analysen 42. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln.
- Entzinger, Han/Biezeveld, Renske (2003):** Benchmarking in immigrant integration. Rotterdam.
- Erdmann, Vera/Plünnecke, Axel/Riesen, Ilona/Stettes, Oliver (2010):** Bildungsmonitor 2010 – Bessere Bildung trotz Haushaltskonsolidierung – Die Chancen des demografischen Wandels nutzen. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln.
- Ersanilli, Evelyn/Koopmans, Ruud (2009):** Join the club, but learn the rules. Wanted: intelligent integration policies. In: WZB-Mitteilungen 126, S. 18-21.
- Esser, Hartmut (2006):** Migration, Sprache und Integration. AKI-Forschungsbilanz 4. Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
www.wzb.eu/zkd/aki/files/aki_forschungsbilanz_4.pdf.
- Esser, Hartmut (2009):** Pluralisierung oder Assimilation?: Effekte der multiplen Inklusion auf die Integration von Migranten, in: Zeitschrift für Soziologie 5, Jg. 38, S. 358-378.
- Esser, Hartmut (2010):** Integration und ethnische Vielfalt. In: Weißeno, Georg (Hrsg.): Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen. Bonn. S. 65-81.
- Europäische Kommission Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (2009):** Eurobarometer Spezial 317 – Diskriminierung in der EU im Jahre 2009.
<http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?type=0&policyArea=0&subCategory=0&country=0&year=0&advSearchKey=eurobsur&mode=advancedSubmit&langId=de>.
- European Commission, Directorate-General Justice, Freedom and Security (2004):** Handbook on integration for policy-makers and practitioners. 1st edition. Luxembourg.

- European Commission, Directorate-General Justice, Freedom and Security (2010):** Handbook on integration for policy-makers and practitioners. 3rd edition. Luxembourg.
- European Ministerial Conference on Integration (2008):** Declaration approved by the representatives of the Member States. European Ministerial Conference on Integration. Vichy – 3 and 4 November 2008.
http://ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1103_Ministerielle_Integration/conference_integration_041108_Final_declaration_EN.pdf.
- European Ministerial Conference on Integration (2010):** Declaration approved by the representatives of the Member States. European Ministerial Conference on Integration. Saragossa – 15 and 16 April 2010.
<http://www.tt.mtin.es/eu2010/en/noticias/documentos/201004/21-001.pdf>.
- European Union Agency for Fundamental Rights (2009):** EU-MIDIS – European Union Minorities and Discrimination Survey. Main Results Report. Vienna.
- Filsinger, Dieter (2008):** Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2006):** Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Gutachten. Bonn.
- Friedrichs, Lena (2008):** Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. Working Paper 21 der Forschungsgruppe des BAMF. Nürnberg.
- Friedrichs, Jürgen (1990):** Methoden empirischer Sozialforschung. 14. Aufl., Opladen.
- Fritsch, Tobias/Oesch, Tom (2008):** Volkswirtschaftlicher Nutzen frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern. Gütersloh.
- Fuchs, Marek/Sixt, Michaela (2008):** Die Bildungschancen von Aussiedlerkindern. SOEPpapers 105. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Fuchs, Tatjana/Dathe, Dietmar/Kistler, Ernst (2005):** Informelle Arbeit und Lebensweisen. In: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden, S. 125-150.
- Gaupp, Nora/Reißig, Birgit (2007):** Junge Migrantinnen und Migranten auf dem Weg von der Hauptschule in den Beruf. München.
- Gaupp, Nora/Lex, Tilly/Reißig, Birgit/Braun, Frank (2008):** Von der Hauptschule in Ausbildung und Erwerbsarbeit. Ergebnisse des DJI-Übergangspanels. Hrsg. vom BMBF. Bonn.
- Geißler, Rainer (2010):** Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. Der Beitrag der Massenmedien zur interkulturellen Integration. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration (Hrsg.): Zur Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft. Bonn.
- Gesemann, Frank (2009):** Lokales Integrationsmonitoring – ein geeignetes Instrument zur Förderung gleicher Bildungschancen? http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1470.asp#top.
- Gögercin, Süleyman/Vladislavjević, Katarina (2008):** Kroatinnen und Kroaten der zweiten Generation - Herkunftsorientierung und Identitätsbildung. In: Soziale Arbeit, Jg. 57, 4, S. 129-134.
- Granato, Mona (2003):** Jugendliche mit Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung. In: WSI Mitteilungen 8, S. 474-482.
- Granato, Mona (2007):** Berufliche Ausbildung und Lehrstellenmarkt: Chancengerechtigkeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund verwirklichen. Wiso direkt, September. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/04813.pdf>.
- Granato, Mona/Bethschneider, Monika/Friedrich, Michael/Gutschow, Katrin/Paulsen, Bernd/ Schwerin, Christine/Settelmeier, Anke/Uhly, Alexandra/Ulrich, Joachim Gerd (2006):** Integration und berufliche Ausbildung. Expertise des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB), www.bibb.de/doku-mente/pdf/a24_integration-und-berufliche-ausbildung.pdf.
- Granato, Nadia (2003):** Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Opladen.
- Groß, Hermann (2010):** Wer wird Polizist in Hessen? Berufsentscheidung und Studienmotivation 2009. O.O.
- Haberland, Jürgen (2010):** Das Jahresgutachten Einwanderungsgesellschaft 2010. In: Zeitschrift für Ausländerrecht 8, S. 278-283.
- Halm, Dirk (2008):** Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islams in Deutschland. Wiesbaden.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2008):** Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Zentrum für Türkeistudien. Wiesbaden.
- Haug, Sonja (2005):** Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung. Ein Überblick über wesentliche Migrations- und Integrationsindikatoren und die Datenquellen. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Working Paper 1. Nürnberg.
- Haug, Sonja (2008):** Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland. Integrationsreport Teil 2. Working Paper 21. BAMF. Nürnberg.
- Haug, Sonja/Baraulina, Tatjana/Babka von Gostomski (2008):** Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme. Working Paper 12 der Forschungsgruppe des BAMF. Nürnberg.

- Hamburger, Franz (2009):** Der Vermessungswahn. Forum Migration Juli, S. 9.
www.migration-online.de/data/publikationen_datei_1246207094.pdf.
- Heckmann, Friedrich (1992):** Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart.
- Heckmann, Friedrich (2001):** Integrationsforschung aus europäischer Perspektive. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4, Jg. 26, S. 241-356.
- Heckmann, Friedrich (2005):** Bedingungen erfolgreicher Integration. Bayerisches Integrationsforum „Integration im Dialog – Migranten in Bayern“ bei der Regierung von Oberfranken am 28.1.2005 in Bayreuth. efms – european forum for migration studies. Bamberg.
- Heckmann, Friedrich (2008):** Education and the integration of migrants: Challenges for European education systems arising from immigration and strategies for the successful integration of migrant children in European schools and societies. Efms. Bamberg.
- Heckmann, Friedrich/Friedrich, Lena (2007):** Auf dem Wege zum Integrations- und Diversitätsmonitoring? Vortrag auf der internationalen Fachtagung zu Integrations- und Diversitätsmonitoring „Integration messbar machen“ am 26.11. in Wien. Efms. Bamberg.
- Heß, Barbara/Sauer, Leonore (2007):** Migration von Hochqualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland. Working Paper 9, BAMF. Nürnberg.
- HessenAgentur GmbH (2009):** Die Ausbildungs- und die Arbeitsmarktsituation der hessischen Bevölkerung. Wiesbaden. www.hessen-agentur.de/mm/mm001/759_Migration_komplett.pdf.
- HessenAgentur GmbH (2010):** Berufsausbildung in Hessen. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit (2010):** Staatssekretärin Petra Müller-Klepper: „Adipositas durch gesunde Ernährung und mehr Bewegung zu Leibe rücken“. Pressemitteilung vom 05.08.
- Hessisches Landesregierung (2000):** „In Achtung, Toleranz und Miteinander – Hessen auf dem Weg zur Integration“. Leitlinien der Integration. Wiesbaden.
- Hessisches Sozialministerium (2006):** Hessischer Kinder- und Jugendbericht 2006. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2007a):** Migration in Hessen 2005. Mikrozensus 2005. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2007b):** Armutsgefährdung in Hessen zwei Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Presseinformation vom 19.12. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2010):** Hessens Regionen unterschiedlich stark von Armut gefährdet. Presseinformation 160 vom 26.07. Wiesbaden.
- Hunger, Uwe (2006):** Das AnalysePotenzial allgemeiner Bevölkerungsumfragen für die Migrationsforschung. Ein systematischer Überblick über deutsche Erhebungen. In: Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe (Hrsg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Münster u. a., S. 219- 263.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes (2009):** Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des BAMF. Münster.
- IAQ/ZEW/TNS Emnid/ZfT/Team Dr. Kaltenborn (2009):** Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Abschlussbericht – Hauptband. Duisburg. www.bmas.de/portal/39948/property=pdf/f395__forschungsbericht.pdf.
- INFO GmbH/Liljeberg Research International (2009):** Erste internationale Studie zur Wertewelt der Deutschen, Deutsch-Türken und Türken. Pressemitteilung.
- Institut der deutschen Wirtschaft (2010):** Integrationsrendite - Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Köln.
- ISS – Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. v. (Hrsg.) (2009):** Integrationsmonitoring: Migration, Bildung und Beschäftigung. Dokumentation der Veranstaltung ISS im Dialog am 28. Mai. Frankfurt a.M. http://www.iss-ffm.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/sonstiges/Doku_ISSimDialog_Monitoring.pdf.
- Kaas, Leo/Manger, Christian (2010):** Ethnic Discrimination in Germany’s Labour Market: A Field Experiment. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn. www.ftp.iza.org/dp4741.pdf.
- Karakasoglu-Aydin, Yasemin/Neumann, Ursula (2001):** Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer. Situation, Datelage und bildungspolitische Anregungen. In: BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten. Anhörung des Forums Bildung am 21. Juni 2001 in Berlin. Materialien des Forums Bildung 11, Berlin, S. 61-74.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005):** Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Klinker, Sonja (2010):** Maghrebiner in Frankreich, Türken in Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung zu Identität und Integration muslimischer Einwanderergruppen in europäische Mehrheitsgesellschaften. Frankfurt a.M.
- Klös, Hans-Peter/Riesen, Ilona (2008):** Migration, Bildung und Arbeitsmarktintegration: Reformpolitische Handlungsfelder in einer bildungsökonomischen Perspektive. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 275-283.
- Knepel, Helmut (1995):** Datenorientierte Analyse ökonomischer Systeme. In: Roth, Erwin/Holling, Heinz (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Methoden. 5. Aufl., München u. a.

- Kolvenbach, Franz-Josef/Taubmann, Doreen (2006):** Neue Statistiken zur Kinderbetreuung. In: *Wirtschaft und Statistik* 2, S. 166-171.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007):** Europe's demographic future: Facts and figures. Luxemburg.
- Konsortium Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2006):** Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld. www.bildungsbericht.de.
- Kontos, Maria (ed.) (2009):** Integration of female immigrants in labour market and society. A comparative analysis – summary, results and recommendations. Institut für Sozialforschung, Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- Koschnick, Wolfgang J. (1993):** Standardwörterbuch für die Sozialwissenschaften, Bd. 2. München u. a.
- Kreis Offenbach, Integrationsbüro (2009):** Integrationsbericht 2004 – 2008. Dietzenbach.
- Kreisky, Jan (2008):** Integrationsbericht: Graue Theorie oder praktischer Leitfaden? In: *Integration im Fokus*. Ausgabe 4. www.integrationsfonds.at/wissen/integration_im_fokus/integration_im_fokus_ausgabe_42008/oesterreich/integrationsberichte.
- Kristen, Cornelia (2006):** Ethnische Diskriminierung in der Grundschule? Die Vergabe von Noten und Bildungsempfehlungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1, Jg. 58, S. 79-97.
- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid (2009):** Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten. *DIW-Wochenbericht* 47. Berlin.
- Kromeyer-Hauschild, Katrin et al. (2001):** Perzentile für den Body-mass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehen verschiedener deutscher Stichproben. In: *Monatsschrift Kinderheilkunde* 149, S. 807-818.
- Kromrey, Helmut (2002):** Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung. 10. Aufl., Opladen.
- Kulu, Hill (2005):** Migration and fertility: Competing hypotheses re-examined. In: *European Journal of Population* 2, 22, S. 51-87.
- Kunz, Thomas (2009):** Integrationsstudie „Ungenutzte Potenziale“ – verpasste Chance. In: *Migration und Soziale Arbeit*, H. 2, S. 149-152.
- Lämmermann, Falk (2009):** Einbürgerung – aktuelle Entwicklungen und Perspektiven. In: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 9, S. 289-296.
- Länderoffene Arbeitsgruppe (2009):** Zweiter Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“, vorgelegt aus Anlass des Treffens der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder am 26. Juni in Hannover.
- Länderoffene Arbeitsgruppe (2010):** Ergebnisse der Pilotstudie für die Länder Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg. Dritter Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren (IntMk). Berlin. http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/einzelseiten/integ_buch.pdf.
- Länderoffene Arbeitsgruppe „Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit attraktiv gestalten“ (2010):** Bestandsaufnahme und Analyse. Bericht. http://www.mgepa.nrw.de/pdf/integration/2009-11-18_5__IntMK/Konferenz_2010/Anlage_4_Bericht_AG_Einbuergierung_9_3_2010.pdf.
- Lamnek, Siegfried (1995):** Qualitative Sozialforschung. Bd. 1: Methodologie. Weinheim.
- Lampert, Thomas et al. (2010):** Gesundheitliche Lage und Gesundheitsverhalten der Bevölkerung im Erwerbsalter in Deutschland. In: Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.): *Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft*. Heidelberg u. a., S. 69-82.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2009):** Monitoring zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden: Bericht 2009. Amt für Statistik und Stadtforschung. Wiesbaden. www.wiesbaden.de/loader.php?menue=/die_stadt/stadtinformation/menue.php&aID=1182&content=/die_stadt/stadtinformation/wiesbadeninzahlen.php&werbeseite=&smallbanner.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2008):** Integrationsbericht 2007. Einwohner- und Integrationsamt. Wiesbaden. www.wiesbaden.de/die_stadt/auslaender/download/Integrationsbericht_2007_xs.pdf.
- Leber, Ute/Möller, Iris (2008):** Weiterbildungsbeteiligung ausgewählter Personengruppen. In: *Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 3, Jg. 128, S. 405-429.
- Lederer, Hartmut (2004):** Indikatoren der Migration. Dissertation. efms – europäisches forum für migrationsstudien. Bamberg.
- Leicht, René/Leiß, Markus (2007):** Bedeutung der ausländischen Selbständigen für den Arbeitsmarkt und den sektoralen Strukturwandel. Institut für Mittelstandsforschung. Mannheim. www.bamf.de/cln_092/nn_441838/DE/Migration/Forschung/Ergebnisse/Expertisen/expertisen-node.html?__nnn=true.
- Lex, Tilly/Gaupp, Nora/Reißig, Birgit (2005):** Durchaus integrationsbereit! Jugendliche aus Zuwandererfamilien an der Schwelle zur Arbeitswelt. In: *Jugendpolitik* 1, Jg. 31, S. 19-21.

- Linten, Markus/Prüstel, Sabine (2009):** Auswahlbiographie „Demographischer Wandel und berufliche Bildung“. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn.
http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a1bud_auswahlbibliographie-demografischer-wandel.pdf.
- Mathejczyk, Waldemar et al. (2008):** Zielgruppenmonitoring – Regionales Arbeitsmarktmonitoring bezogen auf Migrantinnen und Migranten. Ergebnisse eines EU-Projekts innerhalb des Programms für Gegenseitiges Lernen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. www.iwak-frankfurt.de/documents/Zielgruppenmonitoring.pdf.
- Meinhardt, Rolf (2010):** Studienprobleme von BildungsinländerInnen und Unterstützungsangebote durch HochschullotsInnen. Ergebnisse einer empirischen Pilotstudie. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 19-25.
- Meinhardt, Rolf/Zittlau, Birgit (2009):** BildungsinländerInnen an deutschen Hochschulen am Beispiel der Universität Oldenburg. Eine empirische Studie zu den erfolgshemmenden Faktoren im Studienverlauf und Empfehlungen zur Verbesserung der Studienleistungen durch HochschullotsInnen, Oldenburg.
- Milewski, Nadja (2010):** Fertility of immigrants. A two-generational approach in Germany. Dissertation. Heidelberg u. a.
- Ministerie van VROM (2009):** Cijfers over wonen, werken en integratie. Den Haag.
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Land Brandenburg (2007):** Handreichung zum Integrationsmonitoring. Potsdam.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008):** Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. Erster Integrationsbericht der Landesregierung. Düsseldorf.
www.mgffi.nrw.de/integration/PDFs/1_Integrationsbericht_25_09_2008.pdf.
- Ministerkonferenz zur Integration (2008):** Declaration approved by the representatives of the Member States. European Ministerial Conference on Integration. Vichy – 3 and 4 November.
http://ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1103_Ministerielle_Integration/conference_integration_041108_Final_declaration_EN.pdf.
- Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2009):** Handbuch Arbeitsmarkt 2009. IAB-Bibliothek 314. Nürnberg.
- Möller, Joachim/Walwei, Ulrich/Koch, Susanne/Kupka, Peter/Steinke, Joß (2009):** Der Arbeitsmarkt hat profitiert. Fünf Jahre SGB II: Eine IAB-Bilanz. IAB-Kurzbericht 29. Nürnberg.
- Niessen, Jan/Huddlestone, Thomas/Citron, Laura (2007):** Migrant integration policy index. Unter Mitarbeit von Andrew Geddes und Dirk Jacobs. Brüssel.
- Nold, Daniela (2010):** Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern 2008. Ergebnisse des Mikrozensus. In: Wirtschaft und Statistik 2, Statistisches Bundesamt, S. 138-149.
- Noll, Heinz-Herbert (1998):** Sozialberichterstattung: Funktionen, Merkmale und Grenzen. In: Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung et al. (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung, Sonderband Beobachtungsfeld Arbeit. Berlin, S. 25-35.
- Nottmeyer, Olga (2010):** Inter-ethnische Partnerschaften: Was sie auszeichnet – und was sie über erfolgreiche Integration aussagen. Wochenbericht 11, S. 12-20. DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Nusche, Deborah (2009):** What works in migrant education? A review of evidence and policy options. OECD Education Working Papers 22. OECD. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.) (2005):** Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (ed.) (2006):** Where immigrant students succeed: A comparative review of performance and engagement in PISA 2003. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (ed.) (2007):** International Migration Outlook. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (ed.) (2008a):** International Migration Outlook – SOPEMI 2008. Paris.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (ed.) (2008b):** OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland. Paris.
- Ohliger, Rainer (2006):** Concepts of immigrant integration and monitoring migrant integration in Germany: An overview. Hrsg. vom Beauftragten für Integration und Migration. Berlin.
- Ortlieb, Renate/Sieben, Barbara (2010):** Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der Berliner Wirtschaft. Empirische Befunde zu Personalstrukturen, -praktiken und -strategien. In: Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a.
- Oswald, Ingrid (2007):** Migrationssoziologie. Konstanz.
- o.V. (2005):** Zur Wohnsituation. Schader-Stiftung.
http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/34.php.
- o.V. (2006):** "Zwischen den Kulturen". WDR-Studie zur Mediennutzung junger Migranten.
www.wdr.de/themen/politik/nrw02/integration/medienkonferenz/studie/index.jhtml.
- o.V. (2007):** Ein Integrationsmonitoring für Berlin: Empfehlungen des transnationalen EU-Projekts „Indikatoren zur Integration“. In: Beauftragter für Integration und Migration, Berlin 2007b, S. 79 – 85.

- o.V. (2008a):** Deutschland: Integrationsmonitoring beschlossen. In: Newsletter Migration und Bevölkerung. Ausgabe 4, Mai. www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=080401.
- o.V. (2008b):** Bundestagsmitglieder. Kurzmeldungen – Deutschland II. In: Newsletter Migration und Bevölkerung. Ausgabe 8, Oktober, S. 3
http://gans.vwl.uni-mannheim.de/fileadmin/user_upload/gans/AK_Bevoelkerungsgeographie/Newsletter/MuB_Ausgabe_0908.pdf.
- o.V. (2009a):** Berliner Integrationsmonitor 2009. Anhang I des Umsetzungsberichts zum Berliner Integrationskonzept. O.O. www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/berliner_integrationsmonitor_2009_final.pdf.
- o.V. (2009b):** Deutschland: „Erster Integrationsindikatorenbericht“. In: Newsletter Migration und Bevölkerung. Ausgabe 6. Juli. www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=090602.
- o.V. (2009c):** Konferenz der Integrationsminister. Erfolgreiche Integrationspolitik braucht verlässliche Datenbasis. www.mi.niedersachsen.de/master/C56652520_L20_D0_I522_h1.html.
- o.V. (2009d):** Bundestagswahl 2009 – 5,6 Millionen Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund. Migazin. www.migazin.de/2009/09/14/bundestagswahl-56-millionen-wahlberechtigte-mit-migrationshintergrund.
- o.V. (2009e):** Presidency conference conclusion on indicators and monitoring of the outcome of integration policies. Malmö.
- o.V. (2010a):** Rekord-Einbürgerungen im Rhein-Main-Gebiet. In: Frankfurter Rundschau vom 22. Juli.
- o.V. (2010b):** Jeder vierte Jugendliche lebte 2008 in einer alternativen Familienform. In: Wirtschaft und Statistik 2, S. 104. Statistisches Bundesamt.
- o.V. (2010c):** Ausländische Azubis. Die Schranke im Kopf. In: iwD 32 vom 12. August 2010. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- o.V. (o.J.):** Hessischer Monitor Migration und Arbeitsmarkt (HeMonA) – Pilotprojekt im Kreis Offenbach. Frankfurt a.M.
- Piore, Michael J. (1979):** Birds of Passage. Migrant Labor in Industrial Societies. Cambridge.
- Prenzel, Manfred et al. (Hrsg.) (2004):** PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster.
- Prenzel, Manfred et al. (Hrsg.) (2007):** PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Münster.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2008):** Böhmer: Nationaler Integrationsplan zeigt nach einem Jahr große Erfolge. „REGIERUNGonline“ – Wissen aus erster Hand. 11. Juli.
- Razum, Oliver et al. (2008):** Migration und Gesundheit. Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Robert-Koch-Institut. Berlin. http://www.rki.de/clin_179/nn_199850/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/migration,tempelated=raw,property=publicationFile.pdf/migration.pdf
- Razum, Oliver/Spallek, Jacob (2009):** Wie gesund sind Migranten? Erkenntnisse und Zusammenhänge am Beispiel der Zuwanderer in Deutschland. In: Netzwerk Migration in Europa, focus Migration, Kurzdossier 12 (Onlineressource). www.focus-migration.de/uploads/tx_wilpubdb/KD_12_Migranten_Gesundheit.pdf.
- Riesen, Ilona (2009):** Der iw-Integrationsmonitor. In: iw-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung 1, Jg. 36, S. 99-114. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln.
- Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2008):** Migration und Gesundheit. Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin.
- Rühl, Stephan (2009):** Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland. Working Paper 27 der Forschungsgruppe des BAMF. Nürnberg.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010):** Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Essen.
- Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (2004):** Erfahrung nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, Berlin. www.bamf.de/clin_101/DE/Migration/Forschung/Ergebnisse/Zuwanderungsratzuwanderungsrat-node.html?__nnn=true.
- Sander, Monika (2008):** Is there migration-related inequity in access to or in the utilisation of health care in Germany? SOEP papers on multidisciplinary panel data research 147. Berlin.
- Santel, Bernhard (2008):** Integrationsmonitoring: Neue Wege in Nordrhein-Westfalen. Hrsg. vom Rat für Migration: Politische Essays zu Migration und Integration 2. O.O.
- Santel, Bernhard/Rütten, Anton (2008):** Zuwanderungs- und Integrationsmonitoring: Wer kommt und ist wie integriert? In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 2, Jg. 31, S. 270-287.
- Sauer, Martina (2009):** Türkeistämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Lebenssituation und Integrationsstand. Essen.
- Schäfer, Holger/Seyda, Susanne (2008):** Individualisierung: Erosion des Normalarbeitsverhältnisses? In: IW – Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit in Deutschland. Megatrends, Reformbedarf und Handlungsoptionen. Köln.

- Scheuer, Angelika (2008):** Cultural integration of immigrants in Germany. Präsentation auf der Tagung „Social reporting in Europe: Migration and integration“. Villa Vigoni Conference, 25. bis 27. März.
www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/veranstaltungen_fortbildungen/archiv/soz_ind/Villa_Vigoni/Scheuer.pdf.
- Schönwälder, Karen (2009):** Ethnic Monitoring: Welche Daten braucht die Forschung?
www.migration-boell.de/web/diversity/48_2298.asp.
- Schroeder, Christoph (2007):** Integration und Sprache. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 22-23, S. 6-12.
- Schröer, Hubertus (2007):** Interkulturelle Öffnung. Statement für den Workshop des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. www.fes.de/wiso/pdf/Integration/2007/14_Schroer_230407.pdf.
- Schultze, Günther (2007):** Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik – Chancen einer gesteuerten Zuwanderung nach Deutschland. WISO direkt. Friedrich Ebert Stiftung. Bonn.
- Seibert, Holger (2008):** Junge Migranten am Arbeitsmarkt. Bildung und Einbürgerung verbessern die Chancen. IAB-Kurzbericht 17. <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1708.pdf>.
- Şen, Faruk/Sauer, Martina (2006):** Islam in Deutschland. Einstellungen der türkischstämmigen Muslime. Religiöse Praxis und organisatorische Vertretung türkischstämmiger Muslime in Deutschland. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung. Essen.
- SenGesUmV (2009):** Stellungnahme zu den Indikatoren des Integrationsmonitoring, die Daten aus den Einschulungsuntersuchungen betreffen sowie zu Definitionen des Migrationshintergrundes. 7. April.
- Settelmeyer, Anke/Erbe, Jessica (2010):** Migrationshintergrund. Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. Bundesinstitut für Berufsbildung Bonn. www.bibb.de/dokumente/pdf/WDP_112_Screen.pdf.
- Siegert, Manuel (2006):** Integrationsmonitoring – State of the Art in internationaler Perspektive. Studie im Auftrag des BAMF – Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Siegert, Manuel (2008):** Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. Working Paper 13 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Siegert, Manuel (2009):** Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland. Working Paper 22 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Siegrist, Johannes (2005):** Ergebnisse des Forschungsprogramms "Soziale Ungleichheit von Gesundheit und Krankheit in Europa". Vortrag gehalten auf dem 108. Deutscher Ärztetag 03.-06.05. in Berlin.
<http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.2.20.1827.1834.1848>.
- Solga, Heike (2002):** 'Stigmatization by negative selection': Explaining less-educated people's decreasing employment opportunities. European Sociological Review, Vol. 18, p. 159-178.
- Stadt Berlin (2009):** Berliner Integrationsmonitor. Anhang I des Umsetzungsberichts zum Berliner Integrationskonzept 2007.
www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/berliner_integrationsmonitor_2009_final.pdf?start&ts=1273583931&file=berliner_integrationsmonitor_2009_final.pdf.
- Stadt Frankfurt am Main (2008):** Frankfurter Integrationsstudie. Kurzfassung.
- Stadt Frankfurt am Main (2009a):** Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt a.M.
- Stadt Frankfurt am Main (2009b):** Integration und Vielfalt messen: Konzept für ein Frankfurter Monitoring. Frankfurt a.M.
- Statistisches Bundesamt (2005):** Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2005 - Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006):** Leben in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2005 (Presseexemplar). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007a):** Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen. Fachserie 11 Reihe 1.
- Statistisches Bundesamt (2007b):** Bildung und Kultur. Berufliche Schulen. Fachserie 11 Reihe 2, Schuljahr 2006/2007.
- Statistisches Bundesamt (2007c):** Personen mit Migrationshintergrund – Auf dem Weg zu einer definitorischen Abgrenzung. In: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2007. Fachserie 1 R. 2.2.
- Statistisches Bundesamt (2007d):** Durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt auch zukünftig. Pressemitteilung 518 vom 20.12.
- Statistisches Bundesamt (2008a):** Atypische Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Begleitmaterial zum Pressegespräch am 9. September in Frankfurt am Main. Wiesbaden.
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2008/Arbeitsmarkt/Pressebrochure__Arbeitsmarkt.property=file.pdf.
- Statistisches Bundesamt (2008b):** Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Fachserie 1, Reihe 2.2: Migration in Deutschland. Wiesbaden.
- Stichs, Anja (2008):** Arbeitsmarktintegration von Frauen ausländischer Nationalität in Deutschland. Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische, griechische und polnische Frauen sowie Frauen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. Working Paper 20. BAMF. Nürnberg.

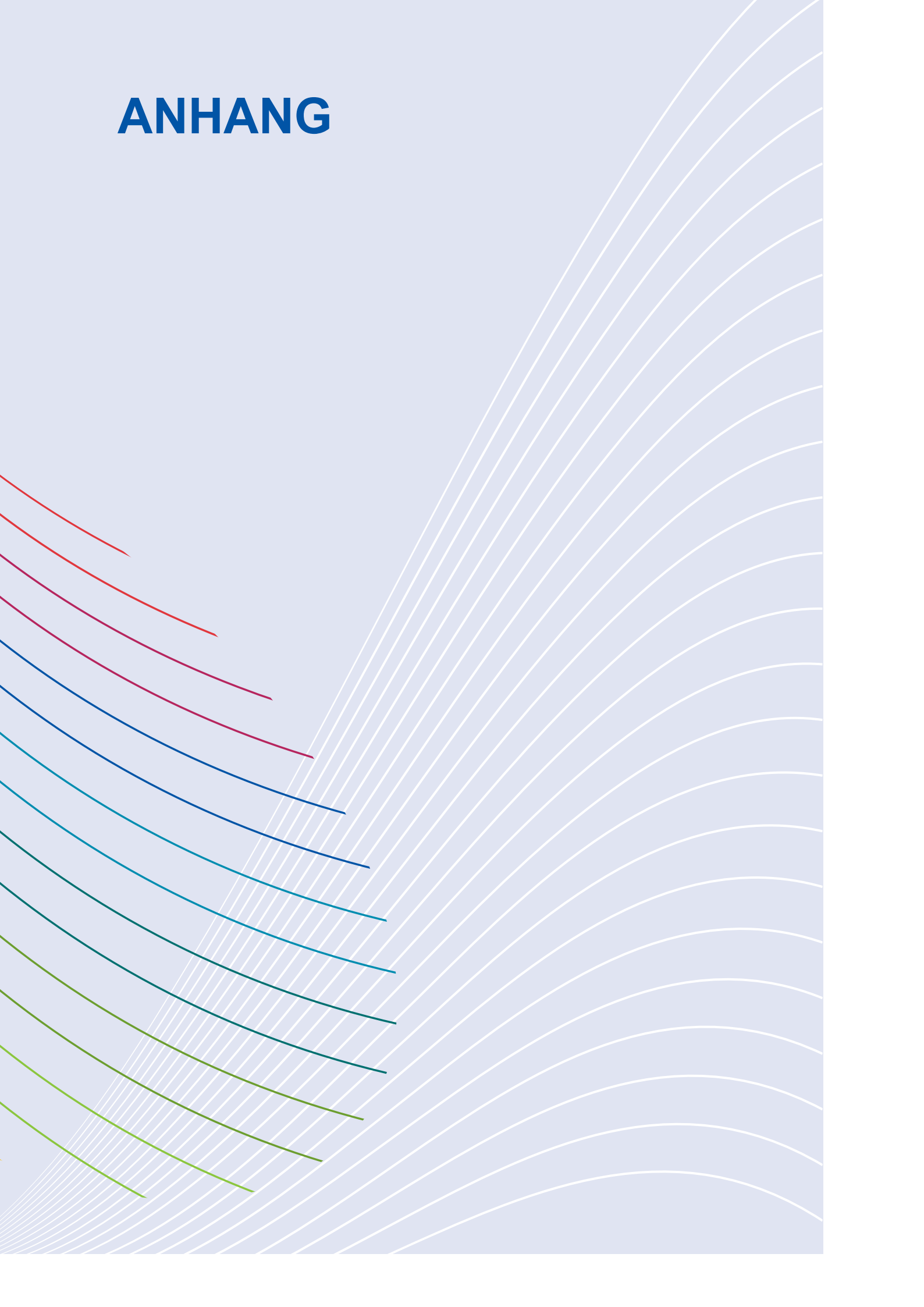
- Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2009):** Türkeistämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland: Lebenssituation und Integrationsstand. Ergebnis der neunten Mehrthemenbefragung. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen.
- Straubhaar, Thomas (2008):** Integrationspolitik ist Bildungspolitik. HWWI Standpunkt, Februar 2008. HWWI. Hamburg. www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubddb/HWWI_Standpunkt59.pdf.
- Swedish Presidency of the European Union (2009):** Presidency conference conclusion on indicators and monitoring of the outcome of integration policies. Malmö. http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.28600!menu/standard/file/Indicators%20and%20monitoring%20of%20outcome%20of%20integration%20policies.pdf.
- Tasci, Hülya (2009):** Die Hintergründe der Ein- und Ausbürgerung junger alevitischer Frauen und Männer und die Bedeutung der Staatsbürgerschaft für die Identifikation von Zugehörigkeit. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 304-310.
- Thiessen, Barbara (2007):** Muslimische Familien in Deutschland. Alltagserfahrungen, Konflikte, Ressourcen. DJI - Deutsches Jugendinstitut, München.
- Thränhardt, Dietrich (2008):** Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Torun, Bedia (2008):** Gastvortrag „Demenz und Migration“ auf der Tagung des Dialogzentrums Demenz am 30. Januar.
- Uhly, Alexandra/Granato, Mona (2006):** Werden ausländische Jugendliche aus dem dualen System der Berufsausbildung verdrängt? In: Berufsausbildung in Wissenschaft und Praxis 35, S. 51-53.
- Ulrich, Joachim Gerd (2005):** Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: INBAS (Hrsg.): Werkstattbericht 2005. Frankfurt u. a.
- Ulrich, Joachim Gerd/Granato, Mona (2006):** „Also, was soll ich noch machen, damit die mich nehmen?“ Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Ausbildungschancen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale nutzen: Berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Bonn, S. 30-50.
- Wasmer, Martina/Koch, Achim (2004):** Einstellungen und Kontakte zu Ausländern. In: Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), S. 584-594.
- Weiss, Karin (2006):** Ausländische Schüler in den neuen Bundesländern – eine Erfolgsgeschichte. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schiefen im Bildungssystem. Opladen, S. 179-192.
- Weiss, Karin (2007):** Zuwanderung in den neuen Bundesländern. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Integration und Einwanderung. Schwalbach/Ts., S. 119-140.
- Wilkens, Ingrid (2005):** Weiterbildung/Lebenslanges Lernen und soziale Segmentation. In: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden, S. 505-521.
- Wilkens, Ingrid (2008a):** Migration, Bildung und Beschäftigung – Die Situation in Deutschland. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 171-178.
- Wilkens, Ingrid (2008b):** MigrantInnen mit Behinderung – Ein Problemaufriss. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 301-304.
- Wilkens, Ingrid (2009a):** Integrationsmonitoring in Deutschland: "Integration fördern – Erfolge messen – Zukunft gestalten". In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 64-67.
- Wilkens, Ingrid (2009b):** Migration und Integration in ausgewählten Ländern der Europäischen Union. In: Migration und Soziale Arbeit 2, S. 95-102.
- Wilkens, Ingrid (2010):** Mobility and Migration. In: Hippach-Schneider, Ute/Toth, Bernadette (eds.): ReferNet-Research Report. Germany: VET Research Report 2009. Bundesinstitut für Berufsforschung/ReferNet/Cedefop EU. Bonn.
- Wilkens, Ingrid/Leber, Ute (2003):** Partizipation an formeller beruflicher Weiterbildung – Neue Ergebnisse auf Basis des SOEP. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3, S. 329-337.
- Woellert, Franziska/Kröhnert, Steffen/Sippel, Lilli/Klingholz, Reiner (2009):** Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- Worbs, Susanne (2008):** Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17. BAMF, Nürnberg.
- Worbs, Susanne (2010):** Integration in klaren Zahlen? Ansätze des Integrationsmonitorings in Deutschland. focus migration. Kurzdossier 16. http://www.focus-migration.de/uploads/tx_wilpubddb/KD_16_IntMon_01.pdf.
- Worbs, Susanne/Friedrich, Lena (2008):** Integrationsberichterstattung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 2, Jg. 31, S. 250-269.
- Wunderlich, Tanja (2005):** Die neuen Deutschen. Subjektive Dimensionen des Einbürgerungsprozesses. Stuttgart.
- Zwick, Martin (2006):** Nur die halbe Wahrheit: „Ausländerstatistik“ verdeckt Integrationserfolge. In: AiD Integration in Deutschland 4, Jg. 22, 15. Dezember. www.iso-plan.de/aid/2006-4/statistik.htm.

7 ABKÜRZUNGS- VERZEICHNIS



Abb.	Abbildung
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMI	Bundesministerium des Innern
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
ebda	ebenda
eds.	editors
efms	europäisches forum für migrationsstudien
et al.	und andere
etc.	et cetera
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Hrsg.	Herausgeber
LAG	länderoffene Arbeitsgruppe
MH	Migrationshintergrund
Mio.	Millionen
o. O.	ohne Ortsangabe
o. V.	ohne Verfasser
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
resp.	respektive
s.	siehe
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozioökonomisches Panel
u. a.	unter anderem
vgl.	vergleiche
vs.	versus
z. B.	zum Beispiel

ANHANG



Grundlagenkennzahlen

A1

Hessische Bevölkerung (LAG A1)

Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund (MH) bzw. Staatsangehörigkeit und verschiedenen Altersgruppen (LAG A1)

Jahr	Geschlecht	Alter von ... bis unter ... Jahren	Gesamt	Deutsche (mit MH)	EU-Aus- länder (mit MH)	Nicht EU- Aus- länder (mit MH)	Zusam- men	ohne MH
							(mit MH)	
In 1.000								
2005	Männlich	unter 3	75	24	/	6	31	44
		3 – 6	82	24	/	7	32	50
		6 – 18	394	81	12	43	136	258
		18 – 25	242	46	10	25	82	160
		25 – 65	1.697	162	77	146	385	1.313
		65 und mehr	492	27	9	15	50	442
		Zusammen	2.983	365	111	241	717	2.266
	Weiblich	unter 3	78	28	/	/	35	44
		3 – 6	86	25	/	6	33	53
		6 – 18	363	75	12	40	128	235
		18 – 25	240	43	8	27	79	161
		25 – 65	1.682	165	76	149	390	1.292
		65 und mehr	660	33	6	11	50	610
		Zusammen	3.109	369	106	239	714	2.395
	Gesamt	unter 3	153	52	/	10	66	87
		3 – 6	168	49	/	13	65	104
		6 – 18	757	157	24	83	264	493
		18 – 25	482	89	19	53	161	321
		25 – 65	3.379	327	153	295	775	2.605
		65 und mehr	1.151	60	15	26	100	1.051
		Zusammen	6.092	733	217	480	1.430	4.661

Jahr	Geschlecht	Alter von ... bis unter ... Jahren	Gesamt	Deutsche (mit MH)	EU-Aus- länder (mit MH)	Nicht EU- Aus- länder (mit MH)	Zusam- men	ohne MH
							(mit MH)	
In 1.000								
2008	Männlich	unter 3	74	29	/	/	35	39
		3 – 6	80	27	/	6	34	46
		6 – 18	376	80	13	33	126	251
		18 – 25	246	52	9	23	84	162
		25 – 65	1.660	179	81	139	398	1.261
		65 und mehr	536	36	11	16	63	473
		Zusammen	2.972	401	118	220	740	2.232
	Weiblich	unter 3	75	28	/	/	33	42
		3 – 6	80	28	/	5	36	43
		6 – 18	349	82	9	33	124	225
		18 – 25	234	44	11	23	78	156
		25 – 65	1.673	180	83	152	415	1.258
		65 und mehr	688	42	8	14	64	623
		Zusammen	3.099	406	115	230	751	2.348
	Gesamt	unter 3	149	57	/	7	68	82
		3 – 6	160	55	5	11	71	90
		6 – 18	725	162	22	65	249	476
		18 – 25	480	96	20	46	162	318
		25 – 65	3.333	359	163	291	813	2.519
		65 und mehr	1.223	78	20	30	128	1.096
		Zusammen	6.071	807	234	450	1.491	4.580

(Quelle: Mikrozensus)

A2**Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hessen (LAG A2)**

Zahl der jährlichen Zuzüge aus dem Ausland nach Hessen sowie Fortzüge aus Hessen ins Ausland (LAG A2)

Zuzüge aus dem Ausland				
Jahr	Geschlecht	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
2005	Männlich	40432	9116	31316
	Weiblich	26410	4574	21836
	Gesamt	66842	13690	53152
2008	Männlich	37858	5610	32248
	Weiblich	25535	3825	21710
	Gesamt	63393	9435	53958

Fortzüge ins Ausland				
Jahr	Geschlecht	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
2005	Männlich	45759	15338	30421
	Weiblich	25697	8979	16718
	Gesamt	71456	24317	47139
2008	Männlich	41953	8085	33868
	Weiblich	27616	7000	20616
	Gesamt	69569	15085	54484

(Quelle: Wanderungsstatistik; für 2008 vorläufige Werte)

A3 Ausländer nach Aufenthaltsstatus in Hessen

Zahl der Ausländer nach Aufenthaltstiteln in Hessen (LAG A3)

2005				
	Männlich	Weiblich	Unbekannt	Gesamt
insgesamt aufhältige Ausländer	381.965	363.923	123	746.011
Aufenthaltsrechte				
unbefristet	146.090	138.769	9	284.868
befristet	62.016	65.145	28	127.189
EU-Aufenthaltsrechte	71.545	63.053	8	134.606
Aufenthaltsgestattung	2225	1691	0	3.916
Aussetzung der Abschiebung (Duldungen)	8.448	6.552	3	15.003

2008				
	Männlich	Weiblich	Unbekannt	Gesamt
insgesamt aufhältige Ausländer	364.419	357.175	54	721.648
Aufenthaltsrechte				
unbefristet	161.642	160.022	2	321.666
befristet	78.995	89.968	20	168.983
EU-Aufenthaltsrecht	80.260	75.188	4	155.452
Aufenthaltsgestattung	874	622	0	1.496
Aussetzung der Abschiebung (Duldungen)	4.093	2.494	0	6.587

(Quelle: Ausländerzentralregister)

A4**Einbürgerungen in Hessen – Einbürgerungsquote**

Zahl und Quote der jährlichen Einbürgerungen bezogen auf Ausländer mit einer Aufenthaltszeit ab acht Jahren (LAG A4)

	Jahr	Geschlecht	Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltszeit ab 8 Jahren ¹	Anzahl der Einbürgerungen ²	Einbürgerungsquote
Hessen	2005	Insgesamt	516 215	13 793	2,7
		Männlich	274 239	7 122	2,6
		Weiblich	241 976	6 671	2,8
	2008	Insgesamt	526 020	13 323	2,5
		Männlich	273 078	6 704	2,5
		Weiblich	252 942	6 619	2,6

(Quelle: Ausländerzentralregister¹, Einbürgerungsstatistik²)

A5**Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund in Hessen**

a) Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an volljährigen Personen mit Migrationshintergrund (LAG A5)

Jahr	Geschlecht	Anteil
2005	Männlich	45,4
	Weiblich	46,4
	Gesamt	45,9
2008	Männlich	48,8
	Weiblich	47,9
	Gesamt	48,4

(Quelle: Mikrozensus)

b) Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen volljährigen Deutschen (LAG A6)

Jahr	Geschlecht	Anteil
2005	Männlich	10,9
	Weiblich	10,4
	Gesamt	10,7
2008	Männlich	12,3
	Weiblich	11,6
	Gesamt	11,9

(Quelle: Mikrozensus)

B6 Frühkindliche Bildung – Betreuungsquote

Anteil der Kinder nach Migrationshintergrund (MH) in Einrichtungen der Kindertagespflege an allen Kindern der betreffenden Altersgruppe

2009	3 bis unter 6 Jahre		0 bis unter 3 Jahre	
	mit MH	ohne MH	mit MH	ohne MH
Besuch von Kindertageseinrichtungen	87,4	95,8	10,0	20,2
Kein Besuch	12,6	4,2	90,0	79,8

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Böttcher et al. 2010)

B7 Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen

Anteil Kinder in Kindertageseinrichtungen, in deren Familie vorrangig nicht deutsch gesprochen wird, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen (LAG B3)

Jahr	Geschlecht	Kita-Kinder 3 bis unter 6 Jahre insgesamt	Vorrangige Familiensprache	
			Deutsch	nicht Deutsch
			in %	
2006	Männlich	77549	77,8	22,2
	Weiblich	73598	78,4	21,6
	Insgesamt	151147	78,1	21,9
2008	Männlich	76215	76,0	24,0
	Weiblich	72413	76,4	23,6
	Insgesamt	148628	76,2	23,8

(Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik)

B8**Schüler der 8. Klassen nach Schulformen**

Anteil der Schülerinnen und Schüler nach Staatsangehörigkeit in der 8. Klasse nach Schulformen an allen Schülern der 8. Klassenstufe (LAG C6)

Jahr	Geschlecht	Schulform	Schüler/innen 8. Klasse				
			Insgesamt	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche
2006/07	Insgesamt	Gesamtschule	10 942	15,7	84,3	19,2	16,4
		Hauptschule	11 389	27,1	72,9	34,5	14,8
		Realschule	18 683	13,8	86,2	28,9	28,6
		Gymnasium	24 187	6,4	93,6	17,4	40,2
		Zusammen	65 201	13,7	86,3	100,0	100,0
	Männlich	Gesamtschule	5 664	15,2	86,3	19,1	16,8
		Hauptschule	6 512	26,1	84,8	37,8	16,9
		Realschule	9 513	12,9	73,9	27,4	29,0
		Gymnasium	11 355	6,2	87,1	15,7	37,3
		Zusammen	33 044	13,6	93,8	100,0	100,0
	Weiblich	Gesamtschule	5 278	16,3	83,7	19,3	15,9
		Hauptschule	4 877	28,4	71,6	31,2	12,6
		Realschule	9 170	14,7	85,3	30,4	28,2
		Gymnasium	12 832	6,6	93,4	19,0	43,2
		Zusammen	32 157	13,8	86,2	99,9	99,9
2008/09	Insgesamt	Gesamtschule	11 056	16,5	83,5	22,3	18,0
		Hauptschule	8 094	28,3	71,1	28,0	11,3
		Realschule	16 762	14,9	85,1	30,5	27,8
		Gymnasium	23 647	6,6	93,4	19,2	43,0
		Zusammen	59 559	13,7	86,3	100,0	100,1
	Männlich	Gesamtschule	5 779	16,1	83,9	22,3	18,5
		Hauptschule	4 667	27,7	72,3	30,9	12,9
		Realschule	8 610	14,0	86,0	28,9	28,2
		Gymnasium	11 364	6,6	93,4	18,0	40,4
		Zusammen	30 420	13,7	86,3	100,1	100,0
	Weiblich	Gesamtschule	5 277	16,9	83,1	22,3	17,4
		Hauptschule	3 427	29,1	70,9	25,0	9,7
		Realschule	8 152	15,8	84,2	32,2	27,3
		Gymnasium	12 283	6,7	93,3	20,5	45,6
		Zusammen	29 139	13,7	86,3	100,0	100,0

(Quelle: Schulstatistik)

B9 Schulentlassene

Anteil der Schulentlassenen eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit an allen ausländischen und deutschen Schulentlassenen (LAG C7)

Jahr	Geschlecht	Schulabschluss	Schulabgänger/innen				
			Insgesamt	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche
2005	Insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	5280	30,8	69,2	18,1	7
		dar. Förderspez. Abschluss	2398	29,2	70,8	7,8	3,2
		mit Hauptschulabschluss	15199	24,1	75,9	40,8	21,9
		mit Realschulabschluss	24983	11	89	30,7	42,3
		mit Fachhochschulreife	873	13,1	86,9	1,3	1,4
		mit Hochschulreife	15227	5,4	94,6	9,2	27,4
		Zusammen	61562	14,6	85,4	100	100
	Männlich	ohne Hauptschulabschluss	3289	30,6	69,4	21,8	8,6
		dar. Förderspez. Abschluss	1513	28,5	71,5	9,3	4,1
		mit Hauptschulabschluss	8682	22,4	77,6	42,2	25,4
		mit Realschulabschluss	12318	10,3	89,7	27,4	41,7
		mit Fachhochschulreife	383	11,5	88,5	1	1,3
		Hochschulreife	6459	5,5	94,5	7,7	23
		Zusammen	31131	14,8	85,2	100	100
	Weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1991	31,1	68,9	14,2	5,3
		dar. Förderspez. Abschluss	885	30,5	69,5	6,2	2,4
		mit Hauptschulabschluss	6517	26,2	73,8	39,2	18,4
		mit Realschulabschluss	12665	11,8	88,2	34,2	42,9
		mit Fachhochschulreife	490	14,3	85,7	1,6	1,6
		Hochschulreife	8768	5,4	94,6	10,8	31,8
		Zusammen	30431	14,3	85,7	100	100

Jahr	Geschlecht	Schulabschluss	Schulabgänger/innen				
			Insgesamt	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche
2008	Insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	4478	28,7	71,3	13,9	5,7
		dar. Förderspez. Abschluss	2136	27,2	72,8	6,3	2,8
		mit Hauptschulabschluss	14355	24,6	75,4	38,3	19,4
		mit Realschulabschluss	26980	12,3	87,7	35,9	42,5
		mit Fachhochschulreife	1151	11,5	88,5	1,4	1,8
		Hochschulreife	17979	5,4	94,6	10,5	30,5
		Zusammen	64943	14,2	85,8	100	100
	Männlich	ohne Hauptschulabschluss	2657	27,2	72,8	15,9	6,9
		dar. Förderspez. Abschluss	1309	25,1	74,9	7,2	3,5
		mit Hauptschulabschluss	8145	22,8	77,2	40,7	22,3
		mit Realschulabschluss	13608	11,1	88,9	33	43
		mit Fachhochschulreife	485	10,5	89,5	1,1	1,5
		Hochschulreife	7831	5,4	94,6	9,3	26,3
		Zusammen	32726	13,9	86,1	100	100
	Weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1821	30,9	69,1	12,1	4,6
		dar. Förderspez. Abschluss	827	30,5	69,5	5,4	2,1
		mit Hauptschulabschluss	6210	26,9	73,1	35,8	16,5
		mit Realschulabschluss	13372	13,5	86,5	38,6	42
		mit Fachhochschulreife	666	12,2	87,8	1,7	2,1
		Hochschulreife	10148	5,4	94,6	11,7	34,8
		Zusammen	32217	14,5	85,5	100	100

(Quelle: Schulstatistik)

B10 Lernende im Berufsausbildungssystem

Verteilung von Lernenden auf die drei Segmente des Berufsausbildungssystems

Jahr	Geschlecht	Deutsche	in % an der eigenen Gruppe	Ausländer	in % an der eigenen Gruppe	Gesamt	in % an der eigenen Gruppe
2005	Duales System						
	Männlich	59488	41,2	5271	28,4	64759	39,7
	Weiblich	40163	27,8	4391	23,6	44554	27,3
	Gesamt	99651	69,0	9662	52,0	109313	67,1
	Schulberufssystem						
	Männlich	15046	10,4	2915	15,7	17961	11,0
	Weiblich	18685	12,9	3157	17,0	21842	13,4
	Gesamt	33731	23,4	6072	32,7	39803	24,4
	Berufsvorbereitungs- und Übergangssystem						
	Männlich	6580	4,6	1689	9,1	8269	5,1
	Weiblich	4381	3,0	1150	6,2	5531	3,4
	Gesamt	10961	7,6	2839	15,3	13800	8,5
	Gesamtergebnis						
	Männlich	81114	56,2	9875	53,2	90989	55,9
	Weiblich	63229	43,8	8698	46,8	71927	44,1
Gesamt	144343	100,0	18573	100,0	162916	100,0	
2008	Duales System						
	Männlich	62322	43,3	5720	30,3	68042	41,7
	Weiblich	42352	29,4	4788	25,4	47140	28,9
	Gesamt	104674	72,6	10508	55,6	115182	70,7
	Schulberufssystem						
	Männlich	14966	10,4	3166	16,8	18132	11,1
	Weiblich	17550	12,2	3375	17,9	20925	12,8
	Gesamt	32516	22,6	6541	34,6	39057	24,0
	Berufsvorbereitungs- und Übergangssystem						
	Männlich	4065	2,8	1084	5,7	5149	3,2
	Weiblich	2842	2,0	750	4,0	3592	2,2
	Gesamt	6907	4,8	1834	9,7	8741	5,4
	Gesamtergebnis						
	Männlich	81353	56,5	9970	52,8	91323	56,0
	Weiblich	62744	43,5	8913	47,2	71657	44,0
Gesamt	144097	100,0	18883	100,0	162980	100,0	

(Quelle: Schulstatistik)

B11 Ausbildungsbeteiligungsquote

Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (LAG C10)

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbeteiligungsquote		
		Insgesamt	Deutsche	Ausländer
2008	Männlich	31,9	33,8	19,0
	Weiblich	22,9	24,1	14,9
	Insgesamt	27,5	29,0	17,0

(Quelle: Berufsbildungsstatistik)

B12 Auszubildende nach Ausbildungsbereichen

Verteilung der Auszubildenden nach Staatsangehörigkeit auf die Ausbildungsbereiche des Dualen Systems (LAG C11)

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbereich	Auszubildende		
			Insgesamt	Deutsche	Ausländer
2005	Männlich	Industrie und Handel	35545	57,3	53,2
		Handwerk	23579	37,2	44,7
		Landwirtschaft	1409	2,4	0,4
		Öffentlicher Dienst	1436	2,4	0,8
		Freie Berufe	457	0,7	0,9
		Zusammen	62426	100,0	100,0
	Weiblich	Industrie und Handel	24056	57,7	46,6
		Handwerk	6466	14,8	19,3
		Landwirtschaft	418	1,1	0,0
		Öffentlicher Dienst	2872	7,2	2,3
		Freie Berufe	8661	19,2	31,7
		Zusammen	42473	100,0	100,0
	Insgesamt	Industrie und Handel	59601	57,4	50,2
		Handwerk	30045	28,2	33,1
		Landwirtschaft	1827	1,9	0,3
		Öffentlicher Dienst	4308	4,3	1,5
		Freie Berufe	9118	8,1	14,9
		Zusammen	104899	100,0	100,0

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbereich	Spalten-%		
			Insgesamt	Deutsche	Ausländer
2008	Männlich	Industrie und Handel	39290	59,9	61,0
		Handwerk	23106	35,0	37,8
		Landwirtschaft	1591	2,6	0,3
		Öffentlicher Dienst	1196	1,9	0,4
		Freie Berufe	359	0,6	0,4
		Zusammen	65542	100,0	100,0
	Weiblich	Industrie und Handel	27197	61,9	53,6
		Handwerk	6488	14,3	17,6
		Landwirtschaft	465	1,1	0,2
		Öffentlicher Dienst	2538	6,1	1,6
		Freie Berufe	7823	16,6	27,0
		Zusammen	44511	100,0	100,0
	Insgesamt	Industrie und Handel	66487	60,7	57,7
		Handwerk	29594	26,7	28,6
		Landwirtschaft	2056	2,0	0,3
		Öffentlicher Dienst	3734	3,6	1,0
		Freie Berufe	8182	7,0	12,5
		Zusammen	110053	100,0	100,0

(Quelle: Berufsbildungsstatistik)

B13 Studierende

Anteil der Studierenden an hessischen Hochschulen nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Jahr	Geschlecht	Insgesamt	Deutsche	Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer
2005/2006	Gesamt	150763	84,6	5,1	10,3
	Männlich	79101	84,6	5,7	9,8
	Weiblich	71662	84,5	4,5	11,0
2008/2009	Gesamt	154766	85,6	5,0	9,4
	Männlich	81004	85,8	5,3	8,9
	Weiblich	73762	85,4	4,7	9,9

(Quelle: Hochschulstatistik)

B14 Weiterbildungsbeteiligung

Beteiligung an formeller beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund in den letzten drei Jahren, von Personen zwischen 17 und 65 Jahren

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Mit Migrations- hintergrund	Ohne Migrations- hintergrund
Hessen	2004	Ja	23,1	25,6
		Nein	76,9	74,4
	2008	Ja	31,6	32,6
		Nein	68,4	67,4
Alte Bundesländer	2004	Ja	20,7	21,3
		Nein	79,3	78,7
	2008	Ja	24,2	26,0
		Nein	75,8	74,0

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

B15 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

Anteil höchster erreichter allgemeinbildender Schulabschlüsse von Personen nach Migrationshintergrund und Altersgruppen an allen Personen der jeweiligen Gruppe (LAG C8)

Jahr	Alter von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Schulabschluss	Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
					Zeilen-%	Spalten-%	Spalten-%	Spalten-%
2005	18-25	Männlich	ohne HS-Abschl.	3	/	/	/	/
			mit HS-Abschl.	27,8	43,4	56,6	35,9	23,7
			mit RS-Abschl.	34,3	32,4	67,6	33,1	34,8
			mit FH-Reife	6,9	/	80,8	/	8,4
			mit Hochschulreife	28	27,4	72,6	22,9	30,7
			Zusammen	100	33,5	66,5	100	100
		Weiblich	ohne HS-Abschl.	3,2	/	/	/	/
			mit HS-Abschl.	17,6	45,4	54,6	24,3	14,3
			mit RS-Abschl.	38,2	31,3	68,7	36,3	39,1
			mit FH-Reife	7,9	35,4	64,6	8,5	7,6
			mit Hochschulreife	33,1	25	75	25,1	37
			Zusammen	100	33	67	100	100
		Insgesamt	ohne HS-Abschl.	3,1	53,2	46,8	4,9	2,2
			mit HS-Abschl.	22,8	44,2	55,8	30,2	19
			mit RS-Abschl.	36,2	31,9	68,1	34,7	37
			mit FH-Reife	7,4	27,7	72,3	6,2	8
			mit Hochschulreife	30,5	26,1	73,9	24	33,8
			Zusammen	100	33,3	66,7	100	100

Jahr	Alter von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Schulabschluss	Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
					Zeilen-%	Spalten-%	Zeilen-%	Spalten-%
2005	18-65	Männlich	ohne HS-Abschl.	3,4	67,7	32,3	9,6	1,4
			mit HS-Abschl.	35,8	24,5	75,5	36,8	35,5
			mit RS-Abschl.	25,6	21,8	78,2	23,4	26,3
			mit FH-Reife	8,1	14,3	85,7	4,9	9,2
			mit Hochschulreife	27	22,4	77,6	25,3	27,5
			Zusammen	100	23,9	76,1	100	100
		Weiblich	ohne HS-Abschl.	4	79	21	13	1,1
			mit HS-Abschl.	31,3	23,3	76,7	30,2	31,7
			mit RS-Abschl.	34,4	17,9	82,1	25,5	37,3
			mit FH-Reife	5,1	24,5	75,5	5,2	5,1
			mit Hochschulreife	25,2	25,2	74,8	26,2	24,9
			Zusammen	100	24,2	75,8	100	100
		Insgesamt	ohne HS-Abschl.	3,7	73,8	26,2	11,3	1,3
			mit HS-Abschl.	33,6	24	76	33,5	33,6
			mit RS-Abschl.	30	19,6	80,4	24,4	31,8
			mit FH-Reife	6,6	18,2	81,8	5	7,1
			mit Hochschulreife	26,1	23,7	76,3	25,8	26,2
			Zusammen	100	24	76	100	100

Jahr	Alter von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Schulabschluss	Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
					Zeilen-%	Spalten-%	Zeilen-%	Spalten-%
2008	18-25	Männlich	ohne HS-Abschl.	4,6	/	55,7	/	3,8
			mit HS-Abschl.	26,5	44,3	55,7	34,9	22,2
			mit RS-Abschl.	31,2	31,7	68,3	29,4	32,2
			mit FH-Reife	7,4	/	75,1	/	8,3
			mit Hochschulreife	30,3	26,9	73,1	24,3	33,4
			Zusammen	100	33,7	66,3	100	100
		Weiblich	ohne HS-Abschl.	3,8	/	/	/	/
			mit HS-Abschl.	17,6	43,3	56,7	23,2	14,9
			mit RS-Abschl.	35,4	30	70	32,3	36,9
			mit FH-Reife	8,5	31,6	68,4	8,2	8,7
			mit Hochschulreife	34,7	27,8	72,2	29,4	37,3
			Zusammen	100	32,9	67,1	100	100
		Insgesamt	ohne HS-Abschl.	4,2	51,2	48,8	6,4	3,1
			mit HS-Abschl.	22,2	43,9	56,1	29,3	18,7
			mit RS-Abschl.	33,2	30,8	69,2	30,8	34,4
			mit FH-Reife	7,9	28,3	71,7	6,8	8,5
			mit Hochschulreife	32,4	27,4	72,6	26,7	35,3
			Zusammen	100	33,3	66,7	100	100

Jahr	Alter von ... bis unter ... Jahren	Geschlecht	Schulabschluss	Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
					Zeilen-%		Spalten-%	
2008	18-65	Männlich	ohne HS-Abschl.	3,1	67,7	32,3	8,4	1,3
			mit HS-Abschl.	34,2	27	73	37	33,3
			mit RS-Abschl.	26,3	21,9	78,1	23	27,4
			mit FH-Reife	8,5	17,4	82,6	5,9	9,4
			mit Hochschulreife	27,8	23,1	76,9	25,7	28,5
			Zusammen	100	25	75	100	100
		Weiblich	ohne HS-Abschl.	3,6	78,5	21,5	11	1
			mit HS-Abschl.	29,2	26,7	73,3	30,4	28,7
			mit RS-Abschl.	34,5	18,8	81,2	25,3	37,6
			mit FH-Reife	5,7	25,1	74,9	5,6	5,8
			mit Hochschulreife	27,1	26,1	73,9	27,7	26,8
			Zusammen	100	25,6	74,4	100	100
		Insgesamt	ohne HS-Abschl.	3,3	73,5	26,5	9,7	1,2
			mit HS-Abschl.	31,7	26,8	73,2	33,6	31
			mit RS-Abschl.	30,4	20,1	79,9	24,2	32,5
			mit FH-Reife	7,1	20,5	79,5	5,8	7,6
			mit Hochschulreife	27,4	24,6	75,4	26,7	27,7
			Zusammen	100	25,3	74,7	100	100

(Quelle: Mikrozensus)

B16 Höchster beruflicher Abschluss

Anteil höchster erreichter beruflicher Abschlüsse von Personen nach Migrationshintergrund an allen Personen zwischen den Gruppen und in der jeweiligen Gruppe (LAG C12)

Jahr	Altersgruppe in Jahren	Geschl.	Höchster beruflicher Abschluss	Insges.	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Spalten-%	
							Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
2005	25 - 35	Insgesamt	ohne Abschluss	21,8	39,3	13,3	59,0	41,0
			mit abgeschlossener Berufsausbildung	52,0	42,3	56,8	26,6	73,4
			mit tertiärem Ausbildungsabschluss	26,2	18,4	30,0	23,0	77,0
			Insgesamt	100	100	100	32,7	67,3
		Männlich	ohne Abschluss	20,4	34,0	14,0	53,6	46,4
			mit abgeschlossener Berufsausbildung	51,6	45,4	54,5	28,3	71,7
			mit tertiärem Ausbildungsabschluss	28,0	20,6	31,5	23,6	76,4
			Insgesamt	100	100	100	32,1	67,9
		Weiblich	ohne Abschluss	23,1	44,2	12,6	63,6	36,4
			mit abgeschlossener Berufsausbildung	52,4	39,5	58,9	25,1	74,9
			mit tertiärem Ausbildungsabschluss	24,4	16,3	28,5	22,3	77,7
			Insgesamt	100	100	100	33,3	66,7

Jahr	Alters- grup- pe in Jah- ren	Geschl.	Höchster beruflicher Abschluss	Ins- ges.	Mit Migra- tions- hinter- grund	Ohne Migra- tions- hinter- grund	Mit Migra- tions- hinter- grund	Ohne Migra- tions- hinter- grund
2005	25 - 65	Ins- gesamt	ohne Abschluss	21,2	42,8	15,0	45,4	54,6
			mit abgeschlos- sener Berufs- ausbildung	52,4	36,9	56,9	15,9	84,1
			mit tertiärem Ausbildungs- abschluss	26,4	20,3	28,1	17,3	82,7
			Insgesamt	100	100	100	22,6	77,4
		Männ- lich	ohne Abschluss	17,2	38,1	11,2	49,5	50,5
			mit abgeschlos- sener Berufs- ausbildung	50,7	39,5	53,9	17,5	82,5
			mit tertiärem Ausbildungs- abschluss	32,1	22,4	34,9	15,6	84,4
			Insgesamt	100	100	100	22,4	77,6
		Weiblich	ohne Abschluss	25,3	47,4	18,8	42,7	57,3
			Lehrausbildung	54,1	34,3	59,9	14,4	85,6
			tertiärem Abschluss	20,6	18,2	21,3	20,1	79,9
			Insgesamt	100	100	100	22,7	77,3

Jahr	Alters- grup- pe in Jah- ren	Geschl.	Höchster beruflicher Abschluss	Ins ges.	Mit Migra- tions- hinter- grund	Ohne Migra- tions- hinter- grund	Mit Migra- tions- hinter- grund	Ohne Migra- tions- hinter- grund
				Spalten-%			Zeilen-%	
2008	25 - 35	Ins- gesamt	ohne Abschluss	20,8	39,0	11,2	64,9	35,1
			Lehrausbildung	53,5	42,7	59,3	27,6	72,4
			tertiärem Abschluss	25,7	18,3	29,6	24,7	75,3
			Insgesamt	100	100	100	34,6	65,4
		Männ- lich	ohne Abschluss	20,4	36,7	11,9	61,5	38,5
			Lehrausbildung	54,1	45,2	58,8	28,5	71,5
			tertiärem Abschluss	25,5	18,1	29,3	24,3	75,7
			Insgesamt	100	100	100	34,2	65,8
		Weiblich	ohne Abschluss	21,2	41,0	10,5	67,8	32,2
			Lehrausbildung	52,9	40,5	59,7	26,8	73,2
			tertiärem Abschluss	25,9	18,5	29,8	25,1	74,9
			Insgesamt	100	100	100	35,0	65,0
	25 - 65	Ins- gesamt	ohne Abschluss	18,5	40,3	11,6	52,5	47,5
			Lehrausbildung	55,1	39,4	60,0	17,2	82,8
			tertiärem Abschluss	26,4	20,2	28,4	18,4	81,6
			Insgesamt	100	100	100	24,1	75,9
		Männ- lich	ohne Abschluss	15,0	36,2	8,4	57,1	42,9
			Lehrausbildung	53,8	42,3	57,3	18,7	81,3
			tertiärem Abschluss	31,2	21,5	34,2	16,3	83,7
			Insgesamt	100	100	100	23,7	76,3
Weiblich		ohne Abschluss	21,9	44,3	14,7	49,4	50,6	
		Lehrausbildung	56,4	36,6	62,7	15,9	84,1	
		tertiärem Abschluss	21,8	19,1	22,6	21,4	78,6	
		Insgesamt	100	100	100	24,4	75,6	

(Quelle: Mikrozensus)

B17 Erwerbstätigenquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund und Geschlecht an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (LAG D13)

Jahr	Geschlecht	Erwerbstätigenquote		
		Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
2005	Männlich	73,7	67,3	75,8
	Weiblich	59,9	49,5	63,4
	Insgesamt	66,8	58,4	69,6
2008	Männlich	76,5	70,4	78,6
	Weiblich	64,1	53,3	68,0
	Insgesamt	70,3	61,7	73,3

(Quelle: Mikrozensus)

B18 Beschäftigungsverhältnisse

a) Anteil abhängig Beschäftigter in atypischen Beschäftigungsverhältnissen nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der eigenen Gruppe

		Normalarbeitsverhältnis	atypische Beschäftigung
2005	Ohne Migrationshintergrund	78,8	21,2
	Mit Migrationshintergrund	72,8	27,2
2008	Ohne Migrationshintergrund	77,7	22,3
	Mit Migrationshintergrund	69,5	30,5

(Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Mikrozensus)

b) Anteil abhängig Erwerbstätiger mit geringfügiger Beschäftigung als einziger oder hauptsächlicher Tätigkeit nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der eigenen Gruppe (LAG D15)

Jahr	Geschlecht	Anteil geringfügig Beschäftigter an abhängig Beschäftigten			
		Insgesamt		Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
		Absolut (in Tsd.)	in %		
2005	Männlich	50	3,9	6,1	3,3
	Weiblich	173	15,8	21,3	14,3
	Insgesamt	224	9,4	12,8	8,4
2008	Männlich	60	4,5	7,2	3,6
	Weiblich	179	15,1	21,1	13,4
	Insgesamt	238	9,5	13,5	8,3

(Quelle: Mikrozensus)

B19 Stellung im Beruf

Aufgliederung von Erwerbstätigen nach Migrationshintergrund in Selbstständige, Angestellte, Beamte und Arbeiter (LAG D14)

Jahr	Geschlecht	Stellung im Beruf	Erwerbstätige		
			Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
			in %		
2005	Insgesamt	Selbständige	11,3	10,4	11,5
		Beamte	6,1	1,0	7,6
		Angestellte	57,0	46,0	60,1
		Arbeiter	25,6	42,6	20,9
		Insgesamt	100,0	100,0	100,0
	Männlich	Selbständige	14,0	12,6	14,4
		Beamte	6,8	/	8,4
		Angestellte	47,7	37,4	50,7
		Arbeiter	31,5	48,9	26,5
		Zusammen	100,0	100,0	100,0
	Weiblich	Selbständige	7,9	7,3	8,1
		Beamte	5,4	/	6,5
		Angestellte	68,5	57,5	71,3
		Arbeiter	18,3	34,2	14,1
		Zusammen	100,0	100,0	100,0
2008	Insgesamt	Selbständige	10,3	9,5	10,6
		Beamte	5,5	0,9	6,8
		Angestellte	59,7	48,1	63,1
		Arbeiter	24,5	41,5	19,5
		Insgesamt	100,0	100,0	100,0
	Männlich	Selbständige	13,0	12,0	13,3
		Beamte	5,8	/	7,2
		Angestellte	49,9	38,5	53,4
		Arbeiter	31,3	48,4	26,1
		Zusammen	100,0	100,0	100,0
	Weiblich	Selbständige	7,1	6,3	7,3
		Beamte	5,1	/	6,4
		Angestellte	71,4	60,3	74,5
		Arbeiter	16,3	32,6	11,8
		Zusammen	100,0	100,0	100,0

/ Hochgerechnete Fallzahlen unter 5000

(Quelle: Mikrozensus)

B20 Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige) von Personen nach Migrationshintergrund in verschiedenen Altersgruppen nach dem ILO-Konzept (LAG D16)

Jahr	Geschlecht	Alter von ... - ... Jahren	Erwerbslosenquote		
			Insgesamt	Mit Migrations- hintergrund	Ohne Migrations- hintergrund
2005	Insgesamt	15 - 65	8,6	14,6	6,8
		15 - 25	12,6	16,2	11
		55 - 65	9,5	16,7	8
	Männlich	15 - 65	8,7	14,3	6,9
		15 - 25	13,7	17,4	11,9
		55 - 65	9,1	16,4	7,6
	Weiblich	15 - 65	8,5	14,9	6,7
		15 - 25	11,4	14,7	9,9
		55 - 65	10	17	8,5
2008	Insgesamt	15 - 65	6,6	11,6	5
		15 - 25	10,3	13,5	8,9
		55 - 65	7	13,5	5,5
	Männlich	15 - 65	6,4	11,4	4,8
		15 - 25	10,7	13,4	9,4
		55 - 65	6,7	14,3	5,1
	Weiblich	15 - 65	6,7	11,8	5,2
		15 - 25	9,9	13,7	8,4
		55 - 65	7,3	12,4	6,1

(Quelle: Mikrozensus)

B21 Arbeitslosenquote

Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen in den Rechtskreisen SGB II sowie SGB III nach Staatsangehörigkeit (LAG D17)

Jahr	Geschlecht	Arbeitslosen- quote in den Rechtskreisen ...	Arbeitslosenquote		
			Insgesamt	Deutsche	Ausländer
2005	Insgesamt	SGB III	4,7	4,4	6,9
		SGB II	6,2	4,9	14,4
		Zusammen	10,9	9,3	21,3
	Männlich	SGB III	4,6	2,2	4,1
		SGB II	6,5	2,7	8,0
		Zusammen	11,1	4,9	12,0
	Weiblich	SGB III	4,8	2,2	2,9
		SGB II	5,8	2,2	6,4
		Zusammen	10,6	4,4	9,3
2008	Insgesamt	SGB III	2,2	2,1	3,0
		SGB II	5,2	4,1	13,7
		Zusammen	7,4	6,3	16,8
	Männlich	SGB III	2,2	2,0	3,1
		SGB II	5,1	4,2	12,0
		Zusammen	7,3	6,2	15,2
	Weiblich	SGB III	2,3	2,2	2,9
		SGB II	5,3	4,1	15,8
		Zusammen	7,6	6,3	18,8

(Quelle: Arbeitslosenstatistik)

B22**Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts**

Anteil der Personen nach Migrationshintergrund im Alter von 15 und mehr Jahren nach der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts an allen Personen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (LAG D19)

Jahr	Geschlecht	Überwiegender Lebensunterhalt aus ...	Insgesamt	in %	
				Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
2005	Männlich	Erwerbstätigkeit	57,4	58,0	57,2
		Angehörige	9,5	14,5	8,1
		Rente/Pension	24,6	12,3	28,0
		eigenes Vermögen	0,8	/	0,9
		öffentliche Transferleistungen	7,7	14,7	5,7
		Zusammen	100,0	100,0	100,0
	Weiblich	Erwerbstätigkeit	40,3	39,1	40,7
		Angehörige	28,1	37,7	25,6
		Rente/Pension	25,1	10,9	28,8
		eigenes Vermögen	0,6	/	0,6
		öffentliche Transferleistungen	5,9	11,9	4,3
		Zusammen	100,0	100,0	100,0
	Insgesamt	Erwerbstätigkeit	48,6	48,5	48,6
		Angehörige	19,1	26,2	17,2
		Rente/Pension	24,9	11,6	28,4
		eigenes Vermögen	0,7	/	0,8
		öffentliche Transferleistungen	6,8	13,3	5,0
		Zusammen	100,0	100,0	100,0

Jahr	Geschlecht	Überwiegender Lebensunterhalt aus ...	Insgesamt	in %	
				Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
2008	Männlich	Erwerbstätigkeit	58,1	58,7	57,9
		Angehörige	9,5	13,2	8,5
		Rente/Pension	24,8	13,9	28,0
		eigenes Vermögen	0,8	/	0,8
		öffentliche Transferleistungen	6,8	13,8	4,8
		Zusammen	100,0	100,0	100,0
	Weiblich	Erwerbstätigkeit	40,8	39,1	41,2
		Angehörige	26,7	34,4	24,6
		Rente/Pension	24,7	11,9	28,3
		eigenes Vermögen	0,6	/	0,7
		öffentliche Transferleistungen	7,2	14,3	5,2
		Zusammen	100,0	100,0	100,0
	Insgesamt	Erwerbstätigkeit	49,2	48,8	49,3
		Angehörige	18,4	23,9	16,8
		Rente/Pension	24,8	12,9	28,1
		eigenes Vermögen	0,7	/	0,8
		öffentliche Transferleistungen	7,0	14,1	5,0
		Zusammen	100,0	100,0	100,0

/ Hochgerechnete Fallzahlen unter 5000

(Quelle: Mikrozensus)

B23**Nettoeinkommen von Familien**

Nettoeinkommen in Familien mit ledigen Kindern nach Migrationsstatus des Haupteinkommensbeziehers und monatlichem Nettoeinkommen 2008

	Zusammen	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
	in 1000			in %	
unter 1300 Euro	75	42	33	6,4	12,7
1300 bis unter 2000 Euro	151	85	66	12,9	25,4
2000 bis unter 3200 Euro	304	215	90	32,6	34,6
3200 und mehr Euro	299	253	45	38,4	17,3
ohne Angabe	90	64	26	9,7	10,0
Zusammen	919	659	260	100,0	100,0

(Quelle: Mikrozensus)

B24 Bezieher von Leistungen nach SGB II

Anteil erwerbsfähiger Bezieher von Leistungen nach SGB II
(Grundsicherung für Arbeitssuchende) nach Staatsangehörigkeit (LAG D20)

Jahr	Geschlecht	Alter von ... bis unter ... Jahren	Bezieher von Leistungen nach SGB II		
			Insgesamt	Deutsche	Ausländer
			in %		
2005	Insgesamt	15 – 25	9,5	8,1	17,6
		25 – 65	7,3	5,8	16,9
		Zusammen	7,7	6,2	17,1
	Männlich	15 – 25	9,0	7,7	17,0
		25 – 65	7,4	6,0	16,9
		Zusammen	7,7	6,3	16,9
	Weiblich	15 – 25	10,0	8,5	18,2
		25 – 65	7,2	5,6	17,0
		Zusammen	7,6	6,1	17,2
2008 ¹⁾	Insgesamt	15 – 25	8,2	6,5	19,0
		25 – 65	7,3	5,7	17,5
		Zusammen	7,5	5,8	17,8
	Männlich	15 – 25	7,3	5,7	17,6
		25 – 65	7,2	5,7	16,9
		Zusammen	7,2	5,7	17,0
	Weiblich	15 – 25	9,1	7,2	20,2
		25 – 65	7,5	5,7	18,1
		Zusammen	7,7	6,0	18,4

¹⁾ Die Werte basieren auf Bevölkerungszahlen aus dem Mikrozensus 2008 (Jahresdurchschnitt).

(Quelle: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II)

B25 Armutsrisikoquote

Anteil der Personen nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle (insgesamt, bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Älteren) (LAG D18)

Jahr	Geschlecht	Alter	Armutsrisikoquote		
			Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
2005	Männlich	unter 18	21,0	35,8	12,4
		65 und mehr	12,1	30,0	10,0
		Zusammen	14,4	29,0	9,7
	Weiblich	unter 18	21,9	37,0	13,0
		65 und mehr	15,7	31,0	14,3
		Zusammen	16,2	30,6	11,8
	Insgesamt	unter 18	21,4	36,4	12,7
		65 und mehr	14,1	30,5	12,5
		Zusammen	15,3	29,8	10,7
2008	Männlich	unter 18	19,4	34,0	10,9
		65 und mehr	12,4	24,8	10,7
		Zusammen	14,2	27,5	9,7
	Weiblich	unter 18	19,7	33,3	11,2
		65 und mehr	16,0	28,4	14,6
		Zusammen	15,8	28,2	11,7
	Insgesamt	unter 18	19,5	33,7	11,0
		65 und mehr	14,4	26,6	12,9
		Zusammen	15,0	27,9	10,7

(Quelle: Mikrozensus)

B26 Wohnfläche je Familienmitglied

Wohnfläche in m² je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren differenziert nach Migrationshintergrund (LAG F24)

Jahr	Geschlecht	Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
2006	Männlich	29,8	25,5	33,6
	Weiblich	29,6	25,6	33,1
	Insgesamt	29,7	25,6	33,4

(Quelle: Mikrozensus)

B27 Eigentümerquote

Anteil der Personen mit Wohneigentum bezogen auf die Bezugsperson im Haushalt am Hauptwohnsitz nach Migrationshintergrund (LAG F23)

Jahr	Geschlecht	Eigentümerquote		
		Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
2006	Männlich	50,5	25,4	56,5
	Weiblich	32,0	13,4	35,2
	Insgesamt	44,7	22,4	49,6

(Quelle: Mikrozensus)

B28 Subjektives Gesundheitsempfinden

Aktueller gesundheitlicher Zustand nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Sehr gut	7,3	8,4
		Gut	35,1	35,7
		Zufriedenstellend	36,5	35,7
		Weniger gut	15,8	15,9
		Schlecht	5,4	4,4
	2008	Sehr gut	10,4	8,8
		Gut	33,8	35,4
		Zufriedenstellend	30,9	37,4
		Weniger gut	17,2	14,2
		Schlecht	7,7	4,3
Alte Bundesländer	2005	Sehr gut	10,8	8,9
		Gut	38,9	37,3
		Zufriedenstellend	30,5	34,1
		Weniger gut	15,5	15,2
		Schlecht	4,3	4,5
	2008	Sehr gut	12,1	8,2
		Gut	37,0	38,2
		Zufriedenstellend	30,6	34,9
		Weniger gut	15,8	14,6
		Schlecht	4,4	4,1

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

B29**Gesundheitsförderndes Verhalten**

Häufigkeit von aktiver sportlicher Betätigung nach Migrationshintergrund

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Mindestens 1 x die Woche	18,6	40,8
		Mindestens 1 x im Monat	7,0	7,9
		Seltener	19,2	16,3
		Nie	55,2	35,0
	2008	Mindestens 1 x die Woche	27,6	48,8
		Mindestens 1 x im Monat	8,8	8,4
		Seltener	17,4	14,9
		Nie	46,2	27,9
Alte Bundesländer	2005	Mindestens 1 x die Woche	23,8	33,9
		Mindestens 1 x im Monat	7,0	8,4
		Seltener	17,8	17,8
		Nie	51,4	39,9
	2008	Mindestens 1 x die Woche	28,6	42,6
		Mindestens 1 x im Monat	8,4	7,8
		Seltener	17,8	19,3
		Nie	45,3	30,3

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

B30 Politisches Engagement

Häufigkeit der Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Jede Woche	0,0	3,2
		Jeden Monat	1,0	2,1
		Seltener	6,1	7,2
		Nie	92,9	87,5
	2008	Jede Woche	1,2	1,2
		Jeden Monat	0,3	1,6
		Seltener	7,4	7,4
		Nie	91,0	89,8
Alte Bundesländer	2005	Jede Woche	0,3	1,0
		Jeden Monat	0,7	2,1
		Seltener	4,2	8,0
		Nie	94,7	88,8
	2008	Jede Woche	0,3	1,0
		Jeden Monat	0,6	1,9
		Seltener	5,5	7,9
		Nie	93,6	89,2

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

C31 Haushaltsgröße

Anteile der Personen in einem Privathaushalt nach Migrationshintergrund in der eigenen Gruppe 2008

	ohne MH	Deutsche mit MH	Ausländer
Einpersonenhaushalte	39,4	28,6	31,6
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Personen	35,9	29,7	25,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 Personen	12,9	18,2	17,4
Mehrpersonenhaushalte mit 4 oder mehr Personen	11,8	23,4	25,5
	100,0	100,0	100,0

(Quelle: Mikrozensus)

C32 Zusammenleben in Privathaushalten

Menschen mit/ohne Migrationshintergrund nach Lebensformen
in Privathaushalten 2008 (LAG A7)

	mit MH	ohne MH
Alleinstehend	20,4	27,6
Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	27,7	40,0
Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	36,0	20,5
Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	2,8	2,3
Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	12,8	9,5
Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ohne und mit Kindern		0,2

(Quelle: Mikrozensus)

C33 Kinderzahl je Frau

Kinderzahl je Frau in der Altersgruppe zwischen 15 und 44 Jahren nach
Staatsangehörigkeit

Kinder je Frau	2005	2008
deutsche Mutter	1,25	1,29
ausländische Mutter	1,84	1,76

(Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Sonderauswertung)

C34 Private Kontakte

Besuch von Ausländern bei Deutschen und von Deutschen bei Ausländern
in den letzten zwölf Monaten in einer Selbstausskunft von Ausländern

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Ausländer in %	
			Besuche bei Deutschen	Besuche von Deutschen
Hessen	2001	Ja	67,8	74,3
		Nein	32,2	25,7
	2005	Ja	83,0	84,9
		Nein	17,0	15,1
Alte Bundesländer	2001	Ja	81,8	86,1
		Nein	18,2	13,9
	2005	Ja	77,5	84,3
		Nein	22,5	15,7

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

C35 Bürgerschaftliches Engagement

Häufigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach Migrationshintergrund

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Jede Woche	3,4	12,8
		Jeden Monat	6,6	11,2
		Seltener	11,2	14,4
		Nie	78,9	61,6
	2008	Jede Woche	5,3	12,5
		Jeden Monat	4,6	9,7
		Seltener	7,9	12,6
		Nie	82,2	65,2
Alte Bundesländer	2005	Jede Woche	6,1	10,5
		Jeden Monat	4,0	9,3
		Seltener	9,5	15,2
		Nie	80,5	65,0
	2008	Jede Woche	6,2	11,3
		Jeden Monat	3,4	8,1
		Seltener	7,2	11,4
		Nie	83,2	69,2

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

C36 Tatverdächtige

Anteil tatverdächtiger Deutscher/Ausländer (Wohnbevölkerung, ohne ausländer-spezifische Straftaten) an allen Tatverdächtigen, insgesamt und nach verschiedenen Altersgruppen

Jahr	Geschlecht	Alter von ... bis unter ... Jahren	Tatverdächtige		
			Insgesamt	Deutsche	Ausländer
			in %		
2005	Insgesamt	Jugendliche 14 - 18	16.646	76,2	23,8
		Heranwachsende 18 - 21	13.496	75,9	24,1
		21 - 25	16.475	72,2	27,8
		25 und mehr	91.076	74,6	25,4
		Zusammen	137.693	74,7	25,3
	Männlich	Jugendliche 14 - 18	11.855	74,5	25,5
		Heranwachsende 18 - 21	10.514	75,4	24,6
		21 - 25	12.774	71,6	28,4
		25 und mehr	69.782	73,8	26,2
		Zusammen	104.925	73,8	26,2
	Weiblich	Jugendliche 14 - 18	4.791	80,5	19,5
		Heranwachsende 18 - 21	2.982	77,6	22,4
		21 - 25	3.701	74,5	25,5
		25 und mehr	21.294	77,4	22,6
		Zusammen	32.768	77,5	22,5
2008	Insgesamt	Jugendliche 14 - 18	15.769	77,6	22,4
		Heranwachsende 18 - 21	13.298	76,0	24,0
		21 - 25	15.130	74,3	25,7
		25 und mehr	90.442	74,7	25,3
		Zusammen	134.639	75,1	24,9
	Männlich	Jugendliche 14 - 18	11.140	76,4	23,6
		Heranwachsende 18 - 21	10.470	75,9	24,1
		21 - 25	11.846	74,5	25,5
		25 und mehr	68.623	74,0	26,0
		Zusammen	102.079	74,5	25,5
	Weiblich	Jugendliche 14 - 18	4.629	80,5	19,5
		Heranwachsende 18 - 21	2.828	76,2	23,8
		21 - 25	3.284	73,5	26,5
		25 und mehr	21.819	76,7	23,3
		Zusammen	32.560	76,9	23,1

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)

C37 Verurteilte

Anteil verurteilte Deutsche/Ausländer an allen Verurteilten, insgesamt und nach Altersgruppen (LAG G26)

Jahr	Geschlecht	Alter von ... bis unter ... Jahren	Verurteilte		
			Insgesamt	Ausländer	Deutsche
				in %	
2005	Insgesamt	Jugendliche 14 - 18	3.815	*	*
		Heranwachsende 18 - 21	4.838	*	*
		21 - 25	8.889	*	*
		25 und mehr	40.931	*	*
		Zusammen	58.473	28,5	71,5
	Männlich	Jugendliche 14 - 18	3.215	*	*
		Heranwachsende 18 - 21	4.153	*	*
		21 - 25	7.321	*	*
		25 und mehr	32.939	*	*
		Zusammen	47.628	29,1	70,9
	Weiblich	Jugendliche 14 - 18	600	*	*
		Heranwachsende 18 - 21	685	*	*
		21 - 25	1.568	*	*
		25 und mehr	7.992	*	*
		Zusammen	10.845	25,8	74,2
2008	Insgesamt	Jugendliche 14 - 18	3.660	25,3	74,7
		Heranwachsende 18 - 21	4.489	21,9	78,1
		21 - 25	8.297	25,3	74,7
		25 und mehr	40.069	25,1	74,9
		Zusammen	56.515	24,9	75,1
	Männlich	Jugendliche 14 - 18	3.157	26,1	73,9
		Heranwachsende 18 - 21	3.846	22,7	77,3
		21 - 25	6.762	25,5	74,5
		25 und mehr	31.965	25,9	74,1
		Zusammen	45.730	25,6	74,4
	Weiblich	Jugendliche 14 - 18	503	20,3	79,7
		Heranwachsende 18 - 21	643	17,3	82,7
		21 - 25	1.535	24,6	75,4
		25 und mehr	8.104	21,7	78,3
		Zusammen	10.785	21,8	78,2

* Unterteilung der Daten in Altersgruppen nicht vorhanden

(Quelle: Strafverfolgungsstatistik)

D38

Kenntnis der deutschen Sprache

Deutschkenntnisse von Personen mit Migrationshintergrund nach eigener Sprachstandseinschätzung

	Jahr	Sprechkompetenz	Anteil der Personen in %, die und deren Eltern nicht Deutsch als Muttersprache sprechen*	Schreibkompetenz	Anteil der Personen in %, die und deren Eltern nicht Deutsch als Muttersprache sprechen*
			Deutsch		Deutsch
Hessen	2005	sehr gut	27,1	sehr gut	16,7
		gut	33,3	gut	23,4
		es geht	28,2	es geht	25,3
		eher schlecht	9,2	eher schlecht	21,7
		gar nicht	2,2	gar nicht	12,9
	2008	sehr gut	34,8	sehr gut	25,0
		gut	37,5	gut	37,8
		es geht	21,5	es geht	8,8
		eher schlecht	5,4	eher schlecht	19,6
		gar nicht	0,9	gar nicht	8,8
Alte Bundesländer	2005	sehr gut	34,1	sehr gut	26,7
		gut	33,1	gut	22,9
		es geht	22,0	es geht	21,8
		eher schlecht	9,4	eher schlecht	18,3
		gar nicht	1,4	gar nicht	10,4
	2008	sehr gut	40,8	sehr gut	32,9
		gut	33,1	gut	27,2
		es geht	18,4	es geht	19,6
		eher schlecht	6,7	eher schlecht	13,7
		gar nicht	1,0	gar nicht	6,6

* Es ist davon auszugehen, dass bis zu 26% (2008) der befragten Personen mit Migrationshintergrund in Hessen als Muttersprachler in der Sprache Deutsch einzuordnen sind (Wert für beide Items: sprechen und schreiben) (für die alten Bundesländer sind es 2008 bis zu 33 %). Die Sprachkompetenzen des Restes der befragten Personen teilt sich auf, wie in der Tabelle aufgeführt.

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

D39 Gebrauch der deutschen Sprache

Überwiegender Gebrauch der Heimatsprache oder des Deutschen in Deutschland

	Jahr	Überwiegender Sprachgebrauch	Anteil der Personen in %	
			Mit Migrationshintergrund, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen	
Hessen	2005	Deutsch	31,8	
		Heimatsprache	21,8	
		Teils-teils	46,4	
	2008	Deutsch	43,5	
		Heimatsprache	8,9	
		Teils-teils	47,6	
Alte Bundesländer	2005	Deutsch	44,3	
		Heimatsprache	22,5	
		Teils-teils	33,2	
	2008	Deutsch	49,9	
		Heimatsprache	16,0	
		Teils-teils	34,2	

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

D40 Religionszugehörigkeit

Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nach Migrationshintergrund 2007

	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
		Migrationshintergrund	
		mit	ohne
Hessen	katholisch	38,4	21,0
	evangelisch	14,6	58,6
	andere christliche Religionsgemeinschaft	14,7	1,9
	islamische Religionsgemeinschaft	20,3	0,0
	andere Religionsgemeinschaft	1,8	0,0
	konfessionslos	10,3	18,5
Alte Bundesländer	katholisch	35,4	39,2
	evangelisch	20,0	40,5
	andere christliche Religionsgemeinschaft	9,6	1,2
	islamische Religionsgemeinschaft	20,9	0,1
	andere Religionsgemeinschaft	1,0	0,1
	konfessionslos	13,1	18,9

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

D41 Glaubenspraxis

Häufigkeit des Besuchs einer Kirche bzw. religiöser Veranstaltungen nach Migrationshintergrund

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Mindestens 1 x die Woche	20,4	6,3
		Mindestens 1 x im Monat	4,8	9,0
		Seltener	21,5	38,7
		Nie	53,2	45,9
	2008	Mindestens 1 x die Woche	13,0	6,1
		Mindestens 1 x im Monat	8,3	10,1
		Seltener	29,2	38,0
		Nie	49,6	45,8
Alte Bundesländer	2005	Mindestens 1 x die Woche	12,8	10,2
		Mindestens 1 x im Monat	10,9	9,9
		Seltener	29,0	35,4
		Nie	47,4	44,5
	2008	Mindestens 1 x die Woche	13,0	8,9
		Mindestens 1 x im Monat	10,4	9,2
		Seltener	30,7	33,6
		Nie	45,9	48,3

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

D42 Einstellungen und Meinungen

a) Einstellungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Große Sorgen	56,3	59,7
		Einige Sorgen	37,1	35,5
		Keine Sorgen	6,6	4,9
	2008	Große Sorgen	36,3	24,7
		Einige Sorgen	50,8	61,5
		Keine Sorgen	12,8	13,9
Alte Bundesländer	2005	Große Sorgen	47,9	54,1
		Einige Sorgen	45,4	41,4
		Keine Sorgen	6,7	4,5
	2008	Große Sorgen	23,0	24,9
		Einige Sorgen	61,9	61,7
		Keine Sorgen	15,1	13,4

b) Einstellungen zur eigenen wirtschaftlichen Situation

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Große Sorgen	41,8	21,2
		Einige Sorgen	49,0	55,5
		Keine Sorgen	9,3	23,3
	2008	Große Sorgen	33,4	19,0
		Einige Sorgen	51,9	50,1
		Keine Sorgen	14,7	30,8
Alte Bundesländer	2005	Große Sorgen	37,4	21,8
		Einige Sorgen	46,1	51,4
		Keine Sorgen	16,4	26,8
	2008	Große Sorgen	29,9	17,3
		Einige Sorgen	52,1	49,9
		Keine Sorgen	18,0	32,7

c) Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Große Sorgen	26,5	16,1
		Einige Sorgen	45,4	47,6
		Keine Sorgen	28,2	36,2
	2008	Große Sorgen	17,8	13,0
		Einige Sorgen	41,4	35,0
		Keine Sorgen	40,8	52,1
Alte Bundesländer	2005	Große Sorgen	26,4	17,5
		Einige Sorgen	43,7	39,5
		Keine Sorgen	29,9	43,0
	2008	Große Sorgen	18,2	12,7
		Einige Sorgen	43,2	34,9
		Keine Sorgen	38,7	52,4

d) Sorgen um den Umweltschutz

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Große Sorgen	23,5	27,9
		Einige Sorgen	63,3	60,6
		Keine Sorgen	13,2	11,5
	2008	Große Sorgen	29,7	28,8
		Einige Sorgen	57,4	62,2
		Keine Sorgen	12,9	9,0
Alte Bundesländer	2005	Große Sorgen	25,1	28,8
		Einige Sorgen	56,5	57,2
		Keine Sorgen	18,4	14,0
	2008	Große Sorgen	27,1	29,3
		Einige Sorgen	55,6	57,4
		Keine Sorgen	17,3	13,3

e) Sorgen um Zuwanderung

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Große Sorgen	28,1	39,9
		Einige Sorgen	43,7	44,1
		Keine Sorgen	28,2	15,9
	2008	Große Sorgen	13,2	26,0
		Einige Sorgen	51,9	44,3
		Keine Sorgen	34,8	29,7
Alte Bundesländer	2005	Große Sorgen	29,0	41,1
		Einige Sorgen	44,5	41,8
		Keine Sorgen	26,5	17,1
	2008	Große Sorgen	18,8	27,8
		Einige Sorgen	43,4	45,2
		Keine Sorgen	37,8	27,0

f) Sorgen um Ausländerfeindlichkeit

	Jahr	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
			Migrationshintergrund	
			mit	ohne
Hessen	2005	Große Sorgen	33,4	26,4
		Einige Sorgen	46,3	53,2
		Keine Sorgen	20,4	20,4
	2008	Große Sorgen	24,7	23,7
		Einige Sorgen	53,3	56,5
		Keine Sorgen	22,0	19,8
Alte Bundesländer	2005	Große Sorgen	30,3	30,3
		Einige Sorgen	49,2	50,5
		Keine Sorgen	20,5	19,2
	2008	Große Sorgen	25,0	23,9
		Einige Sorgen	51,2	55,2
		Keine Sorgen	23,8	20,9

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

E43**Zugehörigkeitsgefühl von Ausländern zur deutschen Gesellschaft**

Subjektive Einschätzung von Ausländern/Personen mit Migrationshintergrund, sich als Deutsche zu fühlen, 2003

	Ausprägungen	Anteil der Personen in %	
		mit MH	ohne deutsche Staatsangehörigkeit
Hessen	Voll und ganz	14,7	6,2
	Überwiegend	24,8	20,0
	In mancher Beziehung	31,0	37,2
	Kaum	20,9	24,7
	Gar nicht	8,6	11,9
Alte Bundesländer	Voll und ganz	24,1	10,1
	Überwiegend	23,8	21,1
	In mancher Beziehung	25,3	31,5
	Kaum	15,5	20,8
	Gar nicht	11,3	16,6

(Quelle: SOEP)

E44**Empfinden von Benachteiligung aufgrund der Herkunft**

Subjektives Empfinden von Personen mit Migrationshintergrund, aufgrund der Herkunft in den letzten zwei Jahren benachteiligt worden zu sein

	Jahr	Häufigkeitsausprägungen	Anteil der Personen in %		
			Mit Migrationshintergrund	davon Deutsche mit Migrationshintergrund	davon Ausländer
Hessen	2005	Häufig	9,0	2,7	11,6
		Selten	38,7	44,0	36,5
		Nie	52,3	53,3	51,9
	2008	Häufig	13,0	3,1	18,9
		Selten	33,4	45,5	26,1
		Nie	53,7	51,4	55,0
Alte Bundesländer	2005	Häufig	5,6	5,2	5,9
		Selten	37,1	37,3	37,0
		Nie	57,2	57,5	57,1
	2008	Häufig	7,7	5,9	8,7
		Selten	32,5	30,3	33,7
		Nie	59,9	63,8	57,7

(Quelle: SOEP, gewichtete Werte)

Anhang 2: Die Indikatoren der länderoffenen Arbeitsgruppe

In diesem Anhang sind die von der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ im Pilotbericht verwendeten Indikatoren nach den einzelnen Themenfeldern aufgeführt.

A: Merkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

- A1: Bevölkerung
- A2: Zu- und Fortzüge
- A3: Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus
- A4: Einbürgerungsquote
- A5: Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund
- A6: Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund
- A7: Lebensformen

B, C: Bildung

- B1: Kinder (0 bis unter 3 Jahre) in Kindertageseinrichtungen
- B2: Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen
- B3: Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen
- B4: Sprachförderbedarf bei Vorschulkindern
- B5: Bestandene Sprachprüfungen zum Integrationskurs
- C6: Schülerinnen und Schüler nach Schulformen in der 8. Klasse
- C7: Schulabgängerinnen und Schulabgänger
- C8: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss
- C9: Studienabbrecherquote
- C10: Ausbildungsbeteiligungsquote
- C11: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen
- C12: Höchster beruflicher Abschluss

D: Arbeitsmarkt und Lebensunterhalt

- D13: Erwerbstätigenquote
- D14: Stellung im Beruf
- D15: Geringfügige Beschäftigung
- D16: Erwerbslosenquote
- D17: Arbeitslosenquote
- D18: Armutsrisikoquote
- D19: Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts
- D20: Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II

E: Gesundheit

- E21: Durchimpfungsgrad
- E22: Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U8

F: Wohnen

- F23: Eigentümerquote
- F24: Wohnfläche je Familienmitglied

G: Kriminalität

- G25: Tatverdächtige
- G26: Verurteilte

Anhang 3: Die auf europäischer Ebene vorgeschlagenen Core Indicators

Policy area	Core indicators
Employment	<ul style="list-style-type: none"> > employment rate > unemployment rate > activity rate
Education	<ul style="list-style-type: none"> > highest educational attainment (share of population with tertiary, secondary and primary or less than primary education) > share of low-achieving 15-year-olds in reading, mathematics and science > share of 30–34-year-olds with tertiary educational attainment > share of early leavers from education and training
Social inclusion	<ul style="list-style-type: none"> > median net income – the median net income of the immigrant population as a proportion of the median net income of the total population > at risk of poverty rate – share of population with net disposable income of less than 60 per cent of national median > the share of population perceiving their health status as good or poor > ratio of property owners to non-property owners among immigrants and the total population
Active citizenship	<ul style="list-style-type: none"> > the share of immigrants that have acquired citizenship > the share of immigrants holding permanent or long-term residence permits > the share of immigrants among elected representatives

Quelle: European Ministerial Conference on Integration 2010: 15

Impressum

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden
Telefon 0611/32-0

Abteilung V – Integration

Dr. Walter Kindermann

Referat 4 – Integrationsforschung, Monitoring, Rechtsfragen

Dr. Ingrid Wilkens
Dr. Sonja Klinker
Frank Märker
Maja Waldmüller

V.i.S.d.P.: Sandra Kranz

Gestaltung und Produktion

ansicht kommunikationsagentur
Haike Boller (verantwortlich), Jing Dünisch, Jan Hesselink
Wiesbaden
www.ansicht.com

Wiesbaden, 25. November 2010

Hinweis zur Verwendung der Broschüre

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern, Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

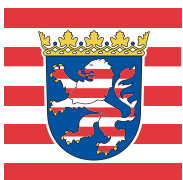
Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem/der Empfänger/in zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Vielfalt in Hessen leben und gestalten



HESSEN



**Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa**

Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden
pressestelle@hmdj.hessen.de
www.hmdj.hessen.de